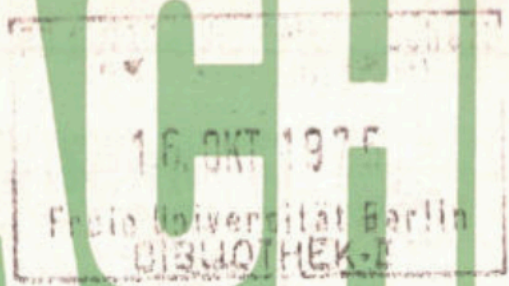


# NACHRICHTEN

## ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK



**GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE**

Frankfurt/M., Oktober 1975

Einzelpreis 2,50 DM

XV. Jahrgang

D 21 395 E

# 10/75

### Aus dem Inhalt:

Weltweite Proteste  
gegen spanischen Faschismus 2

Weltweite Proteste  
Investitionslenkung 3

Neue Lohnrunde hat begonnen  
Realeinkommen sichern! 4

Bonner Weisheit letzter Schluß:  
Arbeiter müssen alles ausbaden 8

1000 Beschäftigte vor Entlassung  
Kapitalistische Gaunerkomödie  
um NRS 10

ÖTV ist solidarischer Unterstützung  
aller DGB-Gewerkschaften sicher  
Interview mit Heinz Kluncker,  
Vorsitzender der ÖTV 11

10-Punkte-Programm der IG Metall  
Scharfe Proteste gegen  
Sparmaßnahmen  
Auf dem Weg  
zum Unternehmerstaat  
DGB-Programm für ältere  
Arbeitnehmer  
Presseschau 13–20

Machtvolle Aktionen am Jahrestag  
gegen chilenische Militär-Junta 21

Solidarität der Männer  
Aktives Handeln der Frauen  
Interview mit  
Ingeborg Langhammer,  
DPG-Bundesfrauensekretärin 22

Vertretung von Arbeiterinteressen  
verlangt klare Klassenposition 24

Zentrale Aktion der Gewerkschaften  
Regierung an Versprechen  
erinnern 25

Angriffe auf Krankenversicherung  
nicht auf leichte Schulter nehmen 26

Gewerkschaftliche Frauenarbeit  
international intensivieren 29

**A**uf dem Höhepunkt der Krise mit über einer Million Arbeitslosen und unmittelbar nach Verabschiedung des Bonner „Rotstift-Programms“ zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung veranstaltet der DGB am 8. November 1975 in der großen Dortmunder Westfalenhalle eine zentrale Kundgebung. In Demonstrationen werden Zehntausende Gewerkschafter durch die Stadt zur Kundgebungshalle ziehen, um ihren Unwillen über die verschärften Angriffe auf ihren sozialen Standard und den Stopp wichtiger gesellschaftspolitischer Reformen nachhaltig zum Ausdruck zu bringen. Diese zentrale Protestaktion des DGB, die auf eine Forderung der letzten Bundesjugendkonferenz zurückgeht, richtet sich nach einem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes gegen Arbeitslosigkeit und reformfeindliche Kräfte; ebenso soll der Forderung nach wirksamer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, nach qualifizierter Mitbestimmung und einer schnellen und grundlegenden Reform der Berufsbildung Nachdruck verliehen werden.

Zur Demonstration und Kundgebung in Dortmund werden Gewerkschafter aus allen Teilen der Bundesrepublik erwartet. Der DGB-Vorsitzende, Heinz Oskar Vetter, wird als Hauptredner auftreten. Die Millionen Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik verbinden mit dieser Protestaktion die Erwartung, daß der DGB und seine Gewerkschaften an diesem Tage den Unternehmern und der CDU/CSU, aber auch der Bundesregierung, die Entschlossenheit demonstrieren, die Krisenabwälzung auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht hinzunehmen.

## Ohne Druck gibt es keinen Fortschritt

Es geht sowohl um die Zurückweisung von „Sparmaßnahmen“, die mit einem Federstrich Resultate langen gewerk-

schaftlichen Kampfes annullieren bzw. höhere Steuerbelastungen bringen, als auch um die gebührende Antwort auf den vereinten Druck auf die gewerkschaftliche Lohn- und Tarifpolitik. Was diesen Bereich betrifft, so wäre es Aufgabe des DGB und gewerkschaftlicher Tradition entsprechend, die verantwortlichen Politiker darauf hinzuweisen, daß – wenn schon gespart werden soll – dies beim Rüstungsetat zu geschehen hat. Die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki und die fortschreitende Entspannung in Europa ermöglichen das mehr denn je. Eine entsprechende Forderung wurde kürzlich auch von der Jugendkonferenz der IG Metall für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland erhoben.

Mit besonderem Nachdruck fordern die Gewerkschaften eine grundlegende Reform der beruflichen Bildung, die von der SPD/FDP-Koalition schon vor fünf Jahren versprochen worden war, inzwischen aber den Unternehmerinteressen zum Opfer gefallen ist. Diese Dringlichkeit gilt ebenso der Einführung paritätischer Mitbestimmung, die der Koalitionsgesetzentwurf jedoch nicht vorsieht. Die Tatsachen zeigen, daß auch unter der SPD/FDP-Regierung ohne spürbaren Druck der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften keine gesellschaftspolitische Vorwärtsbewegung erfolgt. Zu diesem unerläßlichen Druck sollte die Dortmunder Protestdemonstration und -kundgebung den Auftakt geben. Je größer die Teilnehmerzahl, desto eindrucksvoller wird die Wirkung sein.

gs



## Weltweite Proteste gegen spanischen Faschismus

**Protest, Zorn, Abscheu und Empörung beherrschen die Weltmeinung. Trotz zahlreicher Interventionen, angefangen von den Gewerkschaften, über Regierungen bis zum Papst hat das faschistische Franco-Regime am Morgen des 27. September die fünf antifaschistischen Widerstandskämpfer Angel Otaegui, Juan Paredes Manot, Roman Garcia Sanz, José Luis Sanchez Bravo und José Humberto Alonso ermorden lassen. Bereits vor dieser Bluttat war es in zahlreichen europäischen Städten zu machtvollen Protestaktionen gekommen, die sich nach Bekanntwerden der Morde noch verstärkten.**

25 Gewerkschaftsbünde aus 15 europäischen Ländern, der Weltgewerkschaftsbund sowie zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen haben ihre Mitglieder zu Aktionen, zu Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen aufgerufen. Der 2. Oktober wurde zum Tag des Kampfes gegen den spanischen Faschismus und zur Solidarität mit dem spanischen Volk erklärt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte am 29. September „alle – insbesondere die Arbeiter, Angestellten und Beamten“ – zum Gedenken der in Spanien Hingerichteten und zum Protest gegen die Todesurteile aufgerufen. In einem vom DGB-Vorsitzenden Vetter unterzeichneten Appell forderte der DGB zu einer zweiminütigen Arbeitsniederlegung am 2. Oktober auf. Diesem Aufruf haben sich zahlreiche DGB-Gremien in der gesamten Bundesrepublik angeschlossen. In der ganzen Welt ruhte die Arbeit.

Auf einer Vertreterversammlung der IG Metall in Stuttgart am 27. September verurteilte IG-Metall-Vorsitzender Eugen Loderer die politischen Todesurteile in Spanien. Um ihre Gewaltherrschaft zu festigen, würde zum Terror gegriffen. Das bestätigten die Militärjunta in Chile mit ihren Verbrechen und vor allem „das Generalissimo-Garrotten-Regime“ in Spanien. Die Delegierten der Bezirksfrauenkonferenz der IG Chemie in Hessen protestierten am 27. September in Frankfurt in einem Initiativantrag gegen die Ermordung der fünf Freiheitskämpfer. Sie „haben sich für ein freies Spanien, für freie Gewerkschaften und gegen die faschistische spanische Regierung eingesetzt. Nach eigenen Aussagen und Presseberichten wurden sie im Gefängnis gefoltert und hatten im Prozeß keine wirklichen Verteidigungsmöglichkeiten.“ Die Konferenz war sich darin einig, daß es künftig zu verhindern gelte, daß im zwanzigsten Jahrhundert immer noch Menschen auf die grausamste Weise getötet werden, die sich für Freiheit, Recht und Demokratie einsetzen. In scharfer Form protestierten der Frauenarbeitskreis der IG Druck und Papier in Frankfurt und die Teilnehmer einer Be-

zirksschulung der gleichen Gewerkschaft ebenfalls in Frankfurt gegen das mörderische Franco-Regime.

Nach dem Bekanntwerden der grausamen Bluttat gab es in der Bundesrepublik keine größere Stadt ohne Aktionen. Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteiloze brachten gemeinsam ihren Protest zum Ausdruck. Frankfurts Oberbürgermeister Rudi Arndt ließ zum Zeichen der Trauer und Empörung sämtliche öffentliche Gebäude der Stadt zwei Tage lang Halbmast beflaggen.

Neben zahlreichen anderen Ländern beordert auch die Bundesregierung ihren Madrider Botschafter zur Berichterstattung zurück. Allerdings, so verlautet aus Bonn, sei nicht daran gedacht, die diplomatischen Beziehungen zum faschistischen Franco-Regime abzubrechen. Das würde den deutschen Interessen

**Besser informiert durch NACHRICHTEN**

zuwiderlaufen. Und wie könnte es anders sein, hat Gerhard Schröder (CDU), Vorsitzender des auswärtigen Bundestagsausschusses, vor weitergehenden Beschlüssen gegen Spanien gewarnt.

In diesem Zusammenhang sei an die Unterstützung der Bundesregierung für das faschistische Regime in Spanien erinnert. Es ist noch gar nicht so lange her, als Bundesminister Genscher in Madrid das Glas „auf das Wohl seiner Exzellenz, des spanischen Staatschefs“, erhob und von der „sicherheitspolitischen Rolle Spaniens“ sprach. Und Bundesverteidigungsminister Leber schickte seinen Heeresinspekteur Hildebrandt zur Madrider Siegesparade anlässlich des 36. Jahrestages der Franco-Diktatur. Diese Tatsache hatte damals zu zahlreichen Protesten inner-

halb der Gewerkschaften geführt, die bis zur Forderung nach Rücktritt lebten gingen.

In einem Augenblick, während in Spanien fünf Antifaschisten ermordet wurden, erzielte das Franco-Regime mit den USA eine Vereinbarung über die Verlängerung des Stützpunktabkommens. Neben der weiteren Stationierung von US-Truppen bekam das faschistische Franco-Regime eine Millionen-Dollarspritze. Anders dagegen England. Der am 29. September in Blackpool begonnene Parteitag der britischen Labour Party richtete einen Appell an die britische Bevölkerung, nicht mehr nach Spanien zu reisen und spanische Güter und Frachten nicht mehr zu befördern. Außenminister Callaghan erklärte: „Es darf keinerlei Hilfe für das gegenwärtige Regime geben.“ Und der Führer der Transportarbeitergewerkschaft, Jack Jones, der selbst Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg war, sagte: „Die Ereignisse am Samstag haben gezeigt, daß das Spanien der Inquisition, das Spanien der Folter, des Mordes, der Rache, der brutalen Unterdrückung nicht tot ist.“

Als Ausdruck ihres entschiedenen Protestes hat auch die DDR ihren Botschafter in Madrid mit sofortiger Wirkung abgerufen. Die Regierung Mexikos wies den spanischen Botschafter aus, schloß die spanische Botschaft und hat alle Vertreter staatlicher und halbstaatlicher Organisationen Spaniens im Lande aufgefordert, innerhalb von 48 Stunden Mexiko zu verlassen. Darüber hinaus wurde die Flugverbindung zwischen beiden Staaten mit sofortiger Wirkung eingestellt. In einer Botschaft an UN-Generalsekretär Waldheim forderte der mexikanische Präsident Echeverria den Ausschluß des faschistischen Spaniens aus den Vereinten Nationen.

Der Kampf in Spanien geht trotz des verschärften Terrors, der sich auf ein entsprechendes Dekret des Franco-Regimes vom 28. August 1975 stützt und jeden Regimegegner mit dem Tode bedroht, weiter. Das ist wahrlich kein Zeichen der Stärke des letzten faschistischen Staates in Europa. Im Gegenteil. Allein am 29. September beteiligten sich in den baskischen Provinzen Spaniens über 100 000 Arbeiter an Proteststreiks. In vielen Orten blieben Fabriken und Geschäfte geschlossen. Wie bald der Kampf der spanischen Bevölkerung erfolgreich sein wird, liegt mit an uns. Allerdings sind dazu mehr als papierne Proteste notwendig.

Wenn die Menschen Europas, vor allem die Gewerkschaften, zusammenstehen, wird es nicht mehr lange dauern, bis das, was der junge Basken Juan Paredes Manot in der Todeszelle kurz vor seiner Hinrichtung schrieb, verwirklicht ist: „Das Volk und die Solidarität unter allen Völkern werden es sein, die das letzte Wort haben werden.“ G. M.

## IGM-Programm

Auf seiner Klausurtagung am 11./12. September beschloß der Vorstand der IG Metall ein 10-Punkte-Programm (Wortlaut siehe Einhefter), in dem den Angriffen der Bundesregierung und der Unternehmer auf den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten eine eindeutige Absage erteilt wird. Nachdrücklich wird die Ablehnung der Mehrwertsteuer bekräftigt. Der IGM-Vorstand wendet sich gegen die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, da Beschäftigungskrisen von den Unternehmern geschaffen wurden, für die nun die Arbeiter und Angestellten haftbar gemacht würden. Solange den Beschäftigten die gleichberechtigte Mitbestimmung in der Wirtschaft vorenthalten werde, könnten solche Risiken nicht verhindert werden.

In Punkt 4 ihres Programms warnt die IG Metall vor jeder Einflußnahme auf die Tarifpolitik durch Orientierungsdaten und Lohnleitlinien. In der kommenden Tarifrunde müßten solche Verbesserungen durchgesetzt werden, die zumindest eine Sicherung des erreichten Lebensstandards bedeuten, was allerdings mit den geforderten 8 Prozent bei Stahl kaum zu erreichen sein wird.

## Investitionslenkung

Ein Aufschrei geht durch den Blätterwald; die CDU/CSU wittert Gefahr für die „soziale Marktwirtschaft“. Rechte FDP-Politiker erwägen aus der Regierungs-Koalition auszutreten; Kanzler Schmidt sagt kategorisch „nein“. In der SPD sammeln sich die Rechten im sogenannten Vogelkreis, und an der Börse fallen die Kurse. Was ist geschehen?

Einige Bezirkstage der SPD, darunter Hessen-Süd und Westliches Westfalen, möchten in den Orientierungsrahmen '85 die Forderung nach einer Investitionslenkung etwas detaillierter aufgenommen haben und stellten für den im November bevorstehenden Mannheimer SPD-Parteitag entsprechende Anträge. Dabei wollen sie in keiner Weise das kapitalistische Wirtschaftssystem antasten, sondern lediglich durch eine Investitionsmeldestelle die gerade in der jetzigen Krise sichtbar gewordenen Fehlinvestitionen im Kapitalinteresse entgegenwirken. Jedoch die letzte Entscheidung über Investitionen soll nach wie vor beim Unternehmer bleiben.

Eine demokratische Investitionslenkung muß eng verzahnt sein mit umfassen-

der Mitbestimmung und der Überführung von wirtschafts- und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum. Sie wird nur durch eine grundlegende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse möglich sein. Ein Fortschritt im Arbeiterinteresse wird es bei einer demokratischen Investitionslenkung nur geben, wenn die Macht der Großkonzerne eingeschränkt wird.

Zu dieser Erkenntnis kam das im Juli des Jahres von der Zeitschrift „Nachrichten“ veranstaltete Arbeiterseminar zum Thema „Investitionen – Konzerne – Kontrolle“. Übrigens erscheint noch in diesem Monat das angekündigte Buch mit dem Referat und den Diskussionsbeiträgen des Arbeiterseminars.

pet.

## GLOSSE

### „WdA-Verschmutzung“

Geld stinkt nicht. Darum wohl konnte man am 19. September eine als Anzeiger verkleidete Story vom guten Unternehmer an absolut unpassender Stelle finden: in der „Welt der Arbeit“. Nachdem jahrelang schon die Bundeswehr in den „WdA“-Spalten um Zeitsoldaten werben und CDU-Biedenkopf die Gewerkschaften in einer ständigen Kolumne verunglimpfen kann, dürfen nunmehr die Konzerne neben der Umwelt auch die „Welt der Arbeit“ verschmutzen. Am 12. September war es Siemens mit einem rührseligen Lehrlingsausbildungs-Heidenepos, eine Woche später BASF.

Die Story: Sind Aktionäre Ausbeuter? Natürlich nicht. Ausbeuter ziehen aus der Arbeit anderer Profit; die BASF-Aktionäre aber ziehen nur Erträge und Gewinn. „Je größer ein Unternehmen, um so mehr Menschen wollen von seinen Erträgen leben.“ Welche Sorte Menschen? Na, die Arbeiter, diese Blutsauger. Sie verursachen mit ihren Löhnen und Gehältern Kosten. „Die aber wollen auch erst verdient werden.“ Und verdient werden müssen noch die Produktionsanlagen, die Rücklagen, die Investitionen usw. Aber dazu braucht man Gewinn. Von ihm sind Aktionäre und Arbeitnehmer gleichermaßen abhängig.

Die Moral von der Geschichte ist allzu durchsichtig, dumm und plump. Was hat so etwas in der DGB-Wochenzeitung zu suchen? Es gibt wohl nur drei Gründe, mit denen sich die dafür Verantwortlichen „rechtfertigen“ könnten: 1. Diese Gemeinheit wurde ja bezahlt; 2. wir sind pluralistisch bis zur Selbstaufgabe; oder 3. die Dreckarbeit der Mitgliederverwirrung besorgen wir grundsätzlich nicht selber. okulus

## Berufsverbote

Bundeskanzler Helmut Schmidt passen Diskussionen und Proteste gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote nicht in die politische Landschaft. Und so versucht er, den Mitgliedern seiner Partei darüber den Mund zu verbieten. Auf dem Parteitag der bayerischen SPD Anfang September in München forderte er die Delegierten auf, dieses Thema „aus den Diskussionen herauszunehmen“. Wen kümmere es schon, ob ein junger Kommunist Anwalt werden kann oder nicht.

Trotz dieser Einmischung seitens des Bundeskanzlers mehrten sich, besonders aus den Gewerkschaften, die Stimmen gegen die Berufsverbote. Die Bezirksfrauenkonferenz der ÖTV Hessen schloß sich am 19. September in einem Antrag „dem Protest des DGB-Landesbezirks Hessen an und wendet sich gegen den Beschluß der hessischen Landesregierung, daß in Zukunft DKP-Mitglieder keine Lehrer werden können“.

In der Begründung des Beschlusses verweisen die ÖTV-Frauen darauf, daß die gegenwärtige Praxis nicht nur eine „schleichende Aushöhlung der Verfassung“ bedeute, sondern daß „Schnüffeleien, Denunziationen und Bespitzelungen“ Tür und Tor geöffnet werde. Darüber hinaus würde das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt schwer geschädigt. Wenige Tage zuvor hatte bereits die 12. ordentliche Bezirksjugendkonferenz der IG Metall Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland im Namen von rund 62 000 jungen Metallgewerkschaftern gleichfalls die unverzügliche Aufhebung des Berufsverbotserlasses verlangt.

Zum gleichen Zeitpunkt hat die bundesweite Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ auf ihrer Herbsttagung in Hamburg beschlossen, die Aktivitäten zu verstärken. Sie richtete einen Appell an alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik, gerade jetzt die Aufklärung über die undemokratischen Berufsverbote im In- und Ausland zu verstärken. Unter Hinweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hob die Initiative hervor, daß dieses Gerichtsurteil die grundgesetzwidrigen Tendenzen bestätigt habe und daß das „Grundgesetz beim Verfassungsgericht gegenwärtig nicht in den besten Händen liegt“. Gewerkschafter und Christen, Liberale und Kommunisten werden aufgerufen, in jedem Einzelfall für die Erhaltung des demokratischen Grundgehalts der Verfassung zu kämpfen.

Um die Information der Öffentlichkeit zu verstärken, hat die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ zu einer bundesweiten „Aktionswoche gegen die Berufsverbote in der BRD“ vom 26. November bis 6. Dezember aufgerufen. -er

## Neue Lohnrunde hat begonnen Realeinkommen sicher

Für mehr als sieben Millionen Arbeiter und Angestellte sind zum Jahresende 1975 bzw. zum 31. Januar 1976 die Lohn- und Gehaltstarife sowie die Abschlüsse für Ausbildungsvergütungen kündbar. Bereits gekündigt hat die IG Metall zum 15. Oktober die Verträge für die Eisen- und Stahlindustrie (siehe nebenstehenden Beitrag) und die IG Chemie Papier Keramik sowie die Gewerkschaften Holz und Kunststoffe und Leder für Teilbereiche. Angesichts der Tatsache, daß Unternehmer, Bundesregierung und Bundestagsparteien unter Ausnutzung der Wirtschaftskrise zu einem rigorosen Reallohnabbau angetreten sind, steht den Gewerkschaften eine der schwierigsten Lohnrunden der Nachkriegszeit bevor.

Neben der Eisen- und Stahlindustrie, die eine Art Vorreiterrolle für die neue Lohnbewegung ausübt, sind zweifellos Schwerpunkte der Tarifaueinandersetzung die 3,2 Millionen Beschäftigte in der Metallverarbeitung und die 2,2 Millionen Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes, der Bundesbahn und -post. Die termingerechte Kündigung der Tarifverträge zum 31. Dezember 1975 bzw. 31. Januar 1976 ist bereits von zahlreichen Gremien der entsprechenden Gewerkschaften gefordert und von den Vorständen in Aussicht gestellt worden.

In trauter Gemeinsamkeit haben Unternehmerverbände, CDU/CSU und die SPD/FDP-Regierungskoalition schon vor Monaten mit der Lohnbewegung begonnen und beabsichtigen eine rigorose Reallohnsenkung. Zunächst einmal riefen sie durch den FDP-Schatzmeister Rubin zu einer generellen Lohnpause auf. Mit anderen Worten sollten die Gewerkschaften die bestehenden Tarifverträge um ein halbes oder gar ganzes Jahr verlängern, was bei den Preissteigerungen und den erhöhten Versicherungsbeiträgen einer Reallohnsenkung von fast 8 Prozent gleichgekommen wäre, wobei die Belastungen infolge des geplanten „Sparprogramms“ der Bundesregierung noch gar nicht berücksichtigt wären. (Beiträge zum „Sparprogramm“ S. 8/9).

Aufgrund des Widerstandes der Gewerkschaften und einer befürchteten Politisierung der Arbeiterschaft sind die Unternehmer von der Zielstellung einer generellen Lohnpause abgegangen und wollen dafür nur eine Minimallohnerhöhung weit unter der Preissteigerungsquote gewähren. Ganz offen setzt sich für dieses Ziel auch Bundeskanzler Schmidt ein. Er schreibt den Gewerkschaften, es müßten Abschlüsse zustande kommen, in deren Ergebnis die Lohnquote (Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt) sich verringerte. Dies interpretierte Ernst Günter Vetter in der „Frankfurter Allgemeinen

Zeitung“ am 24. September wie folgt: „Der Bundeskanzler ist mithin offenkundig der Ansicht, daß die Lohnerhöhungen in den nächsten Tarifrunden unter Umständen sogar beträchtlich unter der Geldentwertung bleiben müssen.“

Wenn Schmidt im gleichen Atemzuge erklärt, er wolle die Tarifautonomie achten und sich nicht in die Lohnauseinandersetzungen einmischen, dann ist das eine Verhöhnung der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften. Bundeswirtschaftsminister Friderichs (FDP) legte diese formale Zurückhaltung von vornherein ab und hat sich als Unternehmerlobbyist offen in die Tarifaueinandersetzungen eingemischt. Vor der Tribüne des Bundestages nahm er selbst gegen die minimale Acht-Prozent-Forderung der IG Metall für die Eisen- und Stahlindustrie Stellung und behauptete, sie stehe einem neuen Aufschwung entgegen.

In allen Unternehmerverlautbarungen wird die Lüge verbreitet, an der gegenwärtigen Krise wären die hohen Lohnabschlüsse der Vergangenheit schuld. Mit Lohnerhöhungen, die jetzt lediglich den Reallohn sichern, würde sich angeblich die Krise weiter verschärfen und es noch mehr Arbeitslose geben. Hier werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Es ist doch nicht zur Krise gekommen, weil die Arbeiter und Angestellten zuviel Lohn erhalten haben, sondern zuwenig. Insbesondere die geringen Abschlüsse der letzten Lohnrunde haben die Krise verschärft.

Wäre genügend Massenkaukraft vorhanden, brauchten nicht 25 Prozent der Produktionskapazitäten unausgelastet sein und es gäbe auch keine Halden von PKWs und anderen Waren. Wenn die Gewerkschaften aus falsch verstandener Rücksichtnahme gegenüber der Bundesregierung Abschlüsse weit unter der Preissteigerungsquote tätigen, dann vermindert sich die Kaufkraft noch mehr, und die für den Winter zu

erwartende Arbeitslosenzahl von 1,5 Millionen würde zwangsläufig noch stärker ansteigen. Ähnlich äußerte sich auch der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, indem er sagte, daß „durch Verzicht auf erreichbare Lohn- und Gehaltsbestandteile die Nachfrage geschwächt würde“.

Wie Ende 1974 sich der Hauptvorstand der IG Bau, Steine, Erden durch einen vorfristigen Tariflohnabschluß von 6,6 Prozent auf Wunsch der Unternehmer und der Regierung für eine negative Lohnleitlinie hergab, will man diesmal im Bereich des öffentlichen Dienstes eine Lohnleitlinie diktieren. Obwohl erst zum 31. Januar 1976 eine Besoldungsneuregelung für die Beamten durch den Bundestag fällig ist, so schon jetzt durch eine Erhöhung der Bezüge von etwa nur vier Prozent eine Marschroute für alle anderen Bereiche gegeben werden. Die Bundesregierung erklärt aber feierlich, sie wolle die Tarifautonomie nicht antasten.

Auch die Acht-Prozent-Forderung bei Stahl kann nicht als Beispiel für die Metallverarbeitung und den öffentlichen Dienst angesehen werden. Wenn die IG Metall in ihrem am 23. September verabschiedeten Zehn-Punkte-Programm (Wortlaut siehe Einhefter) sich die Aufgabe stellt, „über die Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütung ist zumindest eine Sicherung des erreichten Lebensstandards anzustreben“, dann wird das mit der Acht-Prozent-Forderung nicht möglich sein selbst wenn es durch gewerkschaftlichen Kampf gelingt, diese Forderung ganz durchzusetzen. Das geht auch aus einer Berechnung hervor, die das großbürgerliche „Handelsblatt“ vom 4. September 1975 veröffentlichte:

„Die Inflationsrate 1975 wird sicher 7 Prozent betragen und 1976 kaum geringer sein. Die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung muß, soweit sie von den Arbeitnehmern zu tragen ist, 1976 lohnpolitisch kompensiert werden. Und dann sollte wenigstens auch die bei einer bloßen Nominallohnerhöhung selbst ohne reale Einkommensverbesserung eintretende Steuerprogression ausgeglichen werden. Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften werden in den bevorstehenden Lohnrunden schon mit Forderungen von mindestens 10 Prozent-Punkten hineingehen müssen, um nur schon den Status quo der Arbeitnehmer zu sichern.“

Natürlich ist diese Zehn-Prozent-Forderung zur Erhaltung des erreichten Lebensstandards vom „Handelsblatt“ nicht aus sozialer Fürsorge für die Arbeiter und Angestellten entwickelt worden. Vielmehr wollte man damit auf die enge Verwicklung bestimmter Führungskräfte in den Gewerkschaften mit der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hinweisen.

## Acht-Prozent-Forderung bei Stahl bringt keine Realloohnerhöhung

Für die Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen und für die Klöckner-Hütte in Bremen hat die Große Tarifkommission der IG Metall am 15. September in Mülheim/Ruhr dem Vorstand empfohlen, das laufende Lohn- und Gehaltsabkommen und die Ausbildungsvergütung in diesem Industriezweig zum 15. Oktober zu kündigen und folgende Forderungen zu erheben: Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 8 Prozent; Anhebung der Ausbildungsvergütung um monatlich 50 DM; zusätzliches Urlaubsgeld, ohne konkrete Vorstellungen zu nennen; zwölfmonatige Laufzeit des neuen Tarifvertrages.

16 Mitglieder der Tarifkommission stimmten gegen diese Empfehlung, weil sie so gering ist, daß die eingetretenen Reallohnverluste damit zwangsläufig nicht ausgeglichen werden. Dazu sei eine Lohn- und Gehaltserhöhung zwischen 10 und 12 Prozent notwendig. Diese Auffassung entspricht den Forderungen der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper der Stahlarbeiter, wie sie in Entschlüssen u. a. aus Bremen, Dortmund, Düsseldorf und Duisburg vorliegen (vgl. Nr. 9/75).

Folgt man den Worten des zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Hans Mayr, dann sind die Forderungen aus den Betrieben mehr als berechtigt. Mayr sagte, daß es ein falsches Rezept sei, der Krise zu begegnen, wenn man nur Kostenentlastungen für die Industrie betreibt. Trotz zurückhaltender Tarifpolitik der Gewerkschaft, Investitionsprämien der Regierung und Zinssenkungen der Bundesbank habe dieses Rezept versagt. Allerdings ist eine nur 8prozentige Forderung auch nicht das Rezept, um die Massenkaukraft zu er-

höhen und den Krisenfolgen entgegenzuwirken.

Die „Wirtschaftswoche“ vom 30. Mai 1975, ein Wochenmagazin im Unternehmensinteresse, machte folgende Rechnung auf: Ein Arbeiter mit 1200 DM Bruttoverdienst muß bei einer 8prozentigen Lohnsteigerung abzüglich Lohnsteuern und Sozialabgaben und einer 7prozentigen Inflationsrate ein monatliches Minus von real 10,80 DM hinnehmen. Bei einem Monatsverdienst von 2000 DM, welches dem Spitzeneinkommen der Stahlarbeiter entspricht, würde bei gleicher Rechnung der Reallohnverlust 28 DM betragen. Um wieviel größer ist der Verlust, wenn das Verhandlungsergebnis noch unter 8 Prozent liegen sollte.

Ohne hier näher auf die Details der enormen Belastung durch das „Sparprogramm“ der Bundesregierung einzugehen, sei nur auf die unmittelbare Erhöhung der Krankenkassenbeiträge und der Arbeitslosenversicherung hingewiesen. Wenn schon nach obiger Unternehmerrechnung bei einer 8pro-

Vor den Gewerkschaften steht jetzt die Aufgabe, die Unternehmerangriffe abzuwehren und das zu beherzigen, was der Erste Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, kürzlich schrieb: „Die Einkommensverteilung hat sich in der gesamten Entwicklung der Bundesrepublik nicht zugunsten, sondern zuungunsten der Unselbständigen verändert, und es besteht deshalb für die Gewerkschaften durchaus Anlaß, zum gegebenen Zeitpunkt diesen Trend durch verstärktes Beharren auf Forderungen nach nachhaltigen Lohnerhöhungen endlich umzukehren und die Grundsätze einer aktiven Lohnpolitik wieder zu verwirklichen. Der vielfach anzutreffende Glaube, daß durch Lohnverzicht die Rettung eines Betriebes oder gar der Wirtschaft möglich werde, hat sich bisher immer nur als Irrglaube und als Zweckgeflüge erwiesen.“

Allerdings geschieht das nicht im Selbstlauf. Notwendiger denn je ist es, sich gerade heute auf die aktive Lohnpolitik zurückzubedenken und für deren Verwirklichung die Mitgliedschaft aufzuklären und zu mobilisieren. Die Mitte September in Frankfurt stattgefundene Protestkundgebung der Gewerkschaften ÖTV, Post und Eisenbahn gegen die „Sparmaßnahmen“ der Bundesregierung für die Vorbereitung der Tarifrunde kann als beispielhaft für alle Gewerkschaften angesehen werden (Auszüge von Reden dieser Veranstaltung siehe Einhefter). Das schon erwähnte Zehn-Punkte-Programm der IG Metall gibt eine gute Grundlage für die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung der Lohnrunde. Jetzt kommt es darauf an, es zu verwirklichen.

Werner Petschick

zentigen Lohn- und Gehaltserhöhung ohne die neuen zusätzlichen Abgabenerhöhungen ein Reallohnverlust herauskommt, dann wäre eine zweistellige Lohnerhöhung notwendiger denn je, um allein den Kaufkraftschwund abzu decken.

Abwegig wäre eine von den Unternehmerzeigungen ins Feld geführte Aufrechnung einer noch abzuschließenden Urlaubsvergütung. Waren die Stahlindustriellen im vergangenen Jahr bei einer 9prozentigen Lohn- und Gehaltserhöhung bereit, eine Zuwendung von zweimal 300 DM zu zahlen, um schon der damaligen Forderung nach Urlaubsgeld auszuweichen, so gilt es jetzt, diese schon abgetrotzte „Sonderzahlung“ als zusätzliches Urlaubsgeld zu tarifieren und nicht mit der Lohn- und Gehaltserhöhung aufzurechnen. Auch die verlangte Erhöhung der Vergütung der Auszubildenden von monatlich 50 DM entspricht nicht den Forderungen aus den Betrieben und trägt nicht im entferntesten die enorm angestiegenen Lebenshaltungskosten.

Aber selbst diese minimalen Forderungen der IG Metall werden von den Unternehmern und von der Bundesregierung verunglimpft. Als „skrupellose Scharfmacherei“ bezeichnete die IG Metall eine Stellungnahme der BDA, in der die 8-Prozent-Forderung als angeblich überhöht hingestellt wurde. In das gleiche Horn blies auch Wirtschaftsminister Friderichs, der damit nach Hans Mayr wieder einmal versucht habe, in die Tarifautonomie einzugreifen. Gesamtmetall habe sich eine Umverteilung zugunsten der Unternehmern zum Ziel gesetzt, erklärte der Gewerkschaftsfunktionär.

Wenn auch in der jetzigen Periode des Konjunkturtiefs eine rückläufige Stahlproduktion von etwa 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen ist, muß festgestellt werden, daß das vergangene Geschäftsjahr für die Stahlindustrie kein normales, sondern ein außergewöhnliches Jahr mit nie gekannten Produktionsergebnissen, Rekordumsätzen und bisher nie erträumten Rekordgewinnen war, erzielt durch Millionen Mehr-Arbeitsstunden und restlosem Ausfahren vorhandener Kapazitäten. Das war verbunden mit Preiserhöhungen bei verschiedenen Wahlstahlabmessungen zwischen 50 und 80 und teilweise sogar 100 Prozent. In der Stahlindustrie sprach man von enormen Profitpolstern, die es ermöglichten, künftige „Durststrecken“ schadlos zu überstehen. Durchforstet man die Bilanzen des letzten Geschäftsjahres und beobachtet man die freien Rücklagen, insbesondere die Pensionsrückstellungen, wird klar, daß die Stahlkonzerne auch in der Periode der Krise Lohnerhöhungen von mehr als 8 Prozent zahlen können, ohne den geringsten Schaden zu nehmen.

Heinrich Bramkamp

## Lohnfragen im Mittelpunkt auf Chemie-Frauenkonferenz

Am 27. September 1975 fand im Frankfurter Gewerkschaftshaus die Bezirksfrauenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik (ChPK) statt. 60 Delegierte vertraten die rund 14 000 gewerkschaftlich organisierten Chemie-Arbeiterinnen. Im Mittelpunkt der Konferenz stand eine Podiumsdiskussion über die Frage der Frauenentlohnung. Liesel Winkelsträter, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG ChPK, wies auf die Lohndiskriminierung der Frauen hin und erinnerte daran, daß sich die Gewerkschaften seit ihrem Bestehen gegen schlechtere Entlohnung für Frauen gewandt und vor allem auch für deren Abbau gekämpft haben.

## Tarifvertrag für behinderte Jugendliche

Zwischen der Bezirksleitung Frankfurt der IG Metall und dem Verband der Pfälzischen Metallindustrie wurde ein Tarifvertrag über die Betreuung behinderter Jugendlicher abgeschlossen. Er enthält Regelungen für „körperlich, geistig und seelisch Behinderte oder aus anderen Gründen behinderte Jugendliche, die für einen anerkannten Ausbildungsberuf nicht oder noch nicht ausgebildet werden können“. Ziel des Vertrages ist es, auch solchen Jugendlichen „Berufsfähigkeiten und Berufsfähigkeiten zu vermitteln, die sie befähigen, eine diesen entsprechende Angelerntentätigkeit auszuüben bzw. sie in eine Berufsausbildung zu überführen“. Das soll durch fachpraktische und fachtheoretische Ausbildung in Verbindung mit sozialpädagogischen Maßnahmen erreicht werden.

Folgende Maßnahmen sind in einem dem Vertrag als Anhang beigefügten Musterbetreuungsplan vorgesehen:

- sozialpädagogische und arbeitstherapeutische Maßnahmen zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung;

- Verbesserung der allgemeinen und schulischen Kenntnisse in angepaßten Lehrstufen;

- praxisbezogenes Kennenlernen produktionsbezogener und organisatorischer Abläufe oder von Abläufen in der kaufmännischen Verwaltung;

- Schaffung von Voraussetzungen für elementare, zusammengesetzte und komplexe Grundfertigkeiten in der Metallverarbeitung bzw. für Grundfertigkeiten in der kaufmännischen Verwaltung.

Doch den Kampf um gleichen Lohn könne man nicht den Frauen allein überlassen, sondern dies müsse in einer solidarischen Aktion aller Mitglieder geschehen; denn die sogenannte Frauenlohnfrage betrifft längst die Männer mit, sie ist zu einer ganz wichtigen Angelegenheit für die Tarifgestaltung, die betriebliche Lohnstruktur und die soziale Sicherung eines jeden Arbeiters und Angestellten geworden. Für alle Tarifkommissionsmitglieder, für die Betriebsräte und Vertrauensleute und ganz besonders für alle Gewerkschaftsmitglieder, so Liesel Winkelsträter, ist es dringend notwendig geworden, sich eingehend mit der Kompliziertheit der Entlohnungsmethoden zu befassen.

Das IG-ChPK-Vorstandsmitglied wandte sich gegen solche Entlohnungsmethoden, die vom Geschlecht her oder von „leichter oder schwerer körperlicher Belastung“ beeinflusst würden. Sie müßten endgültig der Vergangenheit angehören. Hier sollten die neuesten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse herangezogen werden, die bei der Entlohnung nicht vom Geschlecht, sondern von Arbeitsintensität, Kreativität und Fähigkeiten ausgehen, sondern auch von der nervlichen Belastung, Monotonie und Einseitigkeit der Arbeitsvorgänge. Und das sind Kriterien, die nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer betreffen. Aber alle diese Erkenntnisse nutzen nichts, wenn nicht in den Betrieben sich die Betriebsrätinnen und vor allem die Kolleginnen mehr als bisher engagieren.

Liesel Winkelsträter rief dazu auf, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen kritisch zu überprüfen, um das Erreichte abzusichern und um Ungerechtigkeiten auszuschalten. Sonst bestünde die Gefahr, daß nicht nur die Löhne der Frauen, sondern auch die der Männer gefährdet werden. In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, daß auch Männer bei Neueinstellungen in sogenannte Leichtlohngruppen eingruppiert werden, die in der Vergangenheit den Frauen vorbehalten waren.

Im weiteren Verlauf der Konferenz berieten die Delegierten über 27 Anträge, die sich mit der richtigen Eingruppierung, der Beseitigung von Nachteilen in der Renten- und Arbeitslosenversicherung, mit der Humanisierung der Arbeitswelt und der Verbesserung des Mutterschutzes befaßten. In einem Initiativantrag protestierte die Konferenz aufs schärfste gegen die Vollstreckung der Todesurteile in Spanien. G. M.

## TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

### 31. Dezember

Metallindustrie ohne Bayern (3 250 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (200 000), Papierverarbeitende Industrie (130 000), Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen (50 000), Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen (400 000).

### 31. Januar 1976

Öffentlicher Dienst einschließlich Post und Bahn (2 224 000), Metallindustrie in Bayern (68 000), Volkswagenwerke (109 000), Land- und Forstwirtschaft (ca. 120 000), Groß- und Einzelhandel in Hessen (85 000), Ziegelindustrie Bayern.

### 28. Februar 1976

Sägerei und Holzbearbeitung (80 000), Bankgewerbe (280 000), Einzelhandel in Hessen (110 000), feinkeramische Industrie Bayern (30 000).

### 31. März 1976

Einzel-, Groß- und Außenhandel – Teilbereiche (100 000), chemische Industrie in den Bezirken Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein (ca. 400 000), Druckindustrie (180 000), Versicherungen (180 000), Ernährungsindustrie Nordrhein-Westfalen – Angestellte (25 000), Sand-, Kies-, Mörtel- und Transportindustrie in den Bezirken Niedersachsen und Bremen, Holzverarbeitung im Bezirk Bayern.

### 30. April 1976

Baugewerbe (1 500 000), Textil- und Bekleidungsindustrie, Groß- und Außenhandel – Teilbereiche (300 000), Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz (20 000), Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar (180 000), chemische Industrie in den Bezirken Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Niedersachsen/Bremen, Westfalen und Westberlin.

### 31. Mai 1976

Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen im Bezirk Baden-Württemberg (30 000).

### 30. Juni 1976

Kautschukindustrie in den Bezirken Hamburg, Essen und Niedersachsen (60 000), Großhandel Rheinland-Pfalz (57 000), Großhandel Saar (15 000).

## Verschwendung

„Allein um 9 Prozent kann die gesamtwirtschaftliche Produktion gesteigert werden, bis die derzeit brachliegenden Kapazitäten wieder normal ausgelastet sind.“ Diese Feststellung des Sachverständigenrates in seinem jüngsten Sondergutachten wirft ein Schlaglicht auf das Ausmaß der Kosten, den das „marktwirtschaftliche“ System verursacht. Dabei beinhaltet schon die „normale“ Auslastung Überkapazitäten.

Allein im zweiten Quartal 1975 bedeutet dieser krisenbedingte Produktionsausfall einen Verlust von 23,1 Mrd. DM. Pro beschäftigten Arbeiter oder Angestellten machen das mehr als 1000 DM aus. Das ist nicht etwa nur eine fiktive Zahl. Denn tatsächlich sind es auch in erster Linie die Arbeiter und Angestellten, die – neben einem großen Teil der Mittelschichten – diesen Produktionsausfall finanzieren müssen. Denn die Konzerne kalkulieren in ihren Preisen auch die Kosten der stillliegenden Maschinen und Anlagen ein.

Die Gewinne der Großunternehmen sind in den Vorjahren trotz Krisensprunghaft angestiegen. Sie verweilen gegenwärtig auf hohem Niveau, wobei einzelne Konzerne wie z. B. Siemens und ganze Branchen wie die Bankwirtschaft, das Versicherungswesen und die Kaufhauskonzerne auch im laufenden Jahr ihre Gewinne weiter steigern.

Immer noch zeichnet sich nirgends eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Lage ab. Nach dem durch den Ablauf der Frist für die Investitionszulage bedingten Auftragsplus im Juni des laufenden Jahres sanken die Auftragseingänge im Juli wieder unter das Niveau des Vorjahres. Bei der Juni-Entwicklung handelte es sich also tatsächlich – wie erwartet – nur um eine zeitliche Verschiebung von Aufträgen, nicht um eine echte Belebung.

Doch auch bei einer Belebung der Produktion, also bei einem „Aufschwung“, dürfte sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten kaum verbessern. Selbst wenn schon im Jahre 1976 mit einer Wachstumsrate von 6 Prozent gerechnet werden könnte, würde die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt nicht zunehmen, die Arbeitslosigkeit also noch wachsen.

Unter dem Druck einer auch im Aufschwung noch hohen Arbeitslosigkeit werden Unternehmer und Regierung versuchen, bei – im Zuge besserer Auslastung – sprunghaft steigender Arbeitsproduktivität und expandierenden Gewinnen ein „Nachziehen“ der Löhne zu verhindern. Dem dienen die beschlossenen Veränderungen des Ar-

## Daten zur Wirtschaftsentwicklung

### 1. Bruttosozialprodukt

(Zu jeweiligen Preisen)	2. Vierteljahr 1975	
	in Mrd. DM	in v. H. geg. Vorjahr
Bruttolohn- und -gehaltssumme	119,0	+ 3,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	88,2	+ 4,2
Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	56,6	+ 8,0
Abschreibungen	32,0	+ 10,8
Bruttosozialprodukt	258,2	+ 5,0
Bruttosozialprodukt zu Preisen von 1962	142,3	— 4,5

(Quelle: DIW-Wochenbericht, Nr. 36/1975 vom 4. 9. 1975)

### 2. Industrie

Index der industriellen

	Veränderung in v. H. geg.		
	Juli 1975	Juni 1975	Juli 1974
Auftragseingänge (1970 = 100)	130,6	— 18,5	— 4,5
Index der industriellen	89,8		

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 9/1975, S. 63\* f.)

### 3. Löhne und Gehälter

(1962 = 100)	Veränderung in v. H. geg.		
	Juli 1975	Juni 1975	Juli 1974
Tariflöhne auf Monatsbasis	267,2	+ 0,1	+ 7,4
Löhne und Gehälter je Beschäftigten (2. Quartal 1975)	303,8	—	+ 7,7

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 9/1975, S. 67\*)

### 4. Außenhandel

	August 1975	Veränderung in v. H. geg.	
	in Mrd. DM	Juli 1975	August 1974
Import	13 723	— 10,5	— 8,8
Export	15 470	— 18,8	— 15,0

(Quelle: Wirtschaftswoche 40/1975 vom 26. 9. 1975)

### 5. Arbeitsmarkt

(in 1000)	Veränderung in 1000 gegenüber		
	August 1975	Juli 1975	August 1974
Arbeitslose	1 031	— 4	+ 504
Kurzarbeiter	541	— 108	+ 436
Offene Stellen	253	— 2	— 86

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 9/1975, S. 63\*)

beitsförderungsgesetzes, durch die Arbeitslose zur Annahme wesentlich schlechter bezahlter Arbeitsplätze gezwungen werden sollen.

Bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen sollte die Tatsache im Auge behalten werden, daß in dieser Situation

ein „Nachholen“ im Aufschwung auf bedeutend größere Widerstände stoßen dürfte als in der Situation nach der Krise 1966/67. Es gilt schon heute zu verhindern, daß die Löhne und Gehälter in einen Rückstand hinter die Gewinne geraten, der in den nächsten Jahren kaum noch aufzuholen sein wird. J. G.



## Bonner Weisheit letzter Schluß: Arbeiter müssen alles ausbaden

Im Moment ist für die Blutsbrüder des Kapitalismus nicht die Zeit, von der „besten aller Ordnungen“, von „freier Marktwirtschaft“ oder gar vom „Wirtschaftswunder“ zu sprechen. Die Handvoll großkapitalistischer Alleinbestimmer, die bislang erfolgreich Arbeiter und Gewerkschafter von wirksamem Einfluß auf die Wirtschaft fernhalten konnten, haben eben diese Wirtschaft mal wieder in den Dreck gekarrt, tiefer denn je seit 1945. Und nach feststehenden Regeln des profitorientierten kapitalistischen Systems kam die Regierung — eine sozialdemokratisch geführte diesmal — zu dem Schluß: Die Arbeiter müssen das ausbaden. So beschloß sie ihr „Sparprogramm“.

Rund 13 Milliarden DM sollen 1976 zur „Sicherung“ des Haushalts, der durch Milliarden spritzen für Unternehmer und fortdauernde Hochrüstung schwer angeschlagen ist, „eingespart“ werden. Per Steuererhöhungen und Streichungen sollen es 1977 dann 26,9, 1978 schon 32,9 und 1979 noch 23,5 Milliarden DM werden. Sowohl die Steuererhöhungen als auch die Rotstiftmaßnahmen (siehe: „Das Bonner Rotstiftprogramm“) werden fast ausnahmslos die Arbeiter, Angestellten und Beamten treffen.

So lassen gegenwärtig der Kanzler, sein Wirtschaftsminister, sein Finanzminister und andere Koalitionspolitiker keine Gelegenheit aus, die abhängig Beschäftigten zu Opfern zu ernennen. In Bremen erklärte Schmidt am 11. September klipp und klar, das Rotstiftprogramm dürfe nicht zu einer Belastung der Unternehmen führen, denn: „Die Erträge von heute sind die Investitionen von morgen, und die Investitionen sind die Arbeitsplätze von übermorgen.“ In einem Interview erklärte er zwei Tage später: „Die Quote der Unternehmensinvestitionen muß nämlich steigen. Das heißt natürlich, daß die Lohnquote nicht gleichzeitig steigen kann.“ Bundespräsident Scheel bemerkte auf der Internationalen Automobilausstellung zum Abbau von Sozialleistungen zynisch, es gebe Leute, die diese mißbrauchten, „um sich auf die faule Haut zu legen“.

Es ist unnötig, weitere Zitate dieser Art zu bringen; die Medien sind in diesen Wochen voll davon. Das Ziel ist, die gegenwärtige Krise zu nutzen, um die Lage der arbeitenden Bevölkerung in einer Art Doppelstrategie entscheidend zugunsten der Unternehmer, der Konzerne und Banken, zu verschlechtern: Einmal durch massiven Druck auf die Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften, zum andern durch Abbau sozialer Errungenschaften, die zum Teil das Ergebnis jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kampfes sind. Jene gesellschaftlichen Kräfte, denen „die ganze Richtung“ erfolgreicher Gewerkschafts-

politik in all den Jahren schon nicht gepaßt hatte und die neben dem Reizwort „Gewerkschaftsstaat“ vorher schon von „Wohlfahrtsstaat“ und „sozialem Klimbim“ geredet hatten — sie halten ihre Stunde jetzt für gekommen.

Vor dem Bundesausschuß des DGB, dem höchsten Organ zwischen den Kongressen, hatte der Bundeskanzler am 2. September eine ausführliche Rechtfertigung seiner Rotstiftpolitik versucht. Sie gipfelte — auf den Kern der Aussage reduziert — in der Feststellung: Alle müssen jetzt dafür bluten, was die wenigen Bosse angerichtet haben. So funktioniert nun mal das kapitalistische System, und daran soll nichts geändert werden. Ausdrücklich lehnte Schmidt Investitionslenkung ab, und Parität in der Mitbestimmung werde es auch nicht geben.

Dieser Situation wird die Haltung der DGB-Spitze und einer Reihe Gewerkschaftsführer nicht gerecht. Der resignierende bis zustimmende Unterton, bei partieller Kritik am „Sparprogramm“, ist nicht zu überhören. Es zeigt sich ein offenkundiger Mangel an Unabhängigkeit gegenüber dieser Koalition. Andererseits findet eine Anzahl Gewerkschaftsführer durchaus die richtige Sprache, die jetzt gesprochen und in die Tat umgesetzt werden muß.

Wenn heute von Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten die Rede sei, sagte Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, auf einer Vertreterversammlung in Neckarsulm, dann solle man auch an die Rüstungsausgaben denken. (Die jedoch sollen um 400 Millionen DM steigen.) Der Vietnam-Krieg sei zu Ende, in Europa und im Nahen Osten sei der Frieden sicherer geworden. Darum sei es an der Zeit, sagte Preiss, die Rüstungspolitik weltweit einer grundlegenden Revision zu unterziehen.

„Wenn vom Sparen die Rede ist, dann im Rüstungsetat. Gerade nach dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Eu-

ropa ist die Zeit reif, bei den Rüstungskosten den Rotstift anzusetzen.“ So heißt es in einem Initiativantrag, der im Namen von 62 000 jungen Metallgewerkschaftern von der 12. Bezirksjugendkonferenz der IG Metall in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland am 14. September in Dillenburg verabschiedet wurde.

Der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Ernst Breit, verband seine Kritik an den „Sparmaßnahmen“ zu Lasten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit der Feststellung, es sei zu prüfen, ob unsere Wirtschaftsverfassung noch dem Anspruch des sozialer Rechtsstaates gerecht werde, wenn sich in der Krise herausstelle, daß man fast ausschließlich auf das politische Wohlergehen der Unternehmer und deren Erwartung auf hohe Gewinne angewiesen sei, damit es wieder aufwärts geht. Auch könnte das die Gewerkschaften veranlassen, die bisher geübte Toleranz und Disziplin gegenüber Vertretern der Regierungskoalition zu überprüfen.

Zahlreich sind die Stimmen in den Gewerkschaften, die sich insbesondere und mit Nachdruck gegen die „einselige“ Belastung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wenden. Sowohl die Gewerkschaften ÖTV und GEW, DPG und GdED als auch andere haben die diesbezüglichen Bonner Pläne zurückgewiesen. Der DGB, die IG Metall und andere DGB-Gewerkschaften lehnten zunächst rundweg die Heraufsetzung der Mehrwertsteuer und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab. Die IG Metall sprach von „unsozialen“ Maßnahmen, was sie in ihrem neuesten 10-Punkte-Programm noch bekräftigte. Jedoch andere Stimmen werden leiser. Der DGB-Vorsitzende meinte mit Blick auf die Pläne der EG, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer stehe sowieso einmal ins Haus.

Jetzt sind die Gewerkschaften gefordert — und das erwarten die Millionen Mitglieder von ihnen —, sich als Bollwerk gegen Reallohnsenkung und soziale Demontage zu bewähren. Das ist auch darum nötig, weil sonst die CDU/CSU mit ihrer sozialen Demagogie tiefe Einbrüche in die Arbeiterschaft erzielen könnte, obgleich auch sie die arbeitende Bevölkerung nach Strich und Faden berappen möchte.

Die zentrale Bedeutung der Gewerkschaften besteht in ihrer sozialen Schutzfunktion für die abhängig Beschäftigten gegenüber Unternehmern und Regierung. Mehr denn je gilt das in dieser Zeit. „In der Zeit der Krise“, stellte die Bezirksfrauenkonferenz Hessen der Gewerkschaft ÖTV am 19. September fest, „wird die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes und des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiter und Angestellten zur Verbesserung ihrer Lage immer größer.“

Gerd Siebert

## Das Bonner „Rotstiftprogramm“

Das sogenannte Sparprogramm der Bundesregierung ist in Wirklichkeit ein Programm für den Abbau von Sozialleistungen (ab 1976) und für die Erhöhung von Steuern (ab 1977). Folgende Maßnahmen sind vorgesehen, die teils mit Gesetzesänderungen und Verordnungen, teils in Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften (öffentlicher Dienst) durchgesetzt werden sollen:

*Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 13 Prozent ab 1977;*

*Erhöhung der Arbeitslosenversicherung von 2 auf 3 Prozent ab 1976;*

*Erhöhung der Tabaksteuer um 18 Prozent und der Branntweinsteuer um 20 Prozent ab 1977;*

*Senkung der Prämien beim Prämiensparen von 20 auf 15 Prozent ab 1976;*

*Senkung der Bausparprämie von 23 auf 18 Prozent ab 1976;*

*Fortfall des Kurzarbeitergeldes für gesetzliche Feiertage;*

*Einschränkung der Aufwendungen für Arbeitslosengeld durch Änderung der Kriterien für die Zumutbarkeit einer anderen Tätigkeit;*

*Verringerung des Arbeitslosengeldes für Personen, deren Ehepartner noch arbeitet;*

*Jugendliche, die nach Schul- oder Studiumabschluß keine Arbeitsstelle finden, erhalten kein Arbeitslosengeld mehr;*

*Fortfall des Zuschlags beim Schlechtwettergeld für witterungsbedingte Mehraufwendungen der Bauarbeiter;*

*Streichung der Abfindungsgelder für Beschäftigte, die wegen Stilllegung aus dem Steinkohlenbergbau ausscheiden müssen, aber einen neuen Arbeitsplatz finden;*

*Fortfall von Kindergeld für Auszubildende über 18 Jahre, wenn diese über 600 DM verdienen, auch bei Unterhalt einer eigenen Wohnung;*

*Kürzung der Unterhaltsgelder für Umschüler, teils Umstellung auf Darlehen;*

*Steigerung des Darlehensanteils (nach BAFöG) bei den Förderungsmitteln für Studenten, teils volle Umstellung auf Darlehen;*

*Förderung der Berufsbildung nur noch bei Personen, die mindestens sechs Jahre berufstätig waren;*

*Aussetzung der Anpassung von Freibeträgen und Bedarfssätzen (nach BAFöG) für Schüler und Studenten im Jahre 1976;*

*Graduiertentförderung an den Hochschulen künftig nur noch in Form von Darlehen;*

*Senkung des Bundesanteils an der Finanzierung von Krankenhausneubauten;*

*Reduzierung von Subventionen an die Landwirtschaft, insbesondere Streichung des Ausgleichs der durch die DM-Aufwertung von 1969 eingetretenen Einnahmeverluste der Bauern;*

*keine Erhöhung des Wohngeldes 1976;*

*Senkung der Realeinkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und entsprechende Kürzung der Mittel im Haushaltsentwurf für 1976;*

*Heraufsetzung des möglichen Pensionsalters im öffentlichen Dienst von jetzt 62 auf 63 Jahre;*

*Streichung des Ortszuschlages für einen Ehepartner, wenn beide im öffentlichen Dienst beschäftigt sind;*

*Streichung der Fahrkostenzuschüsse für Beschäftigte im öffentlichen Dienst;*

*Streichung der sogenannten Bewährungsbeförderung für Beamte vom Eingangsamt in das erste Beförderungssamt;*

*Kürzung der Zahlungen für die Krankenversicherung bei Wehrpflichtigen;*

*Kürzung der Verpflichtungsprämie für Zeitsoldaten und deren Fortfall ab 1977;*

*Kürzung der Übergangshilfen nach Ausscheiden aus dem Wehrdienst vor Ablauf von vier Jahren;*

*Zahlung von Dienstbezügen über den Wehrsold hinaus an Zeitsoldaten erst ab 7. Monat.*

## Kanzlerschelte

Zum erstenmal in der Geschichte des DGB nahm ein Bundeskanzler — Helmut Schmidt am 2. September — an einer Sitzung des DGB-Bundesausschusses, des höchsten Organs zwischen den Kongressen, teil. Der Kanzler hatte einen gewichtigen Grund: Der DGB als der größte Unsicherheitsfaktor beim Durchpauken des Bonner Rotstiftprogramms sollte auf Stillhalten getrimmt werden. Schmidt selbst setzte seine Autorität dafür ein.

So hörten denn die Mitglieder des Bundesausschusses eine Lektion in kapitalistischer Ökonomie: „Dies ist ganz gewiß keine Zeit, in der jeder sein eigenes Süppchen kochen kann.“ — „Jetzt ist eine Besinnung auf das Ganze nötig.“ — „Ich sage ganz deutlich, daß gegenwärtig über eine zusätzliche Besteuerung der Unternehmen mit mir nicht geredet werden kann...“ — „Im allgemeinen sind die Erträge für eine zur Vollbeschäftigung ausreichende Investitionstätigkeit doch zu klein.“ — „Über Investitionen und ihr Risiko muß das Unternehmen selbst entscheiden.“

Und so weiter. Zwar hängen alle von der Wirtschaft ab und bildet sie die Existenzgrundlage des ganzen Volkes, aber die Handvoll Unternehmer muß darüber das Sagen haben. Auch wenn ihre Kommandogewalt alle paar Jahre zur Krise führt, Hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet, Millionen Menschen den Verdienst mindert, soziale Errungenschaften abbaut und unzählige Existenzen ruiniert. Für diese Clique selbsternannter Lenker der Geschicke des Volkes gibt es unantastbare Freiheit. Darüber wacht auch diese Regierung.

Wer das aber ändern, abschaffen will, wühlt in der Mottenkiste verstaubter Ideologien. Aber ansonsten hört schon beim Falschparken die Freiheit auf, auch wenn das niemanden stört.

Wie zu erfahren war, gab es im Bundesausschuß eine lebhafte und kritische Diskussion über das Kanzleransinnen, die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten möge nun gefälligst die Folgen kapitalistischer Krisenwirtschaft und unternehmerischer Alleinbestimmung auf ihrem Rücken austragen lassen. Auch gab es eifrige Kopfnicker, wie etwa Adolf Schmidt von der IG Bergbau und Energie. Die zentrale Frage ist jetzt jedoch, die gewerkschaftliche Unabhängigkeit zu bewahren und die berechtigten Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten konsequent zu vertreten. Die Schutzfunktion der Gewerkschaften gilt auch gegenüber Schmidt und Genescher. Sb.



# 1000 Beschäftigte vor Entlassungen Kapitalistisches Gaunerstück um NRS

Die Frage aus der „Dreigroschenoper“, was wohl der Einbruch in eine Bank gegen die Errichtung einer Bank bedeute, haben sich in den letzten Tagen und Wochen nicht wenige der Arbeiter und Angestellten und der sie vertretenden Betriebsräte der Niederrheinstahl GmbH (NRS) (ehemals Meyergruppe) in Dinslaken gestellt. Sie, die nahtlose Röhren herstellen, fühlen sich nach dem Verkauf des Werkes durch die Hessische Landesbank (Helaba), die sich im Besitz des Landes Hessen befindet, „nahtlos“ belogen und betrogen. „Wenn es nicht um 1000 von 1750 Arbeitsplätzen ginge, könnte man von einer Schmierkomödie sprechen, so aber kann man nur von einem kriminellen Akt der Helaba reden“, so formulierte der Betriebsrat die Meinung der Belegschaft.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel erfuhren Arbeiter und Angestellte aus dem „Wiesbadener Tagblatt“ vom 19. Juli 1975 unter der Überschrift „Partnersuche für Dinslaken“, daß die Helaba, die 1973 die Niederrheinstahl GmbH übernahm und mit einer 342-Millionen-DM-Spritze vor der Pleite rettete, nun wieder abstoßen will. Ob das Werk an die Benteler-Gruppe, die nur an der Röhrenproduktion interessiert ist, verkauft werden soll, wollte der Betriebsrat von der Helaba wissen. Die lakonische Antwort des Vorstandsmitglieds der Bank, Reuther, lautete, es gebe zwar Verhandlungen, im übrigen sei der Verkauf von Stammanteilen des Werkes einzig Sache der Gesellschaft.

Es folgten Proteste der Belegschaft, des Betriebsrats, der IG Metall und der Stadtverwaltung. Auf einer der vielen Zusammenkünfte zur Rettung der Arbeitsplätze gab es ein spürbares Aufatmen. Arno Schwarting, Vorstandsssekretär bei der IG Metall, berichtete, er habe die Manager der Helaba, die er „nicht mit Sie anrede“, in Telefongesprächen zwischen Syll und Afrika dazu bewogen, mit der Hoesch-Gruppe über einen Verkauf zu verhandeln. Hoesch, so hieß es, würde das Werk „nahtlos“ übernehmen.

Am 22. August 1975 saßen dann Helaba-Chef Sippel und Dr. Reuther mit Vorstandsmitgliedern von Hoesch an einem Tisch. Nur, von einem „Verhandlungstisch“ konnte wohl kaum gesprochen werden. Das wurde wieder durch Zeitungsmeldungen, „Benteler kauft NRS“, am 4. September 1975 bekannt. Von Hoesch war lediglich zu erfahren, die Verhandlungen seien „vorerst“ eingestellt worden. „Wir sind verschaukelt worden – hier wurden nur Scheinverhandlungen geführt, damit alles in Ruhe über die Bühne geht“, das waren die ersten Reaktionen der Betriebsräte.

„Strangguß“, die DKP-Betriebszeitung des Werkes, hatte schon im August vor

zuviel Euphorie bei den angeblichen Verhandlungen mit Hoesch gewarnt: „Wenn es stimmt, was Branchenkenner gesagt haben, daß 40 Prozent der Röhrenproduktion von Benteler über Hoesch abgewickelt werden, dann stellt sich die Frage, ob Benteler hier mit der geplanten Streichung von ca. 1000 Arbeitsplätzen nicht zu früh die Katze aus dem Sack gelassen hat und nun der große Bruder auf den Plan treten mußte, um nur ja keine Unruhe entstehen zu lassen.“

Dieser Eindruck, den heute die gesamte Belegschaft des Werkes teilt, wird noch dadurch erhärtet, daß Helaba- und Hoesch-Chefs zu einem Zeitpunkt zusammentrafen, an dem der Vorvertrag mit Benteler schon lange unter Dach und Fach war. Unverständnis und Mißfallen hat es darum auch unter der Belegschaft hervorgerufen, daß es Arno Schwarting war, der zweimal dagegen auftrat, daß Betriebsrat und Belegschaft nach Frankfurt fahren, um bei der Helaba zu intervenieren.

Inzwischen haben Betriebsrat und Belegschaft einen „Geschmack“ von ihrem neuen Eigentümer, der seine Werke mit einem Hubschrauber besucht, bekommen. Er denke nicht daran, etwas über die Pläne zu sagen, die er mit NRS vor hat. Zunächst würde er alle Belegschaftsmitglieder übernehmen. Die Frage des Betriebsrates, was das konkret bedeute, ist bis heute nicht beantwortet. Das geschehe erst nach dem 15. Oktober, wenn er das Werk übernommen habe. Dann ist Benteler für runde 40 Millionen DM der Besitzer eines Werkes, in das die Helaba, der sein Duzfreund Sippel als Präsident vorsteht, noch vor zwei Jahren über 300 Millionen DM investierte. Der Betriebsrat kündigte an, daß er nach der neuen Situation um jeden Arbeitsplatz kämpfen wird. „Leider geben uns die Gesetze hier keine andere Möglichkeit“, erklärte der Betriebsratsvorsitzende Helmut Mohr.

coby

## PERSONALIEN

Gerd Andres, bisher Nachwuchsssekretär der IG Chemie-Papier-Keramik (ChPK), wurde neuer Bundesjugendsekretär seiner Gewerkschaft. Der 24-jährige kommt aus der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis. Unter anderem war er Jugendvertreter und Vorsitzender des Vertrauensleutkörpers der Westerwald-AG in Siershahn/Westerwald. Sein Vorgänger in der neuen Funktion, Jürgen Walter, wurde Leiter der Abteilung Jugend im Hauptvorstand der IG ChPK.

Horst Bingel, Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier (VS), stieß auf Kritik seiner Kollegen im Bundesvorstand. Nachdem schon vor Wochen vier Mitglieder des siebenköpfigen Gremiums aus Unzufriedenheit mit der Arbeit Bingels aus dem Vorstand ausgetreten waren, ist Mitte September der gesamte Bundesvorstand zurückgetreten, um eine Neuwahl auf der nächsten ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz des VS im Januar 1976 zu ermöglichen.

Heinz Dürrbeck, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall seit 1954, wurde Anfang September wegen angeblicher nachrichtendienstlicher Tätigkeit für die DDR in Untersuchungshaft genommen. In Kreisen des Vorstands der IG Metall zweifeln maßgebliche Funktionäre an den Beschuldigungen. Der IGM-Vorstand hat Dürrbeck weder seiner Funktion entzogen noch beurlaubt. Er erklärte, daß „ein Verdächtiger solange als unschuldig zu gelten hat, bis das Gegenteil bewiesen ist“.

Alois Laus, Erster Bevollmächtigter der IGM-Verwaltungsstelle München, wurde vom Beirat, dem höchsten Organ der IG Metall zwischen den Gewerkschaftstagen, als ehrenamtliches Vorstandsmitglied gewählt. Der 40-jährige gelernter Werkzeugmacher trat 1949 der IG Metall bei. 1950 wurde er Lehrlingsvertrauensmann und später Betriebsratsmitglied. Seit 1967 ist Laus hauptamtlich bei der IG Metall beschäftigt.

Peter Pietsch, bisheriger Leiter der Abteilung Verwaltung beim DGB-Bundesvorstand, ist zum Bundesvorstandsssekretär im Bereich des geschäftsführenden Bundesvorstandsmitglieds Karl Schwab, der für Jugend, ausländische Arbeiter und Kulturpolitik sowie Organisation zuständig ist, berufen worden. Pietsch ist gelernter Buchdrucker und war früher u. a. als Landesjugendsekretär im DGB-Landesbezirk Saar tätig.

## ÖTV ist solidarischer Unterstützung aller DGB-Gewerkschaften sicher

Interview mit Heinz Kluncker, ÖTV-Vorsitzender

In den letzten Wochen sind die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zum Prügelknaben von Unternehmerverbänden und Bundesregierung geworden. Sie sind besonders von den „Sparmaßnahmen“ betroffen. Welche Probleme in diesem Zusammenhang für die Gewerkschaft ÖTV entstehen und welche Möglichkeiten es gibt, die Angriffe abzuwehren, dazu und zu anderen Problemen beantwortete der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – der zweitgrößten Gewerkschaft im DGB mit über einer Million Mitglieder –, Heinz Kluncker, unserer Mitarbeiterin Gisela Mayer einige Fragen.

**NACHRICHTEN:** Kollege Kluncker, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, z. B. im Bereich der kommunalen Einrichtungen, des Gesundheitswesens usw., ist für jeden einzelnen Bürger von größter Bedeutung. Welche Forderungen erhebt die ÖTV und welche Maßnahmen ergreift sie, um die negativen Folgen abzuwehren, die Bediensteten und Bürgern durch geplante und teilweise bereits durchgeführte Einstellungssperren im öffentlichen Dienst drohen?

**Heinz Kluncker:** Die ÖTV kann keinen öffentlichen Arbeitgeber zwingen, Personal einzustellen. Wir können nur immer wieder in der Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit der öffentlichen Dienste hinweisen und die negativen Folgen darstellen, die durch einen Stellenabbau und die daraus folgenden Einschränkungen öffentlicher Dienstleistungen entstehen.

Angesichts der Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen für alle Arbeitnehmer sind wir uns gerade hier der solidarischen Unterstützung aller DGB-Gewerkschaften sicher, und wir hoffen, daß dies bei den verantwortlichen politischen Instanzen seinen Eindruck nicht verfehlen wird.

**NACHRICHTEN:** Welche Haltung nimmt Ihre Gewerkschaft zu den Sparmaßnahmen der Bundesregierung ein, die besonders die Beschäftigten im öffentlichen Dienst treffen?

**Heinz Kluncker:** Die ÖTV lehnt den größten Teil der von der Bundesregierung geplanten Einsparungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst ab, weil sie ein Sonderopfer für bestimmte Gruppen von Beschäftigten bedeuten, in ihren Auswirkungen insbesondere auf die Bezieher geringerer Einkommen unsozial sind und nichts zu der längst fälligen von uns seit Jahren geforderten Reform des öffentlichen Dienstes beitragen.

**NACHRICHTEN:** Die Diskussion um ein einheitliches Personalrecht war ein wichtiger Bestandteil des letzten Gewerkschaftstages. Nun gibt es zu diesem Komplex auch Vorstellungen, die auf eine Verbeamtung des gesamten öffentlichen Dienstes hinauslaufen und die denen Ihrer Gewerkschaft entgegenstehen. Welche Chancen sehen Sie zur Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaft ÖTV?

**Heinz Kluncker:** Das einheitliche Personalrecht ist nach wie vor eine zentrale Forderung der Gewerkschaft ÖTV. Wir können uns eine Reform des öffentlichen Dienstes ohne eine Reform des Dienstrechtes überhaupt nicht vorstellen. In einem modernen öffentlichen Dienst hat die Dreiteilung in Arbeiter, Angestellte und Beamte keinen Platz. Deshalb muß ein einheitliches Personalrecht geschaffen werden, das allen Beschäftigten das uneingeschränkte Koalitionsrecht einschließlich des Streikrechts gewährleistet. Daß dies nicht von heute auf morgen durchgesetzt werden kann, wissen wir. Unsere Tarif- und Besoldungspolitik ist auf dieses Ziel ausgerichtet.

**NACHRICHTEN:** Kollege Kluncker, nach der Sommerpause steht jetzt die Tarifrunde '76 vor der Tür. Der Beschluß 408 des letzten Gewerkschaftstages wurde in der Mitgliedschaft als Intensivierung der innergewerkschaftlichen Demokratie begrüßt. Welche Erfahrungen hat die Gewerkschaft ÖTV in den vergangenen drei Jahren bei der Einbeziehung der Mitgliedschaft in die Vorbereitung der Tarifrunde gemacht, und wie kann die Durchführung des Beschlusses 408 von Seiten des Hauptvorstandes unterstützt werden?

**Heinz Kluncker:** Unsere bisherigen Erfahrungen sind im großen und ganzen positiv. Wir wünschen uns die aktive Beteiligung aller Mitglieder, weil wir Tarifpolitik nicht nur für die Mitglieder, sondern mit den Mitgliedern machen wollen. Der Hauptvorstand unterstützt

deshalb die Durchführung des Antrages 408 durch die Herausgabe von Material für die Mitgliederdiskussion, er nennt die wirtschaftlichen Fakten und äußert seine Meinung.

Zur innergewerkschaftlichen Demokratie gehört aber auch, daß die nach der Mitgliederdiskussion von den zuständigen Organen getroffenen Entscheidungen von allen respektiert werden. Auch wer anderer Meinung war und für seine Meinung keine Mehrheit gefunden hat, muß sich dann für die Durchsetzung dieser Beschlüsse einsetzen.

**NACHRICHTEN:** Im Frühjahr 1975 wurden im Bereich der ÖTV erstmals bundesweit Vertrauensleutwahlen durchgeführt. Wie schätzen Sie die Rolle der gewählten Vertrauensleute im Hinblick auf die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen und auch im Hinblick auf den Verlauf der nächsten Tarifrunde ein?

**Heinz Kluncker:** Den Vertrauensleuten kommt in jeder Gewerkschaft große Bedeutung zu. Sie sind in doppelter Hinsicht ein unersetzliches Bindeglied: für das Mitglied zur Organisation, für die Organisation zum Mitglied. Das gilt gleichermaßen für die Durchsetzung tariflicher und gewerkschaftspolitischer Forderungen, wie für die Bewältigung des betrieblichen und gewerkschaftlichen Alltags.

## Flughafen- Vertrauensleute: „Besitzstand wahren“

Auf ihrer Sitzung Mitte September wandten sich die ÖTV-Vertrauensleute der Frankfurter Flughafen-AG in einer Entschließung „entschieden gegen alle Versuche der Arbeitgeber und bestimmter Parteien sowie der Bundesregierung, eine Lohnpause im öffentlichen Dienst einzuführen“.

Zur bevorstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst „halten es die ÖTV-Vertrauensleute für notwendig, gerade jetzt die berechtigten Forderungen der Beschäftigten zu formulieren“. Der neue Tarifvertrag müsse mindestens beinhalten:

- einen Ausgleich für den erlittenen Kaufkraftschwund;
- den Ausgleich für die erhöhten Belastungen in der Sozial- und Arbeitslosenversicherung und
- einen Anteil am Produktivitätszuwachs.



# Großer Erfolg der IG Metall bei Betriebsratswahlen 1975

Mit einem bisher nie erreichten Erfolg ist die IG Metall aus den Betriebsratswahlen 1975 hervorgegangen. Dies erklärte das für diesen Bereich zuständige Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Georg Benz, auf einer Pressekonferenz am 16. September 1975 in Frankfurt am Main. Während die Zahl der Betriebsräte, die Spaltergewerkschaften angehören bzw. nicht organisiert sind, weiter zurückging, konnte die IG Metall sowohl bei den Arbeitern und Angestellten als auch bei den Frauen und ausländischen Arbeitern ihren Anteil steigern. Insgesamt sind 83,9 Prozent (1972: 81,4 Prozent) der 66 210 (65 408) neugewählten Betriebsräte Mitglieder der IG Metall.

Benz machte deutlich, daß die Betriebsratswahlen 1975 unter den Bedingungen von Konjunkturrückgang, Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit stattfanden und große Teile der Massenmedien die Meinung verbreiteten, die Gewerkschaften wären an der gegenwärtigen Krise mitschuldig. Der angesichts dieser Situation anfangs der Betriebsratswahlen — sie fanden vom 1. März bis 31. Mai statt — verbreitete Pessimismus und die von Gegner der IG Metall erhoffte Stärkung von Spaltergewerkschaften habe sich nicht erfüllt. Gleichfalls sei es möglich gewesen, die von den Unternehmern bereiteten Schwierigkeiten, insbesondere durch willkürliche Ausweitung der Zahl der „leitenden Angestellten“ zu überwinden.

Nach den vorgelegten Unterlagen hat sich die Zahl der Betriebsräte, die der DAG angehören, gegenüber 1972 von 1612 auf 1474 bzw. von 2,5 auf 2,2 Prozent aller neugewählten Betriebsräte verringert. Im Angestelltenbereich verkleinerte sich dieser Anteil von 8,9 auf 7,6 Prozent noch stärker. Einflußlos blieb weiterhin jenes Spaltergrüppchen, das sich als „Christlicher Gewerkschaftsbund“ bezeichnet. Mit 341 Betriebsräten beträgt sein Anteil nur 0,5 Prozent.

Obwohl der Anteil der unorganisierten Betriebsräte mit 13,3 Prozent (1972: 15,7 Prozent) noch beachtlich ist, ist er rückläufig. Mittlerweile wären zahlreiche dieser Betriebsräte, besonders von jenen Betrieben, wo es gelungen sei, erstmals einen Betriebsrat zu wählen, der IG Metall beigetreten, erklärte Benz. Besondere Aufgaben hat hierbei die IG Metall unter den Angestellten, denn von ihnen sind 23,9 Prozent (28,2 Prozent) der Betriebsräte nicht organisiert.

Ultralinke gewerkschaftsfeindliche Grüppchen konnten nur in ganz wenigen Ausnahmefällen mit einem oder zwei Vertretern in Betriebsräte einziehen. Meistenteils haben diese Gewerkschaftsfeinde nicht einmal die für die

Wahl erforderlichen Unterschriften erhalten. Herr Günther Vetter von der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wollte von Georg Benz wissen, ob er auch die DKP-Mitglieder zu den „Chaoten“ zähle. Benz antwortete, daß DKP-Mitglieder nichts mit den Chaoten zu tun haben. Vielmehr würden sie in den Betrieben und Betriebsräten eine ausgezeichnete gewerkschaftliche Arbeit leisten. Das Vorhandensein von DKP-Mitgliedern in der IG Metall wäre auch Voraussetzung, daß „unsere Gewerkschaft als Einheitsgewerkschaft existiert“. Er könne sich nicht vorstellen, daß DKP-Mitglieder aus den Reihen der Gewerkschaften entfernt werden.

Hervorzuheben ist eine beachtliche Verjüngung der Betriebsräte. Der Anteil der Betriebsratsmitglieder im Alter von 18 bis 30 Jahren erhöhte sich gegenüber der letzten Wahl von 1972 von 12,2 auf 20,8 Prozent. Auf eine entsprechende Frage von NACHRICHTEN führte Benz aus, daß viele Kollegen aus den Jugendvertretungen in die Betriebsräte nachgerückt wären, was sich positiv auf die Interessenvertretung der Belegschaften auswirken würde.

Die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder erhöhte sich von 5765 im Jahre 1972 auf 6509, wovon 75,5 Prozent in der IG Metall organisiert sind. Auch die Zahl der weiblichen Betriebsratsvorsitzenden stieg im gleichen Zeitraum von 202 auf 278 und der stellvertretenden von 529 auf 674. Insgesamt gehören 93,4 Prozent aller neu- bzw. wiedergewählten Betriebsratsvorsitzenden der IG Metall an.

Obwohl als Folge der Krise die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern und Angestellten zurückging, hat sich ihre Zahl unter den Betriebsräten von 1445 auf 1978 oder um 35 Prozent erhöht. Von den verschiedenen Nationalitäten sind die Türken mit 655 Betriebsräten am stärksten vertreten, Italiener 369, Griechen 349, Jugoslawen 205. Dennoch sind die ausländischen Arbeiter weiterhin unterrepräsentiert,

da ihr Anteil in der Metallwirtschaft 15,8 Prozent beträgt, der der Betriebsräte aber nur 3,2 Prozent.

Bei der jetzigen Situation stehen die neugewählten Betriebsräte vor schwierigen Problemen. Das gilt nicht nur für die bevorstehende Lohnrunde, sondern auch für die volle Ausnützung der Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes für die Interessen der Belegschaften. Nach der Betriebsratswahl erwarte die IG Metall von den Betriebsräten nach Georg Benz, „daß sie vor allem bei den ihnen zustehenden sozialen Mitbestimmungsrechten keinen Zentimeter Boden preisgeben“. Nach der Betriebsratswahl steht vom Januar bis 30. April 1976 die IG Metall vor der Neuwahl ihrer Vertrauensleute.

W. P. / G. M.

## Westberlins GEW bleibt im DGB

Mit der Änderung ihrer Satzung, die nun der Bundessatzung den Vorrang einräumt, sicherte der Westberliner Landesverband der GEW seine weitere Zugehörigkeit zu dieser Gewerkschaft. Im Juni dieses Jahres war es auf der Vertreterversammlung nicht gelungen, die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Satzungsänderung zusammenzubringen, so daß die Delegierten am 4. September erneut zusammenkommen mußten. Aber auch hier wurde erst in der Wahlwiederholung eine ganz knappe Mehrheit erzielt, nachdem zahlreiche Delegierte verdeutlicht hatten, daß die faktische Ablehnung der in Köln beschlossenen Satzung die Zugehörigkeit des Landesverbandes zur GEW gefährde.

Was sich tatsächlich hinter diesen Auseinandersetzungen verbirgt, wurde in einem Dringlichkeitsantrag an die Vertreterversammlung deutlich, der zusätzlich noch die strikte Beachtung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB verlangte und alle Aktivitäten zur ersatzlosen Streichung dieser Beschlüsse für unvereinbar mit der GEW-Zugehörigkeit erklärte. Erst nach einer Änderung, die ausdrücklich das Recht anerkennt, für eine Revision einzutreten, erklärte wiederum nur eine knappe Mehrheit ihre Bereitschaft, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB zu beachten.

Daß sich hinter diesen Aktivitäten rechte Kräfte verbergen, wurde Ende letzten Jahres deutlich, als Schulsenator Löffler und zwei der SPD angehörende Stadträte aus der GEW austraten und mit anderen rechten Gewerkschaftern eine „Unabhängige Gewerkschaftsgruppe“ bildeten und eine breit angelegte Kampagne gegen die Westberliner GEW einleiteten.

-ke

## Angriffe abwehren Programm der IG Metall

Der Vorstand der IG Metall hat auf einer Klausurtagung am 11. und 12. September 1975 die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Lage in der Metallwirtschaft diskutiert. Wichtigstes Ergebnis dieser Klausur ist ein 10-Punkte-Arbeitsprogramm. Es soll Richtschnur und Anleitung zum gewerkschaftlichen Handeln sein. „Die aktuelle Situation“, so Loderer, „erfordert zusätzliche Anstrengungen für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Reformvorstellungen. Sie erfordert verstärkte praktische Solidarität aller Mitglieder der IG Metall.“ Der Beirat bestätigte am 23. September das Programm.

### 1. Die Wahrung des sozialen Besitzstandes und Abwehr aller Angriffe auf das System der sozialen Sicherung

Der Ausbau des Netzes sozialer Sicherung ist eine wesentliche Errungenschaft der sozial-liberalen Koalition. Alle Versuche, die soziale Sicherung auszuhöhlen, müssen abgewehrt werden. Die CDU/CSU-Opposition lehnt zwar, wie wir, die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Sie macht jedoch — wie die Unternehmer — den Abbau sozialer Leistungen zum Kernpunkt ihres finanzpolitischen Programms. Das aber ist keine Unterstützung für uns.

Die Bundesregierung will sich zwar auf die Kürzung gesetzlicher Einzelleistungen beschränken und für die Mehrheit der Arbeitnehmer die sozialen Leistungen erhalten. Wir aber fordern eine verbindliche Garantie für die Unantastbarkeit des Netzes der sozialen Sicherung sowie vorbeugende Maßnahmen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.

Die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung macht die Arbeitnehmer für Beschäftigungskrisen haftbar, die von den Unternehmern geschaffen wurden. Die abhängig Beschäftigten können diese Risiken nicht verhindern, solange ihnen gleichberechtigte Mitbestimmung in der Wirtschaft vorenthalten wird.

### 2. Wahrung des sozialen Besitzstandes durch Abwehr steuerpolitischer Umverteilungsmaßnahmen zu Lasten der Arbeitnehmer

Die Verbesserungen für Arbeitnehmer aus der Steuer- und Kindergeldreform müssen erhalten bleiben. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist strikt abzulehnen. Sie würde sich nachteilig auf die Verteilung der Einkommen auswirken, Preissteigerungen fördern und die unteren Einkommensschichten besonders benachteiligen. Steuerliche Entlastungen für Unternehmer sind entschieden zu bekämpfen.

### 3. Abbau der Arbeitslosigkeit durch Ergänzung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums

Wenn die Vollbeschäftigung wieder hergestellt werden soll, muß die Förderung von Investitionen in der privaten Wirtschaft begleitet sein von sozialen Auflagen und öffentlichen Aufträgen. Die allgemeine Steuerung der Konjunktur muß ergänzt werden durch eine gezielte Politik in besonderen Bereichen und Gebieten. Mit der Investitionszulage wurden vielfach nicht Investitionen erweitert und damit neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern beschleunigt rationalisiert und dadurch Arbeitsplätze gefährdet.

Das neue Konjunkturprogramm der Regierung vermeidet diesen Fehler. Schwerpunkt ist jetzt die Vergabe öffentlicher Aufträge. Aber der Gesamtumfang von 5,75 Milliarden kann keine Wende in der Beschäftigung herbeiführen. Die IG Metall fordert deshalb von Bund, Ländern und Gemeinden, die Vergabe öffentlicher Zuschüsse und Aufträge an private Investoren mit Auflagen zu koppeln (z. B. Abbau von Kurzarbeit, Neueinstell-

lungen statt Mehrarbeit, Schaffung von Ausbildungsplätzen, Einhaltung von Schutzbestimmungen); der Vergabe öffentlicher Aufträge den Vorzug gegenüber Subventionen an die Privatwirtschaft zu geben.

Die Strukturpolitik und Investitionslenkung muß verdeutlicht werden. Genauere Vorstellungen für den Bereich der Metallindustrie sollen durch Untersuchungen über die wichtigsten Zweige dieses Bereiches vom IGM-Vorstand erstellt werden. Auf einer Arbeitstagung wird dieser auch die wirtschaftspolitischen Erfahrungen aufarbeiten und sie in die zukünftigen gewerkschaftspolitischen Überlegungen einbeziehen.

### 4. Verteidigung der Tarifautonomie und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen mit Hilfe der gewerkschaftlichen Tarifpolitik

Die Aufstellung von Forderungen für die Tariffbewegung 1975/76 kann nur Ergebnis innergewerkschaftlicher Willensbildung in den zuständigen Gremien sein. Die IG Metall lehnt alle Einmischungsversuche und jede Einflußnahme von außen durch Orientierungsdaten, Lohnleitlinien und automatische Lohn-Preis-Gleitklauseln entschieden ab. Alle verantwortlichen Politiker sollten sich jeder Einmischung in unsere Tarifpolitik strikt enthalten.

Über die Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütung ist zumindest eine Sicherung des erreichten Lebensstandards anzustreben. Unsere Tarifpolitik soll sich auch bemühen, zu einer erheblichen Verbesserung der betrieblichen Arbeitsbedingungen und zur Sicherung der Arbeitsplätze beizutragen. Hierzu gehört eine möglichst umfassende tarifvertragliche Absicherung der Effektivverdienste. Um unsere tarifpolitischen Ziele zu verwirklichen, muß die Mitgliedschaft stets und umfassend durch unsere Gremien und Presseorgane informiert werden.

### 5. Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und Reform der beruflichen Bildung

Mit dem Nachrücken geburtenstarker Jahrgänge aus den allgemeinbildenden Schulen ist ein weiterer Anstieg der jugendlichen Arbeitslosigkeit zu befürchten. Einschneidende Änderungen des Systems der betrieblichen Berufsausbildung und ihrer Finanzierung durch den einzelnen Betrieb können hier Änderungen herbeiführen. Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, die Reform der beruflichen Bildung auf der Grundlage gewerkschaftlicher Vorstellungen durchzusetzen.

### 6. Intensivierung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit als integrierter Bestandteil der Organisationspolitik

Aufgabe der Politik unserer Organisation ist es, die Ursachen der Krise offenzulegen, die Möglichkeiten und Grenzen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu verdeutlichen und die Solidarität zu stärken. In diesem Rahmen ist unsere Bildungsarbeit besonders wichtig. Sie muß Betriebsräte, gewerkschaftliche Vertrauensleute und Jugendvertreter befähigen, gewerkschaftliche Positionen in der Diskussion mit den Mitgliedern und in der Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber jederzeit zu vertreten.

### 7. Einbeziehung der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen in die örtliche Gewerkschaftsarbeit und in die innergewerkschaftliche Willensbildung

Unsere arbeitslosen Mitglieder müssen davon überzeugt werden, daß es nötig ist, die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft aufrechtzuerhalten. Sie müssen systematisch über die Wirksamkeit ihrer Organisation und ihre Leistungen für arbeitslose Mitglieder aufgeklärt werden. Ziel ist es, die arbeitslosen Mitglieder an die Organisation zu binden.

Wenn sie öffentliche Leistungen in Anspruch nehmen müssen, soll ihnen die Organisation beratend zur Seite stehen. Zu ihrer Betreuung kann auch gehören, berufsberatende Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche in Zusammenarbeit von Verwaltungsstelle, Arbeitsamt und Berufsbildungswerk unter Hinzuziehung von



ziehung arbeitsloser Berufsausbilder zu organisieren. Das soll die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung ermöglichen.

Nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben arbeitslose IG-Metaller die gleichen Rechte und Pflichten wie Beschäftigte. Sie müssen deshalb in den innergewerkschaftlichen Informationsfluß und in die Willensbildung einbezogen werden. Nur so kann der solidarische Zusammenhalt erhalten bleiben. Art und Umfang der jeweils nötigen Maßnahmen hängen von der Lage der einzelnen Verwaltungsstellen ab.

### 8. Steigerung des gewerkschaftlichen Durchsetzungsvermögens durch weitere Verbesserung des Organisationsverhältnisses der IG Metall

Obwohl die Zahl der Beschäftigten stark zurückging, war unsere Mitgliederentwicklung positiv. Sollte jedoch der Beschäftigungsabbau anhalten, dann entsteht hieraus die Gefahr negativer Rückwirkungen auf Mitglieder- und Beitragsstand. Dem muß mit verstärkter Aufklärung über die Schutzfunktion der IGM begegnet werden sowie durch intensive Gewinnung neuer Mitglieder, vor allem dort, wo bisher der Organisationsgrad schwach blieb. Der außerordentliche Vertrauensbeweis für die IG Metall in den Betriebsratswahlen muß auch in der Mitgliederbewegung und in den Vertrauensleutewahlen im Frühjahr 1976 spürbar werden.

### 9. Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft durch eine wirksame Vertrauensleutearbeit

Auf die Vorbereitung und Durchführung der Vertrauensleutewahlen 1976 müssen die Anstrengungen der Gesamtorganisation ausgerichtet werden. Ihr Ziel ist die Wahl eines gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers für jeden Betrieb der Metallwirtschaft.

### 10. Verteidigung des sozialen Besitzstandes und Schutz der Arbeitnehmer vor unternehmerischer Willkür im Rahmen der gewerkschaftlichen Betriebspolitik

Der Vorstand der IG Metall ruft alle Betriebsräte auf, mit der Unterstützung der Organisation ihre betriebsverfassungsrechtlichen und tarifvertraglichen Möglichkeiten für die Verteidigung des sozialen Besitzstandes im Betrieb, für den Schutz der menschlichen Arbeitskraft und die Erreichung eines hohen Beschäftigungsgrades voll auszuschöpfen.

Dazu gehören:

- Der Kampf gegen betrieblichen Lohnabbau durch Kürzung betrieblicher Sozialleistungen, Änderung der Vorgaben für Leistungslöhner und Abbau der Effektivverdienste.

- Der Kampf gegen die Verschlechterung der betrieblichen Arbeitsbedingungen zu Lasten der Gesundheit des Arbeitnehmers, durch Beschleunigung des Arbeitstempos sowie durch Ausschöpfung aller Rationalisierungsreserven.

- Die Arbeitgeber müssen daran gehindert werden, den Beschäftigungsstand trotz Besserung der Absatzmöglichkeiten niedrig zu halten.

Der Neueinstellung von Arbeitnehmern soll der Vorzug gegenüber der Zustimmung für Überstunden und Sonderschichten gegeben werden. Hierfür ist eine verstärkte Abstimmung unter Einschaltung unserer Organisation notwendig. Bei unternehmerischem Fehlverhalten muß die zuständige IGM-Verwaltungsstelle umgehend informiert werden. Nur sie kann sicherstellen, daß die Betriebsräte rechtzeitig von der Organisation unterstützt werden. Zugleich kann man so am besten unternehmerische Übergriffe der Öffentlichkeit in geeigneter Form bekanntgeben. Der Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit wird vor allem von der verstärkten Zusammenarbeit mit Betriebsräten, gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Jugendvertretern in den Betrieben und auf allen Ebenen der Organisation abhängen.

Der Vorstand der IG Metall ruft alle deutschen und ausländischen Arbeitnehmer auf, sich in dieser schwierigen wirtschaft-

lichen Situation den Gewerkschaften anzuschließen und mit ihnen für den Erhalt der Arbeitsplätze einzutreten. Er appelliert an alle Mitglieder und Funktionäre, in Zeiten verschärfter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen praktische Solidarität zu bewahren und ihren Beitrag für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Reformforderungen zu leisten.

## Ernst Breit, DPG: Solidarität üben

Die Vorschläge der Bundesregierung treffen die Beamten, Angestellten und Arbeiter stärker als die anderen Bürger. Es besteht die Gefahr, daß außerdem bestimmte Gruppen unserer Kolleginnen und Kollegen Sonderopfer erbringen müssen. Insgesamt werden den Beziehern geringerer Einkommen mittelfristig größere Einkommensverschlechterungen zugemutet. Dagegen wehren wir uns, denn das ist sozial ungerecht. Deshalb müssen wir Solidarität auch unter uns üben. Keine Gruppe darf sich von den anderen im Stich gelassen fühlen. Unser Auftrag lautet: Den gewerkschaftlichen Standpunkt gegenüber Regierung, Gesetzgeber und Arbeitgeber geschlossen vertreten und den sozialen Besitzstand aller Beschäftigten sichern. Wenn wir uns in den kommenden Monaten behaupten wollen, müssen wir gemeinsam handeln und die Kraft der Deutschen Postgewerkschaft stärken.

Wir bestreiten nicht, daß die Staatsfinanzen wieder in Ordnung gebracht werden müssen. Wir im öffentlichen Dienst und bei der Post wollen unseren Beitrag dazu leisten. Unser Anteil muß aber sozial gerecht und ausgewogen sein. Bis jetzt ist es es nicht. „Risikoabschläge“ lehnen wir ebenso ab wie „Lohnpausen“ im öffentlichen Dienst... Die Bundesregierung hat unsere sachlich begründeten Einwände gegen die unsozialen Auswirkungen ihres Sparprogramms zu Lasten der geringer Verdienenden im öffentlichen Dienst nicht berücksichtigt. Soweit die Beamten davon betroffen sind, hat jetzt der Gesetzgeber das Wort... Freilich wird in diesem Zusammenhang so deutlich wie selten, daß die Beamten über keine gleichberechtigten Verhandlungsrechte verfügen, sondern den Entscheidungen anderer unterworfen sind. Deswegen drängen wir entschieden auf eine Reform des Dienstrechts, die diesen unhaltbaren Zustand beendet. In den Tarifverhandlungen für Angestellte und Arbeiter werden wir – in Übereinstimmung mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – den jetzigen Besitzstand der Arbeitnehmer verteidigen... (Aus „Deutsche Post“, Nr. 18/75.)

## Scharfe Proteste gegen Sparmaßnahmen

Als Auftakt einer Reihe von Kundgebungen im gesamten Bundesgebiet fand am 16. September 1975 im Frankfurter Volksbildungsheim eine gemeinsame Protestveranstaltung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdE) statt. In ihren Reden brachten die Sprecher, Karl Heinz Wolf, Bezirksleiter der ÖTV in Hessen, und Oskar Rudolf, Bezirksvorsitzender der DPG in Hessen, den Protest der Beschäftigten im öffentlichen Bereich gegen die geplanten Sparmaßnahmen zum Ausdruck. Insbesondere wandten sie sich gegen die Absicht, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der gewerblichen Wirtschaft auseinanderzudividieren. Jeder Eingriff in die Tarifautonomie wurde von den Sprechern nachdrücklich abgelehnt. Nachfolgend die wichtigsten Aussagen aus den Reden:

Karl Heinz Wolf, ÖTV:

## Krise der kapitalistischen Ordnung

Dieses hier ist nicht ein Protest von Funktionären, und wenn unsere Mitglieder sich vom ersten Schock erholt haben, dann wird sich zeigen, daß es nicht ohne politische Folgen bleibt, wenn man meint, soziale Demontage betreiben zu können. Damit nun auch eine interessierte Öffentlichkeit uns nicht mißverstehet: Es bestreitet niemand, daß in den öffentlichen Haushalten drastische Sparsamkeit zu üben ist. Es zweifelt auch niemand an, daß ein weiteres Anwachsen der Personalkosten im öffentlichen Dienst zur Zeit nicht verantwortet werden kann. Wir wenden uns auch nicht gegen Maßnahmen, die sinnvoll und vertretbar sind. So würden wir z. B. eine Einbeziehung der Beamten in die Arbeitslosenversicherung (oder ihre Belastung mit 0,5 Prozent der Erhöhung), ja, in die Sozialversicherung überhaupt, durchaus begrüßen und dies bewerten als einen Akt der Solidarität gegenüber allen Arbeitnehmern, die in die Lage kommen können, arbeitslos zu sein oder Kurzarbeit leisten zu müssen.

Nun wird man fragen, „Was kann man denn noch sparen?“. Wenn schon die Gewerkschaften die jetzigen Beschlüsse der Bundesregierung zur Sparsamkeit im öffentlichen Dienst ablehnen! Zunächst ist zu sagen, wir sind nicht die Sparkommissare für den öffentlichen Dienst, und wir nehmen auch den Spitzen der Verwaltung nicht die politische Verantwortung ab, die diese zu tragen haben. Eines aber muß doch einmal ganz deutlich gesagt werden. Es sind doch nicht die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, die für die Unrentabilität ganzer Betriebszweige und für die oft beklagte mangelhafte Effizienz vieler Verwaltungen verantwortlich sind. Verantwortlich dafür sind vielmehr genau die Politiker, die sich jetzt darin gefallen, undifferenziert die Hetzkampagne gegen den öffentlichen Dienst mitzumachen, statt ehrlich einzugestehen, daß für viele Fehlentwicklungen, die niemand bestreitet, sie ganz alleine die ganze Verantwortung zu tragen haben...

An dieser Stelle ist es zweifellos angebracht, auch ein Wort zu den Rahmenbedingungen zu sagen, innerhalb derer sich die derzeitige Wirtschaftslage darstellt. Diese Krise, mit der wir leben müssen, ist weltweit eine solche der kapitalistischen Ordnung. Der Markt, der alles regulieren soll, versagt tagtäglich!... Es soll einer der Sündenbock sein, und diese Rolle ist derzeit für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes vorgesehen!...

Ich bin damit quasi bei der Hauptsache des beabsichtigten Eingriffs angelangt. Der Katalog des Bundeskabinetts zu den Sparmaßnahmen hat bekanntlich 28 Einzelpositionen. Bis auf eine Position, auf die ich gleich eingehen werde, ist das geradezu Teufelsche an dem ganzen Katalog die Tatsache, daß jede Einzelmaßnahme einen eng begrenzten Teil trifft und nur unter dem Strich eine notwendige Solidarisierung aller Arbeitnehmer möglich erscheint. Die Position 28, die ich meine, lautet allerdings schlicht: „Anpassung der Bezüge im öffentlichen Dienst.“ Was wohl ist damit gemeint!

Nun haben Professor Maihofer und auch der Bundeskanzler übereinstimmend erklärt: „An eine Lohnpause ist nicht gedacht!“ Helmut Schmidt hat allerdings nuanciert hinzugefügt auf dem SPD-Parteitag in Bayern: „In der Wirtschaft!“ Wir wollen einmal die Frage nach der Glaubwürdigkeit beiseite lassen und schlicht miteinander rechnen:

1,140 Milliarden DM will die Bundesregierung im Bundeshaushalt 1976 an Leistungen für den öffentlichen Dienst einsparen. Davon auf dem Gesetzes- und Verwaltungswege 500 Millionen DM und durch nichtgesetzliche Maßnahmen, d. h. im Tarifsektor, 640 Millionen DM. Wenn wir hier nun zusammenrechnen und abziehen, was im Tarifsektor für Arbeiter und Angestellte demontiert werden soll, z. B. bei der Gesamtversorgung, beim Bewährungsaufstieg, beim Ortszuschlag usw., dann bleibt eine Summe in Höhe von 515 Millionen DM für das Jahr 1976 mit

der Bezeichnung „Anpassung der Bezüge im öffentlichen Dienst“ stehen. Diese sollen im Personalhaushalt des Bundes, um es genauer zu sagen, ab dem 1. Februar 1976 eingespart werden. Und damit wissen wir ganz klar und unmißverständlich, was kommen soll.

Hier wird mit dieser Summe nichts anderes anvisiert, als ein Tarifaufschlag für 1976, der nicht mehr den realen Einkommensverlust der Arbeitnehmer abdeckt. Hier soll möglichst nahe bei Null abgeschlossen werden. Und selbst, wenn etwas mehr, dann sollen dabei die 125 Millionen aufgerechnet werden, die im Zuge neuer Tarifverhandlungen über die Modifizierung der Gesamtversorgung, des Bewährungsaufstiegs und des Ortszuschlags zur Einsparung vorgesehen sind. Das alles, Einsparungen bei Angestellten und Arbeitern und ganz niedriger oder auch zeitlich hinausgeschobener Tarifaufschlag für 1976, soll miteinander verquickt und verzahnt sein. So vorprogrammiert soll bereits jetzt über die Tarifrunde 1976 im öffentlichen Dienst entschieden werden! Schließlich soll dies alles auch als Signal für die Arbeitgeber der privaten Wirtschaft dienen, sich ähnlich bei bevorstehenden Tarifaueinandersetzungen zu verhalten...

Viele von uns – ich selbst auch – stehen in der Parteipolitik als engagierte Sozialdemokraten, und ich sehe auch keine Alternative zur derzeitigen sozialliberalen Koalition – dieses möchte ich vorweg ausdrücklich betonen –, ich möchte aber genauso auch betonen, daß ich genauso wenig bereit bin, und auch meine Freunde sollten es nicht sein, als Gewerkschafter meine eigene Partei zu schonen, wenn sie elementare Interessen nicht in richtiger Weise berücksichtigt und vertritt. Wir sind viele Wege gemeinsam gegangen – Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Diesen Weg, der für den öffentlichen Dienst geplant wurde, können und werden wir so nicht gemeinsam gehen...

Wir sollten deshalb mit einer klaren Erklärung aus dieser Kundgebung heraus den Hauptvorständen und Tarifkommissionen unserer drei Gewerkschaften in eindeutiger Weise den Mitgliederwillen signalisieren, indem wir zum Ausdruck bringen – und dazu liegt eine Entschloßung hier vor: Der einzig richtige Kurs ist – kein Sonderopfer für den öffentlichen Dienst, keine Lohnpause. Wir erwarten die Kündigung der laufenden Lohn- und Gehaltstarifverträge jetzt sofort, so schnell wie möglich. Damit niemand, wer immer es auch sei, an unserem Willen zweifeln kann, uns mit allem Nachdruck gegen das zu wehren, was man uns hier aufzwingen will! Ich bitte darum, dieses hier einmütig zum Ausdruck zu bringen, und ich rufe auf, jetzt bis zum letzten Gewerkschaftsmitglied Klarheit zu schaffen, Resignation und Lethargie zu beseitigen, geschlossene Solidarität herzustellen, damit wir tun können, was getan werden muß. Die drohende soziale Demontage gilt es zu verhindern.

Oskar Rudolf, DPG:

## Gegen Angriffe auf Existenz

Leider, und auch das muß hier in aller Deutlichkeit festgestellt werden, ist das Verhalten der „obersten Dienstherren“ und ihrer „Verfügungsgewaltigen“ auch nicht geeignet, ein objektives Bild von dem öffentlichen Dienst schlechthin und den Leistungen seiner Beschäftigten überzeugend darzustellen. Im Gegenteil. Alles, was in den letzten Wochen und Monaten aus dieser Ecke kam, hat die Zweifler und Kritiker eher bestärkt und ermuntert, ihren Mut am öffentlichen Dienst zu kühlen, anstatt sie nachdenklich zu machen. Freilich, wer fleißig darum bemüht ist, sein eigenes Image zu pflegen, sei es mit oder ohne Gurt, wird keine maximale Wirkung bei der Darstellung des Nutzens und der Notwendigkeit der Leistungen des öffentlichen Dienstes für den Bürger erreichen.

Wenn sich die Bemühungen darin erschöpfen, neben einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen, Änderungen von Betriebsaufbau- und Ablaufmechanismen zu bewirken und im übrigen alle Kunstgriffe angewandt werden, mit Hilfe neuer Bemessungswerte den Auslastungsgrad (Ausbeutung) des einzelnen Beschäftigten bis zum „Geht nicht mehr“ hochzuschrauben, dann wird es kritisch und in hohem Maße unmoralisch. Es gehört nämlich auch zu den Pflichten des „Dienstherren“, sich dann schützend vor seine Beschäftigten zu stellen, wenn diese sich ungerechtfertigten Angriffen ausgesetzt sehen. Hier wurde und wird nicht nur gesäumt, sondern bewußt, und wie ich meine, pflichtwidrig und gewollt zuwidergehandelt.

Es mag sein, daß es leichter ist, sich einem allgemeinen, wenn auch falschen Trend anzuschließen. Vielleicht hält man es auch für politisch opportun, demjenigen, dem man ohnehin die Daumenschrauben anzieht, auch noch in den Hintern zu treten. Auf alle Fälle ist es bequemer und lenkt vom eigentlichen Dilemma ab. Ich will das an wenigen Beispielen meines unmittelbaren Erfahrungsbereiches, der Deutschen Bundespost, belegen. Will denn niemand zur Kenntnis nehmen, daß die Deutsche Bundespost seit 1962 im Bereich des Postwesens eine Zunahme der Verkehrsleistungen von 12,5 Prozent und im Fernmeldewesen von 198,1 Prozent verkräftet hat. Will denn niemand wissen, daß dieses Betriebsergebnis mit einem unzureichenden Personalzuwachs von 2,4 Prozent erzielt wurde? Interessiert es die Kritiker denn gar nicht, wenn die Deutsche Bundespost in dieser Zeit einen Produktivitätsgewinn von 160 Prozent ausweist und gleichzeitig stolz darauf ist, in der gleichen Zeit 60 000 Arbeitsposten eingespart zu haben?

Warum sträubt man sich, zur Kenntnis zu nehmen, daß sich die Personalkosten in dieser Zeit laufend anteilmäßig (insgesamt mehr als 11 Prozent) verringerten, während die Aufwendungen für Fremdkapital progressiv stiegen? Wer will denn mit uns darüber streiten, daß die permanenten Versuche und Erfolge, Personalkosten zu senken, eine Erhöhung des Leistungsdrucks und der Arbeitsintensität zur Folge hatten und haben? Wer kann denn ernsthaft in Abrede stellen, daß dieser Talbestand und die ständige Anpassung an neue Arbeitsmethoden und Techniken ohne gleichzeitige Verbesserungen des Lohnes oder der Bewertungsmerkmale, vorenthaltenen Lohn oder Lohnverzicht darstellen? ...

Prüft man die jüngsten Sparbeschlüsse vor diesem Hintergrund, kann man aus mehr als einem Grund nicht schweigen. Unser Unmut, Widerspruch und Protest richtet sich nicht nur gegen die ungerechtfertigten emotionalen Aufladungen und Diffamierungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sondern insbesondere gegen die konkreten Angriffe auf ihre wirtschaftliche und soziale Existenz. Solange die Experten darüber streiten, ob die unbestreitbare Wirtschaftskrise mehr national oder mehr international bedingt ist, können wir uns heraushalten. Nicht mehr heraushalten können und dürfen wir uns, wenn ausgerechnet die den Kopf dafür hinhalten sollen, die auf Art und Umfang der Produktion, Investitionen oder auch Fehlinvestitionen keinerlei Einfluß haben. Nicht mehr heraushalten können wir uns, wenn auf Kosten der Allgemeinheit mit Konjunkturprogrammen den Unternehmern Investitionsanreize und mit Steuergeschenken hohe Gewinnerwartungen in Aussicht gestellt werden, nur um ihr Wohlfühlen zu erkaufen.

Unerträglich wird es, wenn die so begünstigten Kapitaleigner, die keinerlei Kontrolle und Verpflichtung durch die Globalsteuerungsmaßnahmen unterliegen, auch noch herumtrotzen, sie müßten langfristig von der Sorge vor sozialistischen Experimenten befreit werden. Sie sollten sich nicht wundern, wenn die Frage nach dem Funktionieren dieser Wirtschaftsverfassung immer lauter gestellt wird ...

Man hat sich also genau die zum Opfer gesucht, die am wenigsten an der Herbeiführung der Krise beteiligt waren und sie schon gar nicht zu verantworten haben. Deshalb richtet sich unser Protest gezielt gegen die Beschlüsse des Bundes-

kabinetts vom 10. September. Wir werden die dort beschlossenen Maßnahmen und Absichtserklärungen nicht hinnehmen und ihnen erforderlichenfalls unseren härtesten Widerstand entgegensetzen ...

Wir werden uns über unsere Warnung und unseren Protest hinaus auf die ganze in uns wohnende Kraft besinnen müssen, wenn wir in der Abwehr ungerechter Sonderopfer erfolgreich sein wollen. Wir haben es mit einer seit dem Lohnkampf 1974 systematisch gegen uns aufgeputschten öffentlichen Meinung zu tun. Wir haben es mit einem Kabinett zu tun, dem ausgerechnet unter einem sozialdemokratischen Kanzler nichts Besseres eingefallen ist, als die Haushaltslücken auf dem Rücken der sozial Schwachen des öffentlichen Dienstes zu schließen ...

## Entschließung

Die von den Gewerkschaften ÖTV, DPG und GdED am 16. September 1975 im Frankfurter Volksbildungsheim durchgeführte Protestkundgebung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes begrüßt die Haltung des Hauptvorstandes und der Großen Tarifkommission der ÖTV, die eindeutig zum Ausdruck gebracht haben, daß es weder Opfer noch Lohnpause im öffentlichen Dienst geben dürfte. Wir wenden uns gegen jedes Opfer, weil die Arbeitnehmer nicht für die Krise verantwortlich sind.

Sie verurteilt die Absicht der Bundesregierung, mit vorgegebenen Haushaltseinschränkungen in die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst einzugreifen. Damit eindeutig und für alle Beteiligten unmißverständlich klar wird, daß die Gewerkschaften und ihre Mitglieder sich auf die Absichten der Bundesregierung nicht einlassen, fordern die Teilnehmer der Protestveranstaltung die zuständigen Organe der ÖTV, DPG und GdED auf, jetzt bereits die zum 31. 1. 1976 auslaufenden Lohn- und Gehaltstarifverträge fristgemäß zu kündigen.

Sie fordern weiterhin, den gewerkschaftlichen Standpunkt durch geeignete organisatorische Maßnahmen allen Mitgliedern deutlich zu machen und eine ausführliche Diskussion in allen Betrieben und Verwaltungen herbeizuführen, deren Ziel es sein muß, die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte soziale Demontage zu mobilisieren.

Christian Götz:

## Auf dem Weg zum Unternehmerstaat

In ihrer Septemberausgabe veröffentlichte die Zeitschrift der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, „Holzarbeiter-Zeitung“, einen längeren Artikel von Christian Götz. Der Autor weist nach, daß Krisenverursacher und Krisengewinnler wieder einmal identisch sind. Nachfolgend veröffentlichen NACHRICHTEN wesentliche Aussagen aus dem genannten Artikel:

„Solange ich zurückdenken kann, solange ich ökonomisch denken kann, weiß ich, daß es eigentlich immer Krisen im Kapitalismus gibt. Die jetzige Situation ist also keine Ausnahmeerscheinung.“ So eindeutig antwortete DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter vor einigen Wochen in einem in der DGB-Zeitschrift „Horizont“ veröffentlichten Interview auf die Frage, ob wir zur Zeit eine Krise des Kapitalismus erleben.

Konjunkturelles Auf und Ab und Krisen gehören also quasi institutionell zur wirtschaftlichen Ordnung, in der wir leben; sie sind — hier paßt das Wort genau — systemimmanent. Weil

die Situation nicht neu ist, gibt es geschichtliche Erfahrungen, die wir gerade heute nicht vergessen und geringschätzen dürfen. Die wichtigste Erkenntnis lautet: Immer dann, wenn der Kapitalismus (wieder einmal) eine Krisenphase durchmacht, geraten Arbeitnehmerinteressen unmittelbar in Gefahr. Das ist heute nicht anders.

Vor dem Hintergrund der bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der damit verbundenen Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten haben die Unternehmer und ihre zahlreichen Verbündeten in Politik und Publizistik einen großangelegten Versuch gestartet, in der Bundesrepublik sozial- und gesellschaftspolitisch für lange Zeit die Weichen in ihrem Sinne zu stellen. Die Taktik ist nicht neu: Die Unternehmer erklären ihre spezifischen Interessen für identisch mit dem „Allgemeinwohl“, um anschließend von allen gesellschaftlichen Gruppen und den Verantwortlichen in Politik und Staat zu verlangen, sich an diesen Interessen zu orientieren. Bevölkerung und Öffentlichkeit wird gleichzeitig nicht ohne Erfolg eingeredet, das sei letztlich auch der einzige Weg, die von den Unternehmern weitgehend selbst zu verantwortende Krise zu beheben. Im Endergebnis wären Krisenverursacher und Krisengewinnler wieder einmal identisch.

Trotz dieser intensiven und zielbewußten Bemühungen zur Errichtung eines Unternehmerstaates wird in der Öffentlichkeit fast ausschließlich über den angeblich drohenden „Gewerkschaftsstaat“ diskutiert. Das ist aber kein Gegenargument, sondern höchstens ein zusätzlicher Beweis. Die unter dem Stichwort „Gewerkschaftsstaat“ laufende Kampagne zur Verteufelung und bleibenden Schwächung der Gewerkschaften ist ein wesentlicher und unverzichtbarer Teil der Bemühungen zur Stärkung und Verfestigung der Unternehmerposition. Logischerweise wäre in einem Unternehmerstaat für unabhängige und einflußreiche Gewerkschaften kein Platz.

Wird hier zu schwarz gemalt oder polemisch überzogen? Solche Einwände und Kritik lassen sich relativ leicht entkräften. Es genügt z. B., Forderungen aus dem Unternehmerlager mit Aussagen führender Politiker zu vergleichen. Unter dem Gesichtswinkel der Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen wird man sehr schnell eine gefährliche Identität feststellen ...

„Höheren Steuern, gestiegenen Sozialabgaben und überproportional gewachsenen Arbeitnehmerinkommen schrieb der Wirtschaftsminister zu, daß die Unternehmer die Lust am Investieren zunehmend verloren hätten ... Ganz im Sinne des Bundesverbandes der Deutschen Industrie beklagte Friderichs „Anzeichen von Unsicherheit über sich hinziehende Diskussionen betreffend bestimmter Reformvorhaben der Koalition“ und nannte dazu gleich konkrete Beispiele: die Debatten über die Mitbestimmung, die Berufsausbildung und die Reform der Körperschaftsteuer ...“

CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf vertrat bereits am 3. 7. 1975 in einem Vortrag vor dem Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen die Auffassung, die Belastung der Unternehmen durch Steuern und Sozialabgaben müßte jetzt auf einem „vernünftigen“ Maß plafondiert (begrenzt) werden, „um über eine Verbesserung der Erträge die Investitionen anzukurbeln ...“

Unübersehbar ist: Unternehmer und führende Politiker, an der Spitze das für die Wirtschaftspolitik verantwortliche Mitglied der sozial-liberalen Bundesregierung, stimmen offensichtlich nahtlos darin überein, daß ein Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise nur über die uneingeschränkte Berücksichtigung von weitgehenden Unternehmerforderungen führt. Es genügen danach nicht steuerliche Erleichterungen und Investitionshilfen; darüber hinaus ist eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Kehrtwendung in Richtung „Unternehmerstaat“ notwendig.

Aber selbst dann ist der Erfolg noch keineswegs sicher. Wenn alle diese Voraussetzungen erfüllt sind, besteht — das wissen wir aus den Erfahrungen mit der letzten Investitionszulage — die nächste Phase darin, daß eine ganze Nation nur warten, bitten und flehen kann, daß die Unternehmer nun endlich bereit sind, ihre „selbstgewählte Investitionsaskese“ („Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“) aufzugeben ...

Arbeitnehmer und Gewerkschaften müssen sich entschieden gegen die hier aufgezeigte Entwicklung zur Wehr setzen. Die noch zu erarbeitende „gesellschaftspolitische Gegenposition“ sollte zumindest folgende Punkte klarstellen:

■ Jeder Versuch der „sozialen Demontage“, egal auf welchem Feld, wird auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen.

■ Eine „Lohnpause“ wird abgelehnt. Sie wäre, um mit den Worten des stellvertretenden IGM-Vorsitzenden und Tarifexperten Hans Mayr zu sprechen, „sozial unzumutbar und ökonomisch sinnlos“.

■ Auch unter den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen besteht weiterhin die Notwendigkeit für innere Reformen. Wie die Beispiele Berufsbildungsreform und Mitbestimmung beweisen, werden von den Gegnern oft finanzielle Gründe nur vorgeschoben.

■ Es ist nicht hinnehmbar, daß bei der öffentlichen Diskussion über die Schließung von Finanzierungslücken nur solche Modelle erörtert werden, die Unternehmer begünstigen und Arbeitnehmer belasten. Es gilt, Alternativen zu erörtern. Wäre es z. B. nicht auch ökonomisch sinnvoll, die Binnennachfrage dadurch zu erhöhen, daß die Massenkauflkraft durch Lohnerhöhungen und steuerliche Entlastungen der Arbeitnehmer gestärkt wird, daß also eine Art Subventionierung der Verbraucher erfolgt? Dafür könnten andere kostspielige Subventionen sicherlich gestrichen werden.

■ Daß hinsichtlich notwendiger Kürzungen zwar der Sozial-Etat zur Debatte gestellt, der Verteidigungshaushalt aber nicht einmal erwähnt wird, muß man schon fast pervers nennen. Um Kritikern aus einer ganz bestimmten Richtung von vornherein zu begegnen, sei hinzugefügt: Das hat absolut nichts mit einer Anti-Militär- bzw. Anti-Bundeswehr-Haltung zu tun. Wer so argumentiert, muß sich den Vorwurf gefallen lassen (z. B. im Gegensatz zu den Grundsätzen sozialdemokratischer Verteidigungspolitik), den Begriff „Sicherheit“ ausschließlich militärisch zu definieren.

■ Jeder Versuch, die Gewerkschaften durch ein „Verbände“- oder gar „Gewerkschaftsgesetz“ zu disziplinieren, würde das Verhältnis zwischen demokratischem Rechtsstaat und freien Arbeitnehmerorganisationen vom Grundsatz her berühren und deshalb zwangsläufig außergewöhnliche Gegenreaktionen auslösen ...

## DGB-Programm für ältere Arbeitnehmer

Anfang September 1975 hat der Bundesvorstand des DGB ein „Programm für ältere Arbeitnehmer“ veröffentlicht. Zunächst gelte es, für die älteren Arbeiter und Angestellten Mindestverdienstsicherung und Kündigungsschutz in weiteren Wirtschaftsbereichen durchzusetzen und zu verbessern. Darüber hinaus müßten umfassende Maßnahmen und Hilfen vor allem in den Betrieben ansetzen. Nachfolgend das Programm im Wortlaut!

### Zur Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer

Der Anteil der Arbeitnehmer im höheren Lebensalter an der Erwerbsbevölkerung der Bundesrepublik steigt an. In- und ausländische Untersuchungen über die Leistungsfähigkeit älterer Menschen machen deutlich, daß die verbreitete These, die Leistungsfähigkeit sinke generell mit zunehmendem Lebensalter, nicht zutrifft. Unterschiede in der Leistungsfähigkeit hängen vielmehr ab von den Berufskategorien, von den Möglichkeiten beruflicher Qualifizierung, den Arbeitsbedingungen sowie den sich mit zunehmendem Lebensalter ändernden Leistungsmerkmalen.



Es trifft nicht zu, daß

— ältere Arbeitnehmer der körperlichen Belastung des Arbeitslebens weniger gewachsen sind.

Es trifft nicht zu, daß

— ältere Arbeitnehmer häufiger krank sind.

Es trifft nicht zu, daß

— ältere Arbeitnehmer stärker unfallgefährdet sind.

Es trifft nicht zu, daß

— ältere Arbeitnehmer geistig und intellektuell weniger leistungsfähig sind.

Es trifft nicht zu, daß

— ältere Arbeitnehmer weder fähig noch bereit zur Weiterbildung sind.

Es trifft nicht zu, daß

— ältere Arbeitnehmer weder bereit noch fähig zur Anpassung an technische und wirtschaftliche Änderungen sind.

Es trifft nicht zu, daß

— ältere Arbeitnehmer geringere Arbeitsbereitschaft zeigen.

Eine genaue Abgrenzung zwischen älteren und jüngeren Arbeitnehmern ist nicht möglich. Biologisches Alter allein ist keinesfalls ein ausreichendes Bestimmungsmerkmal.

#### Forderungen und Maßnahmen zur Beseitigung von Beschäftigungsnachteilen

Alle Maßnahmen zur Sicherung einer der Eignung oder der Neigung entsprechenden Beschäftigung mit zunehmendem Alter müssen darauf gerichtet sein, daß

— die Arbeitswelt menschengerecht gestaltet wird,

— die Arbeitnehmer auch bei zunehmendem Lebensalter voll im Arbeitsprozeß integriert bleiben und durch beschäftigungspolitische Maßnahmen nicht als eine besondere schutzbedürftige Gruppe isoliert werden,

— Hilfen nicht erst dann einsetzen, wenn Beschäftigungsprobleme aufgetreten sind,

— die tariflichen und gesetzlichen Mittel und Möglichkeiten ausgeschöpft und verbessert werden.

#### Humanisierung der Arbeit

Die Annahme, wissenschaftlicher, technischer, organisatorischer und wirtschaftlicher Wandel werde automatisch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen, hat sich als Illusion erwiesen. Die Humanisierung der Arbeitswelt ist keinesfalls eine zwangsläufige Folge dieses Wandels. Die Gewerkschaften werden alles unternehmen, damit der wissenschaftliche, technische, organisatorische und wirtschaftliche Wandel nicht zur Bedrohung des Arbeitsplatzes und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führt. Darüber hinaus müssen alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitssituation genutzt werden.

#### Menschengerechte Arbeitsorganisation

Die Forderung nach einer menschengerechten Gestaltung der Arbeitsorganisation wird infolge der Arbeitsteilung und der erhöhten Zahl von Arbeitsplätzen mit einförmiger, sich ständig wiederholender (repetitiver) Teilarbeit dringlicher. Die Tendenz zur übersteigerten Arbeitsteilung führt zu körperlichen und seelischen Gesundheitsschäden der Arbeitnehmer und bedeutet gleichzeitig eine Verschwendung beruflichen Qualifikationspotentials. Deshalb ist ihr entgegenzuwirken. Darüber hinaus beeinträchtigt sie auch langfristig die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Dem Verlust an Selbständigkeit bei der Arbeit, an Dispositionsmöglichkeiten und sozialen Kontakten der Arbeitnehmer und der Entqualifizierung vieler Tätigkeiten muß durch die Einführung neuer Formen der Arbeitsorganisation begegnet werden. Menschengerechte Organisation der Arbeit ermöglicht jedem Arbeitnehmer die Entfaltung von Kenntnissen und Fertigkeiten und vermehrt zugleich das Bedürfnis nach kontinuierlicher Qualifizierung. Für behinderte ältere Arbeitnehmer, insbesondere für Schwerbehinderte, müssen mehr geeignete qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck haben die Betriebe alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

#### Menschengerechte Arbeitsgestaltung (Arbeitsplatz und Arbeitsinhalt)

Zur Anpassung der Arbeitsbedingungen an die Leistungs- und Beanspruchungsfähigkeit der Arbeitnehmer sind die arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse ständig zu überprüfen und bei der Gestaltung der Arbeitsplatzbedingungen konsequent einzusetzen. Dabei sind insbesondere folgende Kriterien zu beachten:

— Einflüsse der Umgebung, wie Lärm, Hitze, Feuchtigkeit, Raumtemperatur, Gase, Dämpfe, Schmutz, unzureichende Beleuchtung und Blendwirkung sowie

— einseitig-statische Arbeit, erhöhte Muskelbeanspruchung und Konzentration, Eintönigkeit und Zeitdruck.

#### Gerechte Entlohnung

Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Forderungen für eine sinnvolle Gestaltung der Entlohnung und damit der Bewertung der Arbeit ist die Erzielung eines ausreichenden Einkommens unter Berücksichtigung der zumutbaren Leistungs- und Beanspruchungsfähigkeit des Arbeitnehmers, wobei den Leistungswandlungen mit zunehmendem Lebensalter Rechnung getragen werden muß.

#### Verbesserung der Arbeitszeitgestaltung

Bei der Verwirklichung menschengerechter Arbeitsbedingungen erhält die Arbeitszeitgestaltung besondere Bedeutung. Dies gilt zunächst für die Dauer der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit. Ebenso bedeutsam ist die Gewährung und Einhaltung von Erholungszeiten, die Dauer des Urlaubs und seine Lage während des Jahres, der Zusatzurlaub für gesundheitsgefährdete Arbeitnehmer, deren Arbeit noch nicht menschenrecht gestaltet werden konnte, sowie die Festlegung von Bedingungen und Ausgleichsregelungen für Schicht- und Nachtarbeit. Eine sinnvolle Arbeitszeitgestaltung kann wesentlich dazu beitragen, die Arbeitnehmer bis zum Rentenalter vollwertig zu beschäftigen.

Im Interesse der Gesundheit der Arbeitnehmer ist zu prüfen, inwieweit Mehr-, Nacht- und Schichtarbeit sowie die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen eingeschränkt werden können. Unter psycho-physischen Gesichtspunkten ist die weitere Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel zum Ausgleich für Tätigkeiten, die unter erschwerten Bedingungen ausgeführt werden.

Bezahlte Ruhepausen von ausreichender Dauer sind für jeden Arbeitnehmer durchzusetzen. Außerdem müssen jedem Arbeitnehmer Erholungszeiten zum Ausgleich der Arbeitsermüdung sowie Zeiten für die Erledigung persönlicher Bedürfnisse gewährt werden.

Soll der Erholungsurlaub bewirken, daß Leistungsfähigkeit und Gesundheit während des ganzen Arbeitslebens erhalten bleiben, so muß er verlängert und auf den Sommer und Winter verteilt werden. Dabei ist aus medizinischen Gründen eine Dauer des Urlaubs von jeweils drei Wochen erforderlich. Zum Ausgleich für besonders belastende Arbeitsbedingungen ist Zusatzurlaub zu gewähren.

Die Arbeitszeit ist flexibler zu gestalten, wobei in verstärktem Maße auf die Erfordernisse der Arbeitnehmer im fortschreitenden Lebensalter Rücksicht genommen werden muß.

#### Höhere Arbeitssicherheit, besserer Gesundheitsschutz

Anlaß zu besonderer Besorgnis bietet die auffallende Häufung von Erkrankungen und Arbeitsunfällen in bestimmten Betriebsabteilungen, bei bestimmten Arbeitsgruppen und bestimmten Arbeitsvorgängen sowie die unzureichende Berücksichtigung der arbeitswissenschaftlichen und arbeitsmedizinischen Erkenntnisse bei der Planung neuer Arbeitsplätze und -verfahren.

Alle Bemühungen, gesundheitliche Schäden zu verhindern, sowie Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit zu verbessern, sind zu verstärken. Die Zusammenhänge zwischen Leistungsanforderungen und Gefährdungen der Gesundheit sind mehr als bisher zu erforschen.

#### Verbesserung der beruflichen Weiterbildung

Rechtzeitige und systematische betriebliche und überbetriebliche Weiterbildungsmaßnahmen sind notwendige Voraussetzungen für eine qualifizierte Beschäftigung auch der älteren Arbeitnehmer. Das Angebot an betrieblichen und überbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen ist quantitativ und qualitativ noch weitgehend unzureichend. Es ist zu verstärken und zu verbessern. Die älteren Arbeitnehmer sind hierbei mehr als bisher zu beteiligen.

Weiterbildungsmaßnahmen dürfen keinesfalls nur unter dem Gesichtspunkt der Anpassung an kurzfristige betriebliche Produktionsanforderungen erfolgen. Vielmehr müssen sie mit dem Ziel der Wiederherstellung, der Erhaltung und der Verbesserung der Lernfähigkeit des Arbeitnehmers betrieben werden.

Hierzu ist erforderlich:

— Die Weiterbildungsmaßnahmen sind rechtzeitig, d. h. bereits vor Einführung neuer Arbeitstechniken und Verfahren einzuleiten und durchzuführen.

— Die Arbeitnehmer sind rechtzeitig über die Weiterbildungsmöglichkeiten zu informieren.

— Altersgemäße Lernbedingungen sind zu schaffen und geeignete Lernmethoden anzuwenden.

— Die Ausbilder müssen fachlich und pädagogisch für eine erwachsenengerechte Weiterbildung geeignet sein und entsprechend weitergebildet werden.

— Bei allen vom Betrieb veranlaßten Weiterbildungsmaßnahmen hat der Arbeitgeber die volle Lohnfortzahlung sowie alle Kosten der Maßnahmen zu übernehmen.

— Die Ansprüche der Arbeitnehmer müssen rechtlich abgesichert werden.

#### Umsetzungsprobleme

Soweit sich eine Umsetzung des älteren Arbeitnehmers nicht vermeiden läßt, sind alle betrieblichen Möglichkeiten auszuschöpfen, ihm einen gleichwertigen zumutbaren Arbeitsplatz anzubieten. Die geübte Praxis, ältere Arbeitnehmer beim Auftreten besonderer Probleme durch „Sozialpläne“ vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen, ist durch stärkere Orientierung auf den Verbleib des älteren Arbeitnehmers im Betrieb unter entsprechenden Anpassungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu ersetzen.

Bei der Umsetzung älterer Arbeitnehmer auf einen anderen Arbeitsplatz des Betriebes ist sicherzustellen, daß

— eine berufliche Herabstufung des älteren Arbeitnehmers durch minderqualifizierte Beschäftigung vermieden wird,

— eine Einkommensminderung ausgeschlossen wird.

#### Sicherung der Arbeitsplätze und Einkommensgarantie

Die Durchsetzung der Ansprüche älterer Arbeitnehmer auf Sicherung eignungs- oder neigungsgerechter Arbeitsplätze ist wesentlich abhängig auch von der Umgestaltung des geltenden Kündigungsrechtes. Es ist erforderlich, bei den Bemühungen um eine Verbesserung des Kündigungs- und Kündigungsschutzrechtes auf die Situation der älteren Arbeitnehmer ein besonderes Augenmerk zu richten.

Die Kündigungsfristen müssen verlängert, der Kündigungsschutz erweitert werden. Konkret heißt das, daß für Arbeitnehmer, die vor einer Schutzgrenze stehen und deshalb diskriminiert werden könnten (entweder durch Kündigung oder durch Ablehnung ihrer Bewerbung), das System eines stufenweisen, mit fortschreitendem Alter ansteigenden Kündigungsschutzes einzuführen ist.

Neben die anzustrebende Verbesserung des Kündigungsschutzes muß die einkommensmäßige Absicherung des älteren Arbeitnehmers treten. Diese einkommensmäßige Absicherung darf jedoch nicht nur — und dies gilt besonders für den Fall einer Umsetzung — an der bisherigen Einkommenssituation ausgerichtet sein. Die betroffenen älteren Arbeitnehmer müssen vielmehr auch an tariflichen und betrieblichen Einkommensverbesserungen uneingeschränkt teilnehmen.

#### Betriebswechsel und Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer

Sofern eine Entlassung nicht verhindert werden kann, ist dafür Sorge zu tragen, daß der ältere Arbeitnehmer einen qualifikationsgerechten und angemessenen Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb oder Unternehmen erhält. Dabei ist zu vermeiden, daß ein Wohnsitzwechsel erforderlich wird.

Um die Wahlmöglichkeiten für den älteren Arbeitnehmer zwischen weiterer Beschäftigung in einem anderen Betrieb und dem Ruhestand — sofern dessen Voraussetzungen vorliegen — zu erhöhen, ist sicherzustellen, daß der ältere Arbeitnehmer keine Nachteile in bezug auf die erworbenen betriebsbezogenen Rechte erleidet.

Ebenso muß die Wiedereingliederung des arbeitslosen älteren Arbeitnehmers in das Arbeitsleben den Vorrang vor einem frühzeitigen Rentenbezug haben. Die bisher festzustellende Diskriminierung älterer Arbeitnehmer bei Einstellungen muß beseitigt werden.

#### Verbesserung des Bildungssystems

Zur Verhinderung der Beschäftigungsschwierigkeiten älterer Arbeitnehmer gewinnen folgende gewerkschaftliche Forderungen zur Reform des Bildungswesens an Bedeutung:

— Im Rahmen der Allgemeinbildung müssen die Grundlagen für ein umfassendes Verständnis der Arbeits- und Wirtschaftswelt geschaffen werden.

— Zur Vermeidung fehlerhafter Berufsentscheidungen, die in der Regel zu Schwierigkeiten in der beruflichen Entwicklung führen, ist eine qualitative Verbesserung der Berufsberatung erforderlich, ergänzt durch eine bessere Vorbereitung auf die Arbeitswelt. Die Berufsberatung muß auf der Grundlage eingehender Eignungsuntersuchungen erfolgen. Dabei sind neben physischen auch psychische Merkmale zu berücksichtigen.

— Berufsbildungseinrichtungen sowie Informationen über berufliche Entwicklungsmöglichkeiten müssen als Voraussetzung für eine eignungs- oder neigungsgerechte Berufswahl stärker als bisher angeboten werden. Unterschiede in der regionalen Verteilung der beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten, welche die Berufswahlmöglichkeiten einschränken, sind auszugleichen.

— Die berufliche Erstausbildung muß die Voraussetzungen schaffen zum lebenslangen Weiterlernen. Nur so wird die berufliche Anpassung an die technisch-organisatorischen Wandlungen sichergestellt.

— Der Umschulungs- und Weiterbildungssektor muß als gleichrangige Fortführung der Erstausbildung gestaltet werden.

— Die Lernmethoden sowie Organisation der Lernprozesse müssen an die besonderen Lernfähigkeiten älterer Menschen angepaßt werden. Die Ausbilder müssen für eine erwachsenengerechte Ausbildung vorbereitet werden.

Bei einer derartigen Ausgestaltung der Erwachsenenbildung und ihrer Finanzierung müssen die Gewerkschaften ebenso mitbestimmen, wie dies für die berufliche Ausbildung gefordert wird.

Notwendige Voraussetzung für die stärkere Einbeziehung älterer Arbeitnehmer in die Weiterbildung ist die Einführung eines Bildungsurlaubs für alle Arbeitnehmer.

#### Entscheidung für den vorzeitigen Übergang in den Ruhestand

Nur insoweit die Verhinderung von Beschäftigungsnachteilen für ältere Arbeitnehmer nicht möglich ist, sollte als Alternative die Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand geboten sein.

Dabei ist zu gewährleisten:

— die Sicherung des bisherigen Einkommens durch entsprechende Ruhestandsvereinbarungen und

— gegebenenfalls ein Ausgleich für eintretende Rentenminderungen.

Alle durch die frühzeitige Versetzung in den Ruhestand entstehenden Ausgaben sind vom Arbeitgeber zu zahlen.

## Unsoziale Beschlüsse

Gewiß wird eine Bewertung der Einsparungsbeschlüsse, vor allem der Kürzung gesetzlicher Leistungen, erst nach der Beratung des Haushalts 1976 möglich sein. Ebenso gewiß müssen die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 2 auf 3 Prozent und die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 13 Prozent ab 1977 heftig kritisiert werden. Die Beschlüsse sind gefaßt worden, um die angebliche Verunsicherung der Unternehmer abzubauen. In der Tat haben sie jetzt Klarheit über den künftigen Kurs. Sie können sich ins Fäustchen lachen. Zwar haben auch die Arbeitnehmer und Verbraucher Klarheit über den künftigen Kurs. Sie aber werden die Gelackmeierten sein.

Statt die Aufwendungen für Arbeitslosengeld durch ein großzügiges Konjunkturprogramm und Abbau der Arbeitslosigkeit zu senken, wie es die Gewerkschaften verlangt hatten, werden nun die Kosten der Rezession abermals auf die Arbeitnehmer abgeladen. Das geschieht, obwohl die Arbeitnehmer die Lasten der Krise bereits in der Vergangenheit getragen haben. Es geschieht, obwohl ein höheres Konjunkturprogramm zugleich das beste Sparprogramm für die Bundesregierung gewesen wäre.

Die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer ist in mehrfacher Hinsicht unsozial. Zum einen wird sie von den Unternehmern einfach in den Preisen weitergegeben. Die Zeche zahlen die Verbraucher. Gerade unsere Einkommen werden überdurchschnittlich belastet. Zum anderen wird der Erfolg der Steuerreform, die seinerzeit von den Gewerkschaften begrüßt worden war, nachhaltig in Frage gestellt. Für einen beachtlichen Teil der Arbeitnehmer werden dadurch die steuerlichen Entlastungseffekte wieder aufgehoben.

Damit besteht nunmehr die Gefahr, daß die Wirkung beschäftigungspolitischer Stützungsmaßnahmen unterlaufen wird. Die Verunsicherung der Verbraucher — schon heute der neuralgische Punkt — wird jetzt noch verstärkt.

**Eugen Loderer in „Metall“, Nr. 18, 9. September 1975, Seite 5 — Zeitung der IG Metall.**

## Kaufkraft stärken

Je weiter die Kaufunlust der privaten Haushalte um sich greift, desto mehr Erzeugnisse stapeln sich in den Absatzlagern der Unternehmen. So kommt der Beschäftigungsrückgang nicht zum Stillstand. Sinkende Einkommen der privaten Haushalte und sich verringende Umsätze der Unternehmen ziehen jedoch schrumpfende Staatsinnahmen nach sich.

**„druck und papier“, Nr. 19, 15. September 1975, Seite 7 — Zentralorgan der Industriegewerkschaft Druck und Papier.**



## Das Milliardenending

Die Arbeitnehmer haben keine andere Wahl: Sie müssen Monat für Monat pünktlich ihre Steuern an den Fiskus abführen. Und nicht nur das. Vielen wird sogar eine zu hohe Summe von ihrem Verdienst abgezogen. Dieses Geld bekommen sie erst im darauffolgenden Jahr zurück. Dann dürfen sie per Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich den Staat zur Kasse bitten. Diese bürokratische Prozedur wiederum kostet Zeit — manchmal Lohnsteuerzahler gar einen halben Arbeitstag, wenn er beim Finanzamt vorsprechen muß. Leichter haben es da schon Selbständige, die Umsatz-, Körperschafts- oder Einkommensteuer abführen müssen. Sie brauchen nicht nur nicht jeden Monat mit dem Fiskus abzurechnen, sondern können auch mal in Rückstand mit ihren gesetzlich vorgeschriebenen Zahlungen geraten. Das beweisen die neuesten, von der Bundesregierung veröffentlichten Zahlen. Danach schulden Selbständige dem Staat inzwischen runde elf Milliarden DM.

**„textil — bekleidung“, Nr. 9, September 1975, Seite 13 — Zeitung der Gewerkschaft Textil — Bekleidung.**

## Konsum steigern

Die Gewerkschaften verkennen nicht die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten; aber das Heil allein kann nicht nur von draußen kommen. Wir müssen uns auch selbst helfen wollen. Eine Diskussion darüber, ob die derzeitige Staatsverschuldung wünschenswert ist oder nicht, muß deshalb als grob fahrlässig betrachtet werden. Der Staat muß jetzt „klotzen“, will er das Schlimmste abwenden. Staatsaufträge müssen vergeben werden, denn auf die Einsicht der Unternehmer zu warten, kann niemand verantworten. Aus diesem Grunde muß auch auf eine weitere Begünstigung der Unternehmer verzichtet werden...

Wer jetzt der Lohnpause bzw. dem Lohnstopp das Wort redet, vermehrt bestehende Schwierigkeiten und verkennet die Notwendigkeit, die Binnen-nachfrage zu erhöhen. Wir können uns nicht nur darauf verlassen, daß der Aufschwung (z. B.) in den Vereinigten Staaten in zwei oder sechs Monaten kommt — oder eben vorerst überhaupt nicht. Deshalb muß alles darangesetzt

werden, daß unsere Konjunktur vielfältige Impulse erhält. Dazu gehört auch, daß der Konsum im eigenen Land gefördert wird.

**Heinz Vietheer in „ausblick“, Nr. 9, September 1975, Seite 3/4 — Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.**

## Satellit der CSU

Im „Bayernkurier“ von Franz Josef Strauß (FJS) knöpft sich Hartmut Sängler die marxistische KPD/ML vor. Diese hat in einer Broschüre Arbeiter, fortschrittliche Studenten und Schüler aufgefordert, in die Bundeswehr hineinzugehen und nicht mehr den Kriegsdienst zu verweigern. Die revolutionären Kräfte hätten dort ihren Platz, wo die Massen sind. Der „Bayernkurier“ sieht darin eine Unterwanderung der Bundeswehr durch „die Linke“. Er verschweigt, daß er jetzt unter den Maoisten seine besten Verbündeten hat. Denn die KPD (Rote Fahne), eine andere maoistische Gruppe, hat getreu ihrem Vorbild Mao, der Franz Josef Strauß als Gegenspieler des gemeinsamen Moskauer Feindes aufwertete, nicht nur die Politik von FJS übernommen, sondern sie konsequent zu Ende gedacht.

In der „Roten Fahne“ (Nr. 27) werden „Atomwaffen in den Händen der westeuropäischen Staaten zu ‚gerechter Waffentätigkeit‘, wenn sie ‚der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Supermächten dienen.“ Die „Rote Fahne“ Nr. 28 kommt dem „Bayernkurier“ noch einen Schritt weiter entgegen: „Heute ist die Situation so“, heißt es dort, „daß die europäischen Länder keine genügende eigene Verteidigungskraft besitzen, um einen militärischen Angriff des sowjetischen Sozialimperialismus, dem Hauptfeind der europäischen Völker und Staaten, erfolgreich zu begegnen.“ US-Truppen in unserem Land seien nötig, „weil ohne sie der sowjetische Sozialimperialismus gegenwärtig ein leichtes Spiel mit uns hätte“. Ihre Anwesenheit verschaffe uns „eine Atempause“.

Die Schlußfolgerung der Rote-Fahne-Maoisten ist die gleiche, die von Strauß und seiner politischen Gefolgschaft schon längst gezogen wurde: „Die westeuropäischen Staaten müssen ihre Verteidigungsanstrengungen gewaltig steigern, um der sozialimperialistischen Streitmacht gewachsen zu sein.“ Und: „Nicht Waffenrasseln und Aufrüstungspropaganda, sondern der Pazifismus ist heute die gefährlichere Ideologie.“

Endlich hat sich der Besuch von Strauß bei Mao ausgezahlt. Strauß hat eine treue Gefolgschaft im maoistischen Lager gefunden, das in linksradikaler Verkleidung rechtsradikale Politik betreibt.

**„Der Gewerkschafter“, Nr. 9, September 1975, Seite 2 — Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall.**

## Machtvolle Proteste am Jahrestag gegen chilenische Militär-Junta

Der zweite Jahrestag des faschistischen Militärputsches in Chile, die seitherigen Verfolgungen, Folterungen sowie die Ermordung Tausender Menschen waren auch in der Bundesrepublik Anlaß für machtvolle Solidaritätsaktionen. Besonders heftige Kritik wurde am de-facto-Generalstab der Bundeswehr und an Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) wegen der Ausbildung chilenischer Militärs in der Bundeswehr geübt. In Erklärungen brachten der DGB-Bundesvorstand, zahlreiche DGB-Gremien aller Ebenen, der Weltgewerkschaftsbund sowie der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) ihre Solidarität mit dem chilenischen Volk zum Ausdruck.

Alein am 11. September waren es weit über 10 000 Menschen der Bundesrepublik, die gegen Terror und Verfolgung in Chile protestierten. Mit rund 2500 Teilnehmern, darunter zahlreichen Gewerkschaftern, fand eine Veranstaltung in Hamburg statt. In einer Resolution wurde die „Ausbildungshilfe“ der Bundeswehr für Junta-Offiziere verurteilt. Minister Leber (SPD) könne nicht länger in seinem Amt als Verteidigungsminister bleiben, wenn die Unterschrift des Bundeskanzlers unter das Abschlußdokument der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren sollte.

In München forderten mehr als 1500 Gewerkschafter, Jugendfunktionäre und Studenten alle Demokraten der Bundesrepublik auf, durch verstärkte Solidaritätsaktionen das Leben von Luis Corvalan, Carlos Lorca und aller anderen politischen Gefangenen in Chile zu retten. Die Vorsitzenden der Münchner Jusos und der SDAJ, Ilse Niedermeier und Manfred Jena, verlangten, daß der „Ausbildungsvertrag“ mit der chilenischen Regierung sofort aufgehoben werden müsse, „um zu verhindern, daß die Bundeswehr zum Trainingslager für Mörder“ werde.

Auch in Frankfurt brachten mehr als 1000 Teilnehmer auf einer Kundgebung mit einem anschließenden Fackelzug zum chilenischen Generalkonsulat gleichermaßen ihre Solidarität mit Chile demokratischen sowie ihren Protest gegen die Ausbildung faschistischer Offiziere zum Ausdruck. Die Erklärung Lebers, die Ausbildung sei „ein normaler Vorgang“, wurde als bodenloser Zynismus verurteilt. Weitere Solidaritätsdemonstrationen fanden u. a. in Marburg, Ludwigshafen, Dortmund, Essen und Münster statt.

Der DGB-Bundesvorstand sicherte in einer Erklärung den chilenischen Arbeitern und ihren Gewerkschaften Solidarität und Unterstützung zu. Er stellte u. a. fest: „Noch heute werden Menschen verachtet, gefoltert und ermor-

det. Die elementaren Grundrechte werden täglich verletzt. Insbesondere die Arbeitnehmerschaft erträgt neben der Verfolgung eine unvorstellbare soziale und wirtschaftliche Not.“ Mit aller Schärfe verurteilt der DGB-Vorstand das faschistische Militärregime, ruft zu „erhöhtem Druck auf die Militärjunta“ auf und verlangt die sofortige Schließung des Büros der Europäischen Gemeinschaft in Santiago.

Als einen „unglaublichen Vorgang“ verurteilte der DGB-Landesbezirksvorstand Nordmark die Ausbildung chilenischer Junta-Offiziere an der Führungsakademie der Bundeswehr. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Junta-Offiziere unverzüglich auszuweisen und dafür Sorge zu tragen, daß sich ein ähnlicher Skandal nicht wiederholt. Eine ähnliche Forderung erhob auch der DGB-Landesbezirk Hessen in einer Erklärung zum zweiten Jahrestag des faschistischen Militär-Putsches. Er verlangt darüber hinaus „eine Verstärkung und Ausdehnung der Isolierung der chilenischen Militär-Junta auf diplomatischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet sowie auf allen Ebenen, auf denen Beziehungen der Bundesrepublik mit der Junta bestehen“.

Im Namen seiner Mitgliedsorganisationen hat sich auch der IBFG mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt. Schon im Augenblick des Militärputsches sei es offensichtlich gewesen, welche Interessen dahinterstünden. „Die ausländischen wie die heimischen Gruppen, die sich seit Jahren aller möglichen Privilegien erfreuten, konnten sich einfach nicht mit den wirtschaftlichen und sozialen Reformen abfinden, die Allende im Interesse der Gleichheit, der sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts einzuführen suchte.“ Der chilenischen Bevölkerung wird versichert, „daß keiner, der den Namen eines Gewerkschafters verdient, sich wahrhaft frei fühlen kann, bis die politischen, demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte in Chile in vollem Maße wiederhergestellt sind“. G. M.

## Unternehmerlob für IGBE-Schmidt

Widersprüchlich verlief der 9. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie (IGBE), der am 12. September 1975 in Duisburg stattfand. Diese jährliche Zusammenkunft der 300 Delegierten — der im Vierjahres-Rhythmus tagende IGBE-Kongreß ist wieder für 1976 vorgesehen — sollte sich heuer mit der langfristigen Entwicklung des Energieträgers Steinkohle beschäftigen. Dazu sprachen von der technischen Seite her die Professoren Schulten und Peters. Sie sagten der Steinkohle eine große Zukunft und einen steigenden Bedarf voraus.

Demgegenüber mußte der Vorsitzende der IGBE, Adolf Schmidt, angesichts der „schwersten Krise seit den dreißiger Jahren“ feststellen, daß der Kohleabsatz im ersten Halbjahr 1975 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 30 Prozent zurückgegangen sei und die Halden bis Ende dieses Jahres auf 20 Millionen Tonnen anwachsen werden.

Einerseits unterstützte Schmidt den auch auf die Bergarbeiter zukommenden Abbau sozialer Leistungen durch das „Sparprogramm“ der Bundesregierung, andererseits mußte er gegen jede staatlichen Eingriffe in die Tarifautonomie Stellung beziehen und vor weiteren Zechenstillegungen warnen. Während Vorsitzende von anderen DGB-Gewerkschaften gegen den geplanten Sozialabbau protestieren, hat es Adolf Schmidt praktisch begrüßt, daß z. B. die Mittel für das Abfindungsgeld für freigesetzte Bergarbeiter von bisher 18 Millionen DM auf 3 Millionen DM reduziert werden sollen. Die geplante Kürzung der sozialen Mittel für Bergarbeiter stieß auf die Kritik zahlreicher Delegierter.

Als Ausweg aus der Krise bezeichneten mehrere Sprecher die Überführung der Energiewirtschaft in Gemeineigentum entsprechend der Satzung der IGBE. Ohne eine grundlegende Änderung der Eigentumsverhältnisse bleiben auch die technischen Zukunftsvisionen der oben genannten Professoren nicht mehr als „wissenschaftliche Spielereien“, wie ein Delegierter betonte.

Adolf Schmidt vermied es, in seiner Schlußansprache direkt auf die Forderung nach Verstaatlichung der Energiewirtschaft einzugehen. Dafür bekannte er sich zu dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung und holte gegen seine Kritiker den Antikommunismus aus der Mottenkiste. Bezeichnenderweise spendete dafür die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) in ihrem Kurznachrichten-Dienst (KND) ein großes Lob. pet.



## Solidarität der Männer Aktives Handeln der Frauen

Interview mit Ingeborg Langhammer,  
DPG-Bundesfrauensekretärin

Die Zahl der bei der Post Beschäftigten beträgt rund 450 000. Ein Drittel davon sind Frauen, die fast alle in der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) organisiert sind. Verantwortlich für die gewerkschaftliche Frauenarbeit ist seit langen Jahren Ingeborg Langhammer. Ihr stellte unsere Mitarbeiterin Gisela Mayer einige Fragen nach der Situation der weiblichen Beschäftigten sowie nach Aktivitäten der DPG zum Internationalen Jahr der Frau. Nachfolgend das Interview im Wortlaut:

**NACHRICHTEN:** Im Aufruf des DGB zum Internationalen Jahr der Frau wurde festgestellt, daß die Frauen auf allen Gebieten diskriminiert werden. Wie sieht es in dieser Beziehung bei der Deutschen Bundespost aus?

**Ingeborg Langhammer:** Festzustellen ist zunächst, daß die Frauen nicht auf allen Gebieten diskriminiert werden. Der DGB hat eine solche Aussage nicht getroffen. Im Bereich der Bundespost bezieht sich die Diskriminierung im wesentlichen auf die sogenannte Ausbildung von Angestellten für die mittleren weiblichen Post- und Fernmeldedienste. Diese beiden Laufbahnen, die die Fachbereiche Fernsprechvermittlung, Auskunft, Telegrammübermittlung, Fernsprechanmelde- und Fernmelderechnungsdienst, Büro-, Postscheck- und Postsparkassendienst sowie den technischen Betrieb umfassen, sind den Frauen vorbehalten. Jeweils für einen dieser Bereiche werden die Angestellten lediglich 15 Wochen angelernt, während alle anderen Laufbahnen eine Ausbildung von zwei bis drei Jahren vorsehen. Die mangelhafte Ausbildung zieht konsequent auch geringe Aufstiegschancen nach sich. Lohndiskriminierung der Frauen gibt es im öffentlichen Dienst nicht.

**NACHRICHTEN:** In dem schon genannten Aufruf werden die Frauen aufgefordert, „sich ihrer Rechte bewußt zu werden und für die Verwirklichung dieser Rechte aktiv zu werden“. Welche Aktivitäten gab es von Seiten der DPG zur Durchsetzung der im DGB-Aufruf enthaltenen Aufgabenstellung?

**Ingeborg Langhammer:** Die DPG betreibt Bewußtseinsbildung nicht erst seit dem 1. Januar 1975 und wird damit auch nicht am Jahresende aufhören. Für uns ist dies ein ständiger Auftrag, da es sich in dieser Frage um keinen kurzfristigen Wandlungsprozeß handelt. Dazu dient in erster Linie die Schulungsarbeit auf örtlicher, bezirklicher und zentraler Ebene. Weitere Beiträge leisten unsere Frauenausschüsse, Bezirks- und

Bundes-Frauenkonferenzen sowie zahlreiche andere Veranstaltungen.

Besondere Aktionen erfolgen je nach Erfordernissen. So dient z. B. jede Personalratswahl dem Bestreben, mehr Frauen für die Personalratsarbeit zu gewinnen. Bisher ist bei jeder Wahl die Zahl der weiblichen Personalräte weiter gestiegen.

Der Ausbildungsmisere bei der Bundespost ist in diesem Jahr eine groß angelegte Aktion der DPG zur beruflichen Bildung unter dem Motto „Macht Stifte mit Köpfen“ gewidmet.

**NACHRICHTEN:** Die Verwirklichung der Gleichberechtigung sei, wie der DGB feststellte, nicht nur eine Sache der Frauen, sondern erfordere ein gemeinsames Handeln von Frauen und Männern.

## Der Fall der Personalrätin Degen: Verschleiertes Berufsverbot

Berufsverbote im öffentlichen Dienst werden gerade bei Arbeitern und Angestellten oft „verschleierte“ ausgesprochen: Unter sogenannten arbeitsrechtlichen Vorwänden werden politisch mißliebige Arbeiter und Angestellte gefeuert. Der Versuch, die Leiterin der Kreisvolkshochschule Friedberg, Barbara Degen, aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen, ist dafür ein typisches Beispiel.

Barbara Degen ist stellvertretende Personalratsvorsitzende des Friedberger Landratsamtes. Sie unterliegt daher einem besonderen Kündigungsschutz. Ihr kann – zumindest nach den gesetzlichen Vorschriften – nur nach Zustimmung des Personalrats bzw. nach Ersetzung dieser Zustimmung durch das Verwaltungsgericht gekündigt werden. Das störte jedoch die CDU des Wetteraukreises nicht:

nern. Können Sie uns Beispiele nennen, wie in Ihrem Bereich dieses solidarische Handeln praktiziert wurde?

**Ingeborg Langhammer:** Auch hier handelt es sich um einen ständigen Auftrag. Bei der Bundespost befinden sich unter den rund 450 000 Beschäftigten ein Drittel Frauen. Das bedeutet, daß auch in unserem Organisationsbereich die 102 000 weiblichen Mitglieder (insgesamt 420 000 Mitglieder) zwangsläufig eine Minderheit darstellen. Die Durchsetzung unserer Forderungen war und ist daher auch in Zukunft von der Solidarität der Männer abhängig. Dies setzt selbstverständlich aktives Handeln und Überzeugungskraft der Frauen voraus. Nicht nur zahlreiche berufspolitische Erfolge sind dafür ein Beweis, sondern auch die vielen Kolleginnen, die – wenn auch noch nicht voll anteilmäßig, wie von uns gewünscht – mit den Stimmen der Männer in die Entscheidungsgremien aller Organisationsstufen gewählt werden.

**NACHRICHTEN:** Im Oktober findet eine Aktionswoche des DGB zum Internationalen Jahr der Frau statt. Welche Aktionen sind von der Deutschen Postgewerkschaft geplant?

**Ingeborg Langhammer:** Um die Wirkung des „Internationalen Jahres der Frau“ nicht zu schwächen, hat die DPG von eigenen zentralen Aktionen abgesehen. Die Kolleginnen der DPG unterstützen alle Veranstaltungen des DGB auf Kreis-, Landesbezirks- und Bundesebene durch aktive Teilnahme. Sie werden demzufolge auch bei der Aktionswoche des DGB mitwirken.

Als Barbara Degen vor zwei Jahren von der SPD zur DKP übertrat, begann ein politisches Trommelfeuer, um die Kündigung von Barbara Degen durchzusetzen. In großen Zeitungsanzeigen wurde unter dem Motto „Bürger wehret den Anfängen“ vor der „Kommunistin im Landratsamt“ gewarnt.

Eineinhalb Jahre Zermürbungstaktik hatten Erfolg. Nach dem Wahlsieg des

CDU-Kandidaten bei der hessischen Landtagswahl beschloß der Kreisausschuß, der mehrheitlich mit SPD-Mitgliedern besetzt ist, am 5. November 1974 die außerordentliche Kündigung, ohne vorher den Personalrat zu beteiligen. Am gleichen Tag informierte der Landrat – noch vor der Einschaltung des Personalrats – die Presse. Barbara Degen erhielt Hausverbot und wurde sofort beurlaubt.

Da an der Qualität der Volkshochschularbeit kein Zweifel bestand, mußten „arbeitsrechtliche“ Gründe herhalten; Barbara Degen sei eine Woche unentschuldig dem Dienst ferngeblieben und habe politische Plakate in den Räumen der Kreisvolkshochschule ausgehängt.

Die Betroffene war zu den Vorwürfen ebenfalls nicht gehört worden, die sich sehr bald als völlig haltlos herausstellten. Sie hatte nämlich in der entsprechenden Woche Freizeitausgleich, der vorher beantragt war, Urlaub genommen und die Abwesenheit vorher auf dem dienstinternen Abwesenheitsplan und der Stechkarte eingetragen. Die drei beanstandeten Plakate richteten sich gegen Rechtstendenzen in der Bundesrepublik („Verteidigt die Grundrechte!“), waren parteipolitisch unabhängig und in gemeinsamer Absprache mit fast allen Mitarbeitern verschiedener Abteilungen des Landratsamtes aufgehängt worden.

Als der Personalrat der außerordentlichen Kündigung in seiner Sitzung am 11. November 1974 nicht zustimmte, sondern sich bewußt der Stimme enthielt, versuchte die Verwaltung, die fehlende Zustimmung durch das Verwaltungsgericht ersetzen zu lassen. Der Antrag wurde am 13. August 1975 abgelehnt, allerdings nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern weil das Gericht verneinte, daß es überhaupt zur Ersetzung der Zustimmung berechtigt sei.

Ermutigt durch eine mündliche Andeutung des Kammervorsitzenden, es sei eventuell gar keine Zustimmung erforderlich, entschied der Kreisausschuß Ende August nunmehr, die Kündigung sei bereits seit dem 6. November 1974 wirksam und drohte die Rückforderung aller Bezüge an. Zwei Wochen später, am 16. September 1975, kam die nächste außerordentliche Kündigung: Vorsorglich kündigte man noch einmal aus den bekannten Gründen.

Über 400 hessische Gewerkschaftsfunktionäre, darunter 90 hauptberufliche Gewerkschaftssekretäre, und zahlreiche Gewerkschaftsgremien, wie mehrere DGB-Ortskartelle, der GEW-Kreisvorstand, die Bundesfachgruppe und Landesfachgruppen der GEW, der Bezirksjugendausschuß der DPG, die HBV-Ortsgruppe Friedberg u. a. fordern inzwischen die Weiterbeschäftigung von Barbara Degen. G. S.

## Mitbestimmung: Schmidt vertröstet auf die nächste Generation

Ein Jahr vor der Bundestagswahl gewinnt die Gewerkschaftsforderung, endlich die paritätische Mitbestimmung zu verwirklichen, erhöhte Aktualität. Der DGB hat dieses berechtigte Verlangen auf seiner Konferenz zum Thema Mitbestimmung und Grundgesetz Anfang Oktober erneut bekräftigt und insbesondere auch die Verfassungsmäßigkeit der paritätischen Mitbestimmung nachgewiesen. Aber Bundeskanzler Schmidt hält es mit den Unternehmern und verkündet: Parität wird es nicht geben. Zu dieser Thematik schrieb uns Werner Cieslak, Sekretär des Parteivorstandes der DKP, folgenden Beitrag.

Auf dem Landesparteitag der SPD in Bayern am 7. September und davor in der Sitzung des DGB-Bundesausschusses am 3. September legte Schmidt seinen Standpunkt und den der SPD-Führung in der Mitbestimmungsfrage dar. Da ist zunächst einmal „nach wie vor die Absicht, das Mitbestimmungsgesetz zu verabschieden“. Dieses Versprechen, eine Mitbestimmungsregelung „noch in dieser Legislaturperiode“ Gesetz werden zu lassen, galt schon für die 6. Legislaturperiode des Bundestages, und jetzt geht bereits die 7. zu Ende.

Jedoch paritätische Mitbestimmung kommt nicht durch irgendein Gesetz, sondern nur mittels einer Regelung, die den Arbeitern und Angestellten die gleiche Zahl von Vertretern im Aufsichtsrat (neben entsprechenden Positionen im Vorstand) zubilligt wie der Kapitaleseite. Das ist gegenwärtig ein Dreh- und Angelpunkt jeder Mitbestimmungsregelung, wenn sie diesen Namen überhaupt verdienen soll.

Darum scheiden sich auch in dieser Frage die Geister. Klipp und klar erklärte Schmidt vor dem DGB-Bundesausschuß, daß man „dieses Mitbestimmungsgesetz (der Bundesregierung) nicht als eine Verwirklichung der vollen Parität ansehen kann“. Darum kann man schon jetzt sagen, wenn der Regierungsentwurf noch Gesetzeskraft erlangen sollte, daß ein solches Gesetz für tatsächliche Mitbestimmung nicht nur nutzlos, sondern auch gefährlich ist.

Nutzlos wäre es deshalb, weil schon das Betriebsverfassungsgesetz für die Aufsichtsräte der Kapitalgesellschaften eine uneffektive Minderheitsbeteiligung der Arbeiter und Angestellten im Verhältnis 1 zu 2 vorsieht. Die von Schmidt angepriesene Bonner Regelung sieht eine Minderheitsbeteiligung für die Beschäftigten des Unternehmens im Verhältnis 9:11 vor. Der Unterschied zur bestehenden Regelung besteht im Grunde also darin, daß die Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Auf-

sichtsrat künftig mit einem höheren Stimmenverhältnis in der Minderheit bleiben sollen. Doch es geht um die Durchsetzung der vollen Parität, die allein Ansätze für eine effektive Mitbestimmung bietet.

Auf dem Parteitag der bayerischen SPD gestand der Kanzler freimütig ein, daß das geplante Mitbestimmungsgesetz „nicht so gut“ sei wie das Montan-Mitbestimmungsgesetz und fügte – nicht ohne Zynismus – hinzu, es sei jedoch „so gut wie das erste Betriebsverfassungsgesetz von 1952“. Es ist bekannt, daß die Gewerkschaften das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 als untauglich und reaktionär abgelehnt haben. Gefährlich wäre es, weil es für Jahrzehnte festgeschrieben würde.

Wenn Schmidt vor dem DGB-Bundesausschuß noch hinzufügte, es sei ein „riesenhafter Schritt“ nach vorn gewesen, und „wir haben es zwanzig Jahre später jetzt reformieren und verbessern können“, so verlangt er praktisch von den Gewerkschaftern in Bezug auf die paritätische Mitbestimmung, daß sie darauf noch für die Dauer einer Generation warten mögen. Im übrigen hat auch die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes nach zwanzig Jahren nur Flickwerk gebracht, das von vielen Gewerkschaftern nur unter Protest geschluckt wurde.

Auf eine solche Perspektive können sich die Gewerkschaften in der Frage der paritätischen Mitbestimmung nicht einlassen, wenn sie nicht Grundwerte des in ihrem Grundsatzprogramm geforderten demokratischen und sozialen Rechtsstaates preisgeben wollen. Gerade die gegenwärtige tiefe Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems zeigt erneut und mit aller Deutlichkeit, daß die für die Arbeiterklasse und die gesamte Gesellschaft mit bitteren Folgen verbundene Alleinbestimmung der Aktionäre und Konzernmanager endlich und jetzt eingedämmt werden muß. Darum sollte für die Gewerkschaften in der Mitbestimmungsfrage nur die Maxime gelten: Unterhalb der Parität geht nichts!

## Vertretung von Arbeiterinteressen verlangt klare Klassenposition

Mit den Auswirkungen der Krise haben sich auch in nicht unbeträchtlichen Bereichen der Gewerkschaften Stimmungen der Resignation und Machtlosigkeit ausgebreitet. Gerade jetzt zeigen sich die Grenzen einer rein ökonomistisch und sozialreformistisch orientierten Politik. Die herrschende Klasse und die ihr verbundenen Kräfte tun das ihre, um systemkritische Überlegungen und Ansätze mittels geistigem und politischem Druck im Keim zu ersticken und von der politischen Bühne zu verdrängen. In ihrer Sicht ist dies ein zentrales Moment, um sich ankündigenden Massenprotest zu unterbinden bzw. zu kanalisieren. Mit dieser Problematik beschäftigt sich der nachfolgende Beitrag von Dr. Heinz Jung, stellvertretender Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt am Main.

In der Krise ist es offensichtlich, daß das kapitalistische System unfähig ist, Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Preisstabilität zu sichern. Es sind ja nicht die Arbeiter, Angestellten und Gewerkschaften, die das Siechtum der „Milchkuh“ Wirtschaft — um dieses vielstrapazierte Bild zu verwenden — herbeigeführt haben. Gerade sie, als der wichtigste Faktor der Wirtschaft, werden von kapitalistischen Unternehmern entlassen und zur Untätigkeit verurteilt. Jetzt bauen die kapitalistischen Unternehmer Überkapazitäten, das Ergebnis von Fehlentscheidungen und Fehlinvestitionen, ab und vernichten Milliarden an Vermögenswerten und verhindern z. B. allein 1975, daß eine von den technischen Voraussetzungen mögliche Produktion von über 100 Mrd. DM auch produziert wird. Dementsprechende Steuerausfälle in der Staatskasse sind eine der Folgen.

Natürlich ist es klar: Auch die Kapitalisten und ihr Anhang hätten lieber einen Kapitalismus ohne Krisen, d. h. eine Entwicklung, die für das optimale Profitmachen zu keinem Zeitpunkt Schranken setzt. Aber Wünsche und Wirklichkeit sind zwei Paar Stiefel. Werden aber die Schranken der Profitproduktion sichtbar, dann setzen die Kapitalisten auch subjektiv auf die „heilsame Wirkung“ der Krise: Arbeitslosigkeit soll Arbeiter und Gewerkschaften „zur Raison bringen“ und die Bedingungen für die Senkung der Lohnquoten und Reallohne schaffen.

Das alles erleben wir gerade heute. Früheren Arbeiter- und Gewerkschaftsgenerationen war dieser Sachverhalt wohl bewußt. Infolge der besonderen Bedingungen der Nachkriegsentwicklung in der BRD waren ihre Erfahrungen jedoch etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Jetzt steht also die heutige Generation vor der Aufgabe, Schlußfolgerungen von ihrem Standpunkt und in ihrem Interesse zu ziehen. Wesentlich ist vor allem die Kenntnis

der Rolle des Staates, wie sie uns vor Augen geführt wird. Von der Vorstellung, die Wirtschaftsentwicklung im Rahmen der sogenannten Marktwirtschaft, in der die Konzerne das Sagen haben, sei machbar und lenkbar, wenn nur erst einmal sozialdemokratische Minister an der Spitze ständen, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Gerade jetzt zeigt es sich, wer tatsächlich die Notenblätter verteilt und nach wessen Taktstock Staat und Regierung Musik machen. Von keiner der Bonner Parteien wird in Frage gestellt, daß die Sozialleistungen und die Reallohne abgebaut werden müßten. Es dreht sich einzig und allein um die Modalitäten und damit um die taktischen Ausgangspositionen für das Wahljahr 1976.

Bisher sind jedoch auch die Reaktionen der Führungen der DGB-Gewerkschaften weithin von konzeptioneller Hilflosigkeit geprägt, was die Formierung eines entschlossenen Widerstandes gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse zweifellos stark beeinträchtigt. Sicher spielen dabei Rücksichtnahmen auf die derzeitige Bundesregierung und personelle Verfilzungen, die die Autonomie des DGB auszuhöhlen drohen, eine nicht unwesentliche Rolle. Was aber entscheidend ist: Es fehlt die Umsetzung der systemkritischen und antikapitalistischen Elemente der DGB-Programmatik in eine der derzeitigen Situation und den Entwicklungsbedingungen des kapitalistischen Systems der 70er Jahre entsprechende Gewerkschaftsstrategie und -politik. Es besteht eine Scheu, sozialistische Perspektiven zur Diskussion zu stellen und Existenz und Erfahrungen des realen Sozialismus vorurteilsfrei und ohne die Scheuklappen des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Antikommunismus zur Kenntnis zu nehmen.

In diesen Fragen ist die Bourgeoisie dieses Landes, von ihrem Interessensstandpunkt, weit realistischer. Man

braucht dazu nur die laufenden Stellungnahmen der „FAZ“ oder beliebiger anderer Organe zur Kenntnis zu nehmen. Längst ist die tantenhafte Belehrung in aggressives Wutgeheul umgeschlagen, wenn auch nur der zaghafteste systemkritische Vorschlag zur Debatte gestellt wird, sobald die Dogmen der sogenannten Marktwirtschaft, die ja längst monopolistische Konzernwirtschaft ist, auch nur in Zweifel gezogen werden. Seien es jetzt die Investitionslenkungsmodelle sozialdemokratischer Kreise, die ja in der Substanz nicht über das hinausgehen, was in Frankreich, Schweden usw. schon längst praktiziert wird, oder die Forderung nach einer Luxussteuer, wie sie von dem sozialistischer Neigungen gewiß unverdächtigen E. Eppler geäußert wurde.

Hinter dieser Haltung der Großbourgeoisie unseres Landes steht die nicht unbegründete Furcht, daß gerade jetzt Vorstellungen, die, wenn auch nur zaghaft, Richtungseiger zum Sozialismus enthalten, ein wichtiges Moment des Umschlags noch unartikulierten Mißmuten in kämpferische Widerstandsaktionen werden könnten.

Zwar versucht auch in Ländern wie England, Frankreich und Italien das Großkapital den sozialökonomischen Krisenmechanismus voll gegen die Arbeiterklasse einzusetzen. Aber in keinem dieser Länder ist sie in der Lage, zu einem derart schamlosen Angriff auf den Lebensstandard der breiten Massen anzusetzen wie in der Bundesrepublik.

Denn in diesen Ländern wirken starke Kräfte, die offen für grundlegende Gesellschaftsveränderungen eintreten, und nicht wenige sozialdemokratische Gewerkschafter werfen jetzt die Frage auf, was passieren würde, wäre in Bonn die CDU an der Regierung. Sie meinen, dann wäre die Formierung des Widerstandes einfacher. Unbewußt stellen sie damit aber auch die Frage nach dem Nutzen der derzeitigen SPD-geführten Bundesregierung für Arbeiterklasse und Gewerkschaften unseres Landes. Ihre „Was-wäre-wenn“-Frage enthält aber auch schon die Antwort, wenn sie sich selbst darüber auch noch keine Rechenschaft abgelegt haben mögen: Gewogen und zu leicht befunden.

Damit ist auch das zentrale Problem der politischen Situation der westdeutschen Arbeiterbewegung angesprochen und eine Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung bestätigt: Ohne eine starke und offen für den Sozialismus auftretende Klassenpartei der Arbeiter und Angestellten muß die von vielfältigen Interessen durchzogene sozialdemokratische „Volkspartei“ in ihrer Haupttrichtung den Systeminteressen des Großkapitals unterworfen und verhaftet bleiben. Zweifellos gehört auch diese Einsicht zu den Schlußfolgerungen, die die derzeitige Krise und ihre Wirkungen auf die arbeitende Bevölkerung nahelegt.

## Zentrale Aktion der Gewerkschaften Regierung an Versprechen erinnern

Die Bundesregierung steht vor einem Jubiläum, an das sie sicher nicht gern erinnert werden möchte. Einer der vielen Reformpläne, die dem Rotstift zum Opfer fallen sollen, wird fünf Jahre alt. Bereits im November 1970 legte die Bundesregierung ihr „Aktionsprogramm Berufliche Bildung“ vor. Inzwischen steht fest: Dieses groß angekündigte Programm soll — wenn es nach dem Willen der Regierung ginge — ein leeres Stück Papier bleiben.

Angesichts der Tatsache, daß das Thema berufliche Bildung wieder im Mittelpunkt des tagespolitischen Geschehens steht, ist es sicher aufschlußreich, einmal die heutigen Taten der Bundesregierung an ihrem damaligen Programm zu messen; denn immerhin hieß es in der Einleitung zum Aktionsprogramm: „Die Bundesregierung hat die Bildungspolitik an die Spitze der inneren Reformen gestellt... Sie wird nicht zulassen, daß bestehende Unzulänglichkeiten sich zum Nachteil der Jugendlichen auswirken. Sie wird die Auszubildenden und Auszubildenden befragen, was an der Berufsausbildung Änderungsbedürftig ist.“

In den seither vergangenen Jahren hat sich die Bildungsmisere weiter verschärft. Der immer rigorosere Abbau von Lehrstellen führte dazu, daß Hunderttausende Schulabgänger nicht einmal eine Lehrstelle bekamen. Die nur verbale Spitzenstellung hat die Bildungspolitik, bedingt durch umfangreiche Kürzungsprogramme zu Lasten der arbeitenden Menschen und der Jugend — nie erreicht. Nun hat die Bundesregierung Anfang des Jahres einen Regierungsentwurf zur Neufassung des Berufsbildungsgesetzes vorgelegt, der in den grundlegenden Punkten den Unternehmervorstellungen entspricht und keineswegs die „bestehenden Unzulänglichkeiten zum Nachteil der Jugendlichen“ beseitigt. Gegen diesen Gesetzentwurf haben die Gewerkschaften klare Front bezogen.

Die Bundesregierung versprach vor fünf Jahren, die gesetzlichen Vorschriften über die Qualifikation der Ausbilder und der Ausbildungsstätten in vollem Umfang zu verwirklichen. Inzwischen hat sie jedoch ihre bereits erlassene Ausbilder-Eignungsverordnung zurückgezogen und sie so entschärft, daß sie im Grunde wirkungslos ist. Sehr richtig stellte die Bundesregierung damals fest, daß 15 000 Berufsschullehrer fehlen. Sie versprach: „Die Bundesregierung wird — in Zusammenarbeit mit den Ländern — alle Vorhaben unterstützen, die die Lehrstellen rasch zu besetzen und den Berufsschulunterricht wirkungsvoller zu gestalten.“ Inzwischen hat sich der Mangel an Berufsschullehr-

ern verschärft, und rund ein Viertel aller vorgeschriebenen Stunden fällt aus. Nur eine Tatsache ist völlig neu: Nach Angaben der Kultusminister der Länder gibt es mindestens 4000 arbeitslose Berufsschullehrer.

Die Bundesregierung versprach, daß das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung sicherstellen soll, „daß die Jugendlichen eine Ausbildung in Beru-

### Kundgebung des DGB

Der DGB-Bundesvorstand hat für den 8. November 1975 eine zentrale Kundgebung in der Großen Westfalenhalle in Dortmund beschlossen. Über 20 000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet — insbesondere aus Nordrhein-Westfalen — werden zu dieser Kundgebung erwartet.

Bei dieser Kundgebung geht es um die zentralen Probleme, die die Arbeitnehmer und die Jugend in unserem Lande besonders bewegen:

- Für eine wirksame Verbesserung der wirtschaftlichen Situation
- Gegen Arbeitslosigkeit
- Für die qualifizierte Mitbestimmung
- Gegen reformfeindliche Kräfte
- Für eine schnelle und grundlegende Reform der Berufsbildung

Die Kundgebungsteilnehmer werden in Demonstrationen von den Ankunftsplätzen zur Westfalenhalle ziehen. Als Hauptredner der Kundgebung wird der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz O. Vetter, sprechen.

Nähere Einzelheiten zu dieser zentralen Kundgebung sind bei den DGB-Kreisen zu erfahren. Die Gewerkschaftsjugend ist aufgerufen, mit dazu beizutragen, daß es zu einer machtvollen Kundgebung kommt.

fen mit Zukunft erhalten“. Doch inzwischen nimmt die Zahl der Ausbildungsplätze in zukunftslosen Handwerksberufen wieder enorm zu, weil die größeren Industrie- und Handelsbetriebe Lehrstellen abbauen.

Die Bundesregierung versprach, den Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten zu fördern. Inzwischen ist die Bundesregierung sehr bescheiden geworden. Nach dem Stufenplan der Bund-Länder-Kommission zur beruflichen Bildung vom Juni dieses Jahres soll die Zahl von gegenwärtig 23 000 Plätzen in überbetrieblichen Ausbildungsstätten bis 1978 um nur 27 000 steigen — bei 1,33 Millionen Lehrlingen. Und selbst dieser „hochgestochene“ Plan wird noch von der künftigen Finanzentwicklung abhängig gemacht.

Fazit: Alle Versprechungen der Bundesregierung sind geplatzt wie schillernde Seifenblasen. Das ist für die Gewerkschaften erst recht Anlaß, um so stärker ihre Forderungen nach einer grundlegenden Reform der beruflichen Bildung zu erheben. In diesem Jahr haben bereits zahlreiche machtvollen Aktionen der Gewerkschaftsjugend stattgefunden. Der DGB-Bundesvorstand hat beschlossen, am 8. November in Dortmund eine Großkundgebung und Demonstration durchzuführen.

Die gewerkschaftliche Kritik richtet sich nicht nur gegen die Bundesregierung, sondern vor allem gegen die Unternehmer, zu deren Erfüllungsgehilfen sich die Bundesregierung gemacht hat. Erst kürzlich haben die Unternehmer wieder Farbe bekannt, daß es ihnen in der Berufsausbildung überhaupt nicht um die Lehrlinge geht, sondern nur um ihre Macht. So gelangte ein Rundschreiben des Hauptgeschäftsführers der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, Günther Steuer, an die Öffentlichkeit. In diesem Brief erklärt der Unternehmer-Vertreter unverblümt, wenn die Gewerkschaften weiter an ihren Mitbestimmungsforderungen festhielten, würden die Unternehmer die Berufsausbildung ganz aufgeben. Dieser Brief erinnert stark an das Schreiben der fünf Spitzenverbände der Unternehmer an Bundeskanzler Schmidt, mit dem sie Anfang vorigen Jahres für den völligen Verzicht auf die Reform der beruflichen Bildung die Bereitstellung von zehn Prozent mehr Lehrstellen versprochen. Die Bundesregierung hat dieses Erpressungsmanöver nicht zurückgewiesen und auf eine grundlegende Veränderung in der Berufsausbildung verzichtet, aber trotzdem ist 1974 das Lehrstellenangebot um weitere zehn Prozent gesunken.

Gegen solche Erpressungsmanöver, aber auch gegen die unternehmergerechte Haltung der Bundesregierung werden die Teilnehmer der zentralen Aktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes Stellung beziehen.

Wolfgang Bartels



## Angriffe auf Krankenversicherung nicht auf leichte Schulter nehmen

Wie immer in Krisenzeiten, sind die von den Arbeitern, Angestellten und ihren Gewerkschaften erkämpften sozialen Rechte verstärkten Angriffen ausgesetzt. In der gegenwärtigen Krise richten sie sich besonders gegen die soziale Krankenversicherung. Eine Einschränkung ihrer Leistungen und die zusätzliche direkte Beteiligung der erkrankten Versicherten an den Krankheitskosten werden gefordert.

Unternehmerorganisationen, Manager privater Versicherungskonzerne, die Spitzen ärztlicher Standesverbände und die CDU/CSU sowie FDP-Politiker sind gemeinsam angetreten mit dem Ziel, die Leistungen der Krankenversicherung einzuschränken. So wird in der Denkschrift der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) gefordert, das Sachleistungsprinzip durch das Kostenerstattungsprinzip zu ersetzen und die „Frage einer Eigenbeteiligung des Versicherten an den Krankheitskosten... vorurteilsfrei“ zu prüfen, d.h. Arbeiter und Angestellte sollen die Arzt-, Arzneimittel- und Krankenhauskostenrechnungen erst selbst bezahlen und dann nur einen Teil der verauslagten Kosten von der Kasse erstattet bekommen.

Der Vorstandsvorsitzende der von der Hamburg-Mannheimer und anderen großen Versicherungskonzerne beherrschten Deutschen Krankenkassen-AG (DKV), Timmer, forderte gleichfalls die Einführung eines „tragbaren und fühlbaren Selbstbeteiligungsgrundsatzes“. Und der Vorsitzende der Krankenversicherung Nordwürttemberg, Prof. Häussler, meinte gar, als „Anreiz zum Gesundwerden“ sollte sich in den ersten sechs Wochen der Krankheit „die Einkommenssituation verschlechtern“. Er plädierte für eine Einkommenskürzung um 20 Prozent.

Auch das „Deutsche Ärzteblatt“ empfiehlt die Selbstbeteiligung der Versicherten, um das „Kostenbewußtsein“ bei den Kranken zu fördern. Der CDU-Arbeitsminister von Rheinland-Pfalz hat sogar vorgeschlagen, bestimmte Krankheiten, wenn sie z. B. auf übermäßigem Tabak- und Alkoholkonsum zurückzuführen seien, von der Leistungspflicht der Krankenkassen auszunehmen. Und auch im FDP-Pressedienst hat der Sozialexperte dieser Unternehmensepartei, der Bundestagsabgeordnete Schmidt (Kempten), sich für den Übergang vom Sachleistungs- zum Kostenerstattungsprinzip bei Arzneimitteln und in „anderen geeigneten Bereichen“ ausgesprochen.

Diese Angriffe dürfen nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Offensichtlich halten die sozialreaktionä-

ren Kräfte die Situation für so günstig, das schon lange angestrebte Ziel zu erreichen, das Leistungsrecht der sozialen Krankenversicherung einzuschränken, jeden weiteren Ausbau zu stoppen und vor allem die Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten durchzusetzen.

Es mag zu denken geben, daß die Forderung nach Selbstbeteiligung von den Großunternehmern mit sturer Beharrlichkeit immer wieder gestellt wird. Erstmals wurde sie von der BDA vor 20 Jahren in einer „Denkschrift zu Problemen der Sozialreform“ erhoben. Die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung hatte damals versucht, sie mit dem „Sozialpaket“ des Arbeitsministers Blank zu verwirklichen. Der Plan scheiterte jedoch am starken Protest der Arbeiter, Angestellten, Rentner und ihrer Organisationen.

Dabei sind an der Finanzmisere der Krankenkassen nicht die Arbeiter, Angestellten und Rentner schuld; auch dann nicht, wenn sie in größerem Umfang als früher Kassenleistungen in Anspruch nehmen. Das ist eine Folge der Verschlechterung des Gesundheitszustandes. Vom 10. DGB-Kongreß wurde festgestellt, „daß die Bevölkerung der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren nicht gesünder, sondern nachweisbar kränker geworden ist“. Verantwortlich für diese trotz Fortschritt der medizinischen Wissenschaft negativen Entwicklung sind die zunehmende Arbeitslosigkeit, die Versäumnisse bei der Abwehr von Umweltschäden, beim Ausbau der Gesundheitsvorsorge und der Krankheits-Früherkennung.

Von 1970 bis 1974 haben sich die von den Krankenkassen aufzubringenden ambulanten Behandlungskosten um 88 Prozent, die Arzneimittelkosten um 92 Prozent, die Pflegekosten in Krankenhäusern um 94 Prozent und die Operationskosten um 42 Prozent erhöht. Diese Kostenexplosion ist im wesentlichen durch zwei Faktoren bedingt: Erstens durch Supergewinne und „Verdienste“, die im Gesundheitswesen erzielt werden, und zweitens durch die Abwälzung sozialer Lasten, die bisher von den staatlichen Haushalten getragen bzw. mitgetragen wurden, auf die so-

ziale Krankenversicherung. Die Arzneimittelhersteller, die von 1960 bis 1972 ihren Umsatz von einer auf 5,8 Mrd. DM steigern konnten, arbeiten, wie auch die Unternehmer, die medizinisch-technische Ausrüstungen erzeugen, mit höchsten Gewinnspannen.

Ein Grund für die rapide Steigerung der Krankenhauspflegekosten in den letzten Jahren besteht darin, weil die öffentliche Hand sich immer weniger an den Krankenhauskosten beteiligt. So sind 1974 die Ausgaben der sozialen Krankenversicherung für Krankenhausbehandlung und -pflege um 32,4 Prozent in die Höhe geschossen und mit 14,2 von rund 50 Mrd. DM zu ihren größten Ausgabeposten geworden.

Auch für die Mutterschaftshilfe, die den Krankenkassen als Fremdaufgabe zugeordnet ist, wird ein immer geringerer Teil der dadurch bei den Kassen anfallenden Kosten erstattet. Durch das Finanzänderungsgesetz von 1967 wurde ab Januar 1968 der vom Bund zu zahlende Erstattungsbetrag pro Mutterschaftsfall auf 400 DM reduziert. Die Kosten dafür aber sind von 1596 DM (1968) auf 3093 bis 1973 angestiegen.

Durch die gesetzliche Regelung der Vorbeugeuntersuchungen wurden die Krankenkassen zudem mit Ausgaben belastet, die eigentlich in den Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes gehören. Dazu wurden jährlich im Durchschnitt die Honorare für ärztliche Leistungen um 13 Prozent erhöht. Das Durchschnittseinkommen der freipraktizierenden Ärzte, deren Standesorganisation das Monopol der ambulanten Behandlung mit allen Mitteln verteidigt, wird pro Jahr mit rund 160 000 DM angegeben, das der Zahnärzte mit 180 000. Dabei gibt es eine sehr erhebliche Differenzierung zwischen den verschiedenen Arztgruppen, wobei die der praktischen Hausärzte am schlechtesten abschneidet. Chefarzte von Kreiskrankenhäusern erzielen „Nebeneinkünfte“ von 100 000 bis 600 000 DM jährlich, Direktoren von Universitätskliniken bis zu mehr als einer Million DM. Zahlen aber für Krankenhausbetten, die mit ihren Privatpatienten belegt sind, nur lächerliche Tagessätze von 2,20 DM (Westberlin) bis 18,46 DM (Nordrhein-Westfalen).

Seit mehr als einem Jahr wird die Finanzsituation der sozialen Krankenversicherung zusätzlich durch eine wesentlich ungünstigere Entwicklung der Beitragseinnahmen verschärft. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, die Rückkehr ausländischer Arbeiter in ihre Heimatländer, weniger Überstunden, Abbau über-tariflicher Lohnzuschläge und schlechtere Tarifabschlüsse wirken sich negativ aus. Die Bundesregierung und auch die Regierungen der Länder haben zwar im Rahmen der verschiedenen Konjunkturprogramme den Konzernen Milliardenbeträge in die Kassen ge-

## Neue Krankenversicherung: Studenten sollen zahlen

Die Studierenden an den Hochschulen der BRD werden ab dem 1. Oktober 1975 abermals kräftig zur Kasse gebeten. Trotz geplanter Einfrierung der Bedarfssätze für die Ausbildungsförderung (BAFöG) und der sich immer weiter vertiefenden sozialen Misere der Studenten, sah sich die Bundesregierung genötigt, die Krankenversicherung der über 800 000 Studenten in der BRD einheitlich zu regeln – auf dem Rücken und zu Lasten der Studenten.

Im Dezember 1974 beschloß die Deutsche Studenten-Krankenversicherung (DSKV) ihre Selbstauflösung, um eine durch abermals notwendig gewordene Beitragserhöhungen weitere finanzielle Belastung ihrer Mitglieder zu verhindern. Neben der DSKV existierten zahlreiche örtliche studentische Krankenversicherungen mit unterschiedlichen Leistungskatalogen und Satzungen. Teilweise bestand in einigen Bundesländern Versicherungspflicht für Studenten in studentischen Krankenversicherungen (so z. B. in Hessen), deren Leistungen bei hohen Beitragssätzen geringer waren als die der gesetzlichen Krankenversicherungen. Andererseits gab es für Studenten in einigen Bundesländern (z. B. Bayern) überhaupt

keinen gesetzlichen Versicherungsschutz, was zur Folge hatte, daß dort ein Drittel der Studenten vollkommen versicherungslos war und den übrigen, sofern sie keine Familienhilfe beanspruchen konnten, oft nur der Weg zu den teuren Privatkassen übrigblieb. Diese Mißstände waren den Bundestagsparteien schon lange Zeit bekannt, ja, sie sind sogar teilweise von ihnen mitverursacht worden.

Zum 1. Oktober wurde das Gesetz zur Neuordnung der studentischen Krankenversicherung wirksam, dessen negativer Kern die Beitragshöhe ist. Diese beträgt für Studenten, die kein BAFöG erhalten, 25 DM monatlich (das sind 150 DM pro Semester), und 15 DM mo-

schoben, die Krankenkassen aber erhalten keinen Pfennig als Ausgleich für ihre Konjunkturverluste.

Die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an den Krankheitskosten wäre die denkbar unsozialste Maßnahme. Damit würden die Betroffenen für ihre Krankheit auch noch finanziell bestraft. Zugleich würde damit der die Sozialversicherung tragende Grundsatz der Solidarität durchbrochen, nach dem alle Versicherten mit ihrem nach dem Einkommen bemessenen Beitrag das Krankheitsrisiko voll absichern. Außerdem würde die Kostenbeteiligung auch gesundheitspolitisch negative Folgen zeitigen. Beispielsweise würde sie der Früherkennung von Krankheiten direkt entgegenwirken, der Arzt würde oft zu spät aufgesucht, Krankheiten würden verschleppt und ihre Behandlung dadurch langwieriger und auch teurer.

Mit Recht weisen die Gewerkschaften jeden Angriff auf das Sachleistungsprinzip und jede zusätzliche Beteiligung an den Krankheitskosten entschieden zurück. Die finanzielle Situation der sozialen Krankenversicherung kann auch ohne eine solch eklatante Verschlechterung ihres Leistungsrech-

tes konsolidiert werden, wenn dort angedacht wird, wo die Ursachen für ihre Misere liegen. Die „Kostenexplosion“ ist zu bremsen, wenn ein dem neuesten Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechender vorbeugender Gesundheitsschutz entwickelt, wenn die ambulante Behandlung unter Einbeziehung der Kliniken und Krankenhäuser mit ihren kostspieligen, bei weitem nicht voll ausgelasteten Apparaturen, bei Förderung von Gruppenpraxen, medizinisch-technischen Zentren und besserer Abstimmung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung rationaler und effektiver gestaltet wird, wenn durch wirksame Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Krankenkassen bei der Preis- und Honorarfestsetzung im Gesundheitswesen die Gewinn- und Verdienstspannen auf ein normales Niveau herabgeschraubt werden. Darüber hinaus müßte die öffentliche Hand sich wieder stärker an den Krankenhauskosten beteiligen und den Krankenkassen alle Aufgaben für Fremdleistungen erstatten. Nur auf diesem Wege kann der Charakter der sozialen Krankenversicherung erhalten und ihre Pervertierung zu einem privatwirtschaftlichen Versicherungsunternehmen verhindert werden.

A. Böppe

natlich für BAFöG-Empfänger (90 DM pro Semester). Einschließlich der Semestergebühren in Höhe von 50 DM (in Hessen) hat ab 1. Oktober ein Student im ungünstigsten Fall 200 DM (in Hessen gegenüber bisher 110 DM!), im „günstigeren“ Fall 140 DM zu bezahlen.

Diese hohe finanzielle Belastung, besonders für die Studenten, die die Möglichkeit der Elternmitversicherung nicht haben, stellt viele von ihnen vor folgende Alternative: Wenn die Eltern nichts mehr zum Studium zuschießen können, dann bleibt für die meisten Studenten (und besonders für Arbeiterkinder) nur noch weiterer Konsumverzicht oder, vorausgesetzt man findet eine Arbeitsstelle, das Arbeiten „neben“ dem Studium. Beides wirkt sich mehr oder minder stark, auf jeden Fall negativ, auf die Qualität des Studiums und damit auch auf die Ausübung des späteren Berufs (z. B. Arzt oder Lehrer!) aus.

Eine zusätzliche Belastung für die Studenten bringen die Inkasso-Modalitäten der Kassen mit sich: Der Beitrag für die gesetzliche Krankenversicherung wird auf einmal für ein Semester im voraus eingezogen, was völlig den Grundsätzen der Kassen (Zahlung monatlich rückwirkend) widerspricht und die denkbar schlechteste Lösung für die Studenten darstellt.

Die aufgezeigten Belastungen treffen die ausländischen Studenten an Hochschulen der BRD noch härter, denn zum einen erhalten sie keine Ausbildungsförderung nach dem Bundes-Ausbildungsförderungsgesetz (BAFöG), zahlen also in jedem Fall 150 DM, und zum zweiten liegen ihre Bezüge aus den Heimatländern oft unter dem zum Studium und Leben notwendigen Schnitt.

Einen Ausweg aus den Schwierigkeiten und Belastungen, die durch die neue Regelung der Krankenversicherung sowohl auf die Kassen als auch auf die Studenten zukommen, bietet nur der gemeinsame Kampf von Studenten, Arbeitern und Angestellten.

Hier stellt sich für den studentischen Dachverband in der BRD, die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), die Aufgabe, gemeinsam mit den Gewerkschaften den Kampf gegen die geplante soziale Demontage, insbesondere die beabsichtigte Selbstbeteiligung der Versicherten, für die Verbesserung des Gesundheitswesens aufzunehmen. Daß hierbei studentische und Arbeiterinteressen zu verknüpfen sind, macht auch die Tatsache deutlich, daß durch den Wegfall der bisherigen Krankenscheinstellen bei den Studentenwerken die entsprechenden Arbeitsplätze der Angestellten akut gefährdet sind.

B. S.

## Raubbau bei der Arbeitsförderung und der Schmidt'sche Reformbegriff

Der Bonner Rotstiftpolitik sollen Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) zum Opfer fallen bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, was bereits einmal den Schwanengesang einer sozialdemokratischen Regierung einläutete — 1928 — und von der CDU in der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 11. September 1975 voll tiefender sozialer Demagogie herausgestellt wurde.

Zum Spar- und Steuerprogramm der Bundesregierung behauptet Bundeskanzler Schmidt in der Bundestagsdebatte: „Die Entscheidungen der Bundesregierung bedeuten nicht, daß sich die Grundzüge ihrer Politik ändern werden.“ In der Tat zeigt das Spar- und Steuerprogramm nur besonders drastisch, welcher Grundzug die Politik der SPD/FDP-Regierung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik stets gekennzeichnet hat: Rücksichtnahme auf die Interessen der Unternehmer zu Lasten der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Dabei räumte Schmidt für den Bereich der Arbeitsförderung selbst ein: „Im Vergleich zum öffentlichen Dienst schneiden die Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes stärker ein.“ Dies bedeutet fast noch eine Untertreibung, geht man die vorgesehenen Leistungsreduzierungen im einzelnen durch, die bis 1979 insgesamt 5,1 Mrd. DM einsparen sollen.

Im einzelnen sind folgende Leistungsverkürzungen vorgesehen:

- Die Mittel zur Förderung der Berufsausbildung werden eingeschränkt. Das geschieht einmal durch Senkung des anrechenbaren Einkommens der Eltern, d. h., auch bei niedrigem Einkommen der Eltern oder anderer Unterhaltspflichtiger werden künftig keine staatlichen Zuschüsse mehr gewährt. Zum andern soll grundsätzlich an diejenigen, die zuvor noch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet haben, Unterhaltsgeld nur noch als Rückzahlungsdarlehen gewährt werden. Nur im Falle einer späteren Arbeitsaufnahme soll dies in einen Zuschuß verwandelt werden, was bei der gegenwärtigen Arbeitssituation eine recht ungewisse Möglichkeit ist.

Bisher erhalten alle Personen, die sich zum erstenmal für einen Beruf ausbilden lassen wollen und über keine eigenen Mittel verfügen, Zuschüsse und nur ausnahmsweise ein rückzahlbares Darlehen. Damit sollten vor allem Hausfrauen und Selbständige, die infolge des wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses ihre Existenzgrundlage verloren

hatten, zur Aufnahme einer Berufstätigkeit ermuntert werden, solange in der Bundesrepublik noch Arbeitskräftemangel herrscht. Jetzt erweist sich ihre eigentliche Rolle als industrielle Reservearmee; denn durch diese Maßnahme wird die Berufsvorbereitung nicht gefördert, sondern hintertrieben und für viele nur die Möglichkeit schlecht bezahlter Hilfsarbeiterdienste offengelassen.

- Für berufliche Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen soll in ähnlicher Weise nur noch derjenige Unterhaltsgeld — das im übrigen generell verkürzt wird — erhalten, der nach abgeschlossener Berufsausbildung bereits eine bestimmte Zeit berufstätig gewesen ist.

- Das Kurzarbeitsgeld für gesetzliche Feiertage sowie der Zuschlag zum Schlechtwettergeld entfallen ganz.

- Schüler und Studenten, die bisher keine beitragspflichtige Beschäftigung ausübten, sollen künftig keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenhilfe haben, d. h. sie sind auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen, die gerade das Existenzminimum gewährt (vgl. NACHRICHTEN 9/1975, S. 27).

- Der Begriff der „unzumutbaren“ Arbeit für Arbeitslose soll enggefaßt werden. Bisher kann der Arbeitslose unzumutbare Tätigkeiten ablehnen, ohne daß er den Anspruch auf Arbeitslosengeld verliert. So werden von der Rechtsprechung Arbeiten als unzumutbar angesehen, die folgende Nachteile mit sich bringen:

- Eine körperliche Mehrbelastung, die der Betroffene auf Dauer nicht verkraften kann;

- eine erheblich schlechtere Bezahlung;

- versorgungsmäßige Nachteile, z. B. Minderung der zu erwartenden Rente.

Als zumutbar gilt nach der jetzigen Rechtslage im Regelfall eine Beschäftigung der zuletzt ausgeübten Art, die

den Kenntnissen, Fähigkeiten bzw. auch dem erlernten Beruf des Arbeitslosen entsprechen. (Schönefelder u. a. Kommentar AFG 102 Anm. 12.) Damit ergibt sich bei hoher Arbeitslosenquote häufig der Fall, daß ein Arbeitsloser nicht vermittelt werden kann, weil ihm keine zumutbare Beschäftigung angeboten wird. Aber „solche Fälle sind... offenbar vom Gesetzgeber in Kauf genommen“ worden (Honnung u. a. Kommentar AFG Anm. 3 zu § 103).

Allerdings werden die Anforderungen an die Zumutbarkeit bereits jetzt bei länger andauernder Arbeitslosigkeit immer mehr herabgeschraubt. Die Einführung des Begriffs der unzumutbaren Tätigkeit bedeutete jedoch auf jeden Fall eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten, da hiermit bei Arbeitslosigkeit nicht eine soziale Beschäftigungstherapie in der Vordergrund gestellt wird, sondern die Erhaltung der entsprechenden Qualifikation der Arbeitskraft. Demgegenüber werden jetzt durch die Herabsetzung der Unzumutbarkeitsschwelle bedenkenlos qualifizierte Arbeitskräfte verschlissen, um die Staatsfinanzen sanieren zu helfen.

Vorbereitet durch ein entsprechendes Trommelfeuer in der bürgerlichen Presse, die dem Arbeitslosen, der mäklig eine ihm angebotene Tätigkeit als „unzumutbar“ zurückweist, zum Regelfall machte, wird nun von den Arbeitslosen verlangt, fast jede angebotene Tätigkeit anzunehmen. Vor allem lange Anfahrtswege oder eine Beschäftigung in einem ganz anderen Beruf gelten nicht mehr als unzumutbar.

Die Auswirkungen auf die soziale Lage nicht nur der Betroffenen selbst, sondern der Arbeiter und Angestellten insgesamt sind absehbar: Die Einkommen der in solche „zumutbaren“ Tätigkeiten vermittelten Arbeitslosen wird im Regelfall weit unter dem bisherigen Einkommen liegen. Das Arbeitslosengeld bei einer späteren Arbeitslosigkeit wird erheblich gemindert, da Bemessungsgrundlage der zuletzt bezogene Lohn ist. Die Rentenansprüche werden wegen verminderter Beitragsleistungen gesenkt. Damit will man jedoch insgesamt eine Senkung der Lohnquote der Arbeiterschaft durchsetzen, die Konkurrenzsituation der Arbeiter untereinander verschärfen und die Position der Unternehmer in Tarifverhandlungen stärken.

Zu alledem meinte Schmidt am Ende der Bundestagsdebatte: „Es kann keine Rede davon sein, daß die Reformpolitik rückgängig gemacht“ würde. Offensichtlich hat Schmidt einen völlig anderen Reformbegriff als die Arbeiter, Angestellten und Beamten, was wiederum bedeutet, daß nur durch organisierten gewerkschaftlichen Druck die Schmidt'sche „Reformpolitik“ verhindert werden kann. Udo Mayer

## Gewerkschaftliche Frauenarbeit international intensivieren

Vom 19. bis 21. September 1975 fand auf Einladung der IG Druck und Papier in Springen/Taunus eine internationale Frauenveranstaltung statt. Führende Gewerkschafterinnen graphischer Organisationen aus Dänemark, der DDR, Finnland, Frankreich, England, Italien, Norwegen, Schweden, Österreich, Polen, der Schweiz, der Sowjetunion sowie aus Ungarn diskutierten mit ihren Kolleginnen aus der Bundesrepublik über das Thema: „Die berufstätige Frau im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung.“ In einer einstimmig angenommenen Entschließung werden die Gewerkschaften aufgefordert, ihre „Frauenarbeit auf internationaler Ebene zu intensivieren“.

Leonhard Mahlein, 1. Vorsitzender der IG Druck und Papier, verfolgte neben weiteren Vorstandsmitgliedern seiner Organisation aufmerksam den Verlauf des Kongresses. In seiner Begrüßungsansprache wandte er sich gegen solche Art von Konferenzen à la Mexiko. Was da als Vertreterinnen der Frauen aufgetreten sei, „waren häufig ‚Regierungen in der Verkleidung von Frauen‘ oder auch ganz schlicht die Ehefrauen der Regierungen“.

Scharf kritisierte Mahlein die neuen Töne aus der Union, die angesichts der Krise „die Frauen- und Familienpolitik wieder an jenem Leitbild orientieren wollen, das die CDU/CSU in den fünfziger Jahren entworfen hatte und das jenem kirchlichen ‚Drei-K-ideal‘ ähnelt, nach dem die Frauen in die Kirche, in die Küche und ans Kinderbett gehören“.

Durch zahlreiche Fakten und Zahlen wies die Bundesfrauensekretärin der IG Drupa, Gisela Kessler, nach, daß die Frauen in der Bundesrepublik trotz verfassungsrechtlich garantierter Gleichberechtigung auf allen Gebieten diskriminiert werden. Die krasseste Form sei die ungleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit. Nach Angaben des Internationalen Arbeitsamtes lagen beispielsweise die Löhne der berufstätigen Frauen in der Bundesrepublik 1972 um 29,3 Prozent unter denen der Männer.

Gisela Kessler warnte jedoch davor, einen Interessengegensatz zwischen den arbeitenden Männern und Frauen zu konstruieren. „In Wahrheit gibt es zwischen den Interessen der berufstätigen Frauen und ihren männlichen Arbeitskollegen keine Gegensätze“, vielmehr sei der Kampf um die „Gleichberechtigung der Frauen untrennbar mit dem Kampf der Arbeiterbewegung um sozialen Fortschritt verbunden, weil die Frauenfrage ein Teil der sozialen Frage ist“.

Ob es nun — um nur einige zu nennen — Leila Salonen, Mitglied des Ver-

bandskomitees der finnischen Druckereigewerkschaft, Simone Imbs, Mitglied des Exekutivkomitees beim Hauptvorstand ihrer Gewerkschaft, Gabriella Colombo aus Italien oder die Vertreterinnen aus der Schweiz, aus England, Skandinavien oder Österreich waren, sie alle unterstrichen die noch nicht durchgesetzte Gleichberechtigung durch zahlreiche Beispiele, die sich im Vergleich zur Bundesrepublik bestenfalls durch Nuancen unterscheiden.

Anders dagegen die Berichte der Vertreterinnen aus den sozialistischen Ländern. Ludmila Alexejewa, Sekretär des Zentralkomitees und Mitglied des Präsidiums der sowjetischen Kulturarbeitergewerkschaft, wies nach, daß in ihrem Lande die Gleichberechtigung verwirklicht ist. Allein im graphischen Bereich seien unter den Fachkräften mit Hoch- und Fachschulausbildung 45 Prozent Frauen.

Eine ähnlich positive Bilanz, was die Verwirklichung der Gleichberechtigung betrifft, konnte — neben den Gewerkschafterinnen aus Polen und Ungarn — auch die stellvertretende Abteilungsleiterin beim Zentralvorstand der IG Druck und Papier der DDR, Helga Badack, ziehen. „Die Frau als Setzer, auch im Maschinensatz, als Technologe, die Frau als Facharbeiter oder Ingenieur in der Schnellsetztechnik oder im Fotosatz ist in unseren Betrieben ein alltägliches Bild.“

Die Ergebnisse der Diskussion fanden in einer einstimmig angenommenen Entschließung ihren Niederschlag. Darin wird u. a. festgestellt, „daß die Forderungen der Frauen in den osteuropäischen Ländern weitgehend verwirklicht worden sind als in den westeuropäischen Ländern. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Bildung und Ausbildung sowie die Sicherung der Vollbeschäftigung.“

In den Pausen und an den Abenden fanden zahlreiche Diskussionen und Gespräche statt, die übereinstimmend

als sehr wertvoll begrüßt wurden. Und so war es mehr als folgerichtig, daß die Teilnehmerinnen beschlossen, die nationalen Gewerkschaftsorganisationen aufzufordern, die gewerkschaftliche Frauenarbeit auf der internationalen Ebene zu intensivieren. Grundvoraussetzung dafür und für die Durchsetzung der Forderungen der Frauen nach Gleichberechtigung auf allen Gebieten sei „die Erhaltung und Festigung des Friedens durch Entspannung und Abrüstung“, wird in der Entschließung betont. G. M.

## Frauen im Sozialismus

### Sowjetunion

In der Sowjetunion besaßen 1974 von je 1000 berufstätigen Frauen 739 Hoch- oder Oberschulbildung. Ihr Anteil an den Berufstätigen beträgt 51 Prozent. Aktiv nehmen die sowjetischen Frauen auch an der Leitung des Staates teil. In den örtlichen Sowjets gibt es 1 039 000 weibliche Abgeordnete, und in den Obersten Sowjet wurden 475 Frauen gewählt. Auch aus den Leitungen der Gewerkschaften sind die Frauen nicht wegzudenken. Hier beträgt ihr Anteil 43 Prozent.

### CSSR

30 Prozent der Frauen im arbeitsfähigen Alter sind in der CSSR berufstätig. Zugleich mit der Berufstätigkeit wächst auch ihr Bildungsgrad. So verlassen jährlich mehr als 4000 Absolventinnen die Hochschulen und Universitäten, rund 30 000 Mädchen verlassen im Jahr die Gymnasien, Fach- bzw. Berufsschulen.

Seit 1950 ist auch die Zahl der Kinderkrippenplätze bedeutend angestiegen, das trotzdem noch vorhandene Minus bei der Unterbringung von Kleinkindern berufstätiger Mütter wird durch die Gewährung eines der längsten bezahlten Mutterschaftsurlaube der Welt (zwei Jahre) teilweise ausgeglichen. Gegenwärtig besuchen 65 Prozent aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergarten.

### Ungarn

Der Schutz der Gesundheit der werktätigen Mutter ist in der Ungarischen Volksrepublik gesetzlich verankert. Jede Frau, die ein Kind zur Welt bringt, erhält 20 Wochen Mutterschaftsurlaub mit vollem Lohn oder Gehalt. Darüber hinaus erhält jede Mutter 2500 Forint Entbindungsbeihilfe. (Dieser Betrag entspricht etwa dem monatlichen Durchschnittseinkommen einer Arbeiterin.)



## Erfolge im Wettbewerb zahlen sich nicht nur in Mark und Pfennig aus

**Im volkseigenen Betrieb Textilkombinat Cottbus fand Mitte September eine Vertrauensleute-Vollversammlung der Gewerkschaften statt. Es wurde darüber beraten, wie und mit welchen Mitteln eine noch höhere Produktivität erreicht werden kann. Wege wurden diskutiert, um die diesjährigen Wettbewerbsziele noch zu überbieten. Das Ergebnis der Aussprache: Erzeugnisse im Wert von sechs Millionen Mark sollen mehr produziert werden.**

Mancher Bürger der Bundesrepublik wird sich die Frage stellen: Warum beschäftigen sich die Arbeiter in der DDR mit der weiteren Steigerung der Produktion? Was sind die Beweggründe für ihre Wettbewerbsverpflichtungen? Die Großgrundstickerin und Vertrauensfrau der Arbeitsbrigade „X. Jahrestag“, Doris Kersten, sagte in der Vertrauensleute-Vollversammlung folgendes dazu: „Die Bevölkerung erwartet, daß wir noch in diesem Jahr eine größere Menge unserer hochwertigen Erzeugnisse auf den Markt bringen. Mehr zu produzieren, das stellt natürlich höhere Anforderungen an uns. Ich glaube aber, daß diese Forderung auch unseren Interessen entspricht. Denn jeder von uns ist doch daran interessiert, daß die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe erfüllt, daß die Versorgung immer weiter verbessert wird.“

Was hat es mit der Hauptaufgabe auf sich, von der Doris Kersten sprach? Worin besteht sie? Sie besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.

Bei uns in der DDR dient also die gesamte Politik — auch das wirtschaftliche Wachstum — nur einem Ziel, dem Wohle des Menschen, den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Das ist der Sinn des Sozialismus, dafür arbeiten wir. Mit der Hauptaufgabe werden die tägliche Arbeitsleistung und die ständige Verbesserung des Lebensniveaus aufs engste miteinander verknüpft. Die arbeitenden Menschen spüren: Es lohnt sich, gut zu arbeiten. Gute Leistungen zahlen sich aus für jeden einzelnen, für seine Familie, für das Arbeitskollektiv und somit für die gesamte Gesellschaft.

So zeichnet sich schon zu Beginn des letzten Quartals dieses Jahres eine außerordentlich positive Bilanz der Erfüllung unseres Volkswirtschaftsplanes ab. Die Wirtschaft der DDR entwickelt sich stabil und dynamisch. Deshalb

brauchen wir uns keine Sorgen darüber zu machen, wie in den kapitalistischen Ländern, ob die „Tafelberg der Krise“ schon erreicht ist und wie man wieder herauskommt. In der DDR haben Nationaleinkommen, Produktion und Produktivität erheblich zugenommen. Es gibt keine Diskussion über „Nullwachstum“, sondern die Zuwachsraten stiegen von Jahr zu Jahr. Dementsprechend brauchen auch die Arbeiter und Angestellten nicht um ihren Arbeitsplatz zu bangen.

Wenn also die Strickerinnen im volkseigenen Textilkombinat Cottbus

mehr produzieren, dann schlägt sich das nicht nur in mehr Geld in ihrer Lohnkürze nieder, sondern auch in mehr rundgestrickten Stoffen für die Bevölkerung, ohne daß die Preise dafür steigen. Oder wenn von Januar bis Ende August 1975 86 860 Wohnungen neu gebaut oder modernisiert wurden, so bedeutet das für Tausende Arbeiterfamilien ein schöneres Leben durch gelöste Wohnungsprobleme. Denn die Mieten sind in der DDR niedrig und stabil. Sie ermöglichen es den Menschen, in diese modernen Wohnungen einzubeziehen.

Die Wirtschaft der DDR wird ja nicht um ihrer selbst willen betrieben, sondern ihre Ergebnisse sind gerichtet auf das Wohl der Werktätigen. Weil das die Arbeiter wissen und spüren, deshalb denken sie nach, machen sie sich Gedanken über die Produktion, stellen sie sich höhere Wettbewerbsziele. Das ist die Grundlage der Masseninitiativen, wie sie sich gegenwärtig in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED in den Massenmedien der DDR widerspiegeln. Hierin drückt sich nicht zuletzt die Überlegenheit des Sozialismus über die profitorientierte Privatinitiative der kapitalistischen Wirtschaft aus.

Hans Kramer

## Britische Gewerkschaften lehnen Lohnstopp ab

**Die schwere Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Großbritannien beherrschte auf dem Jahreskongreß des britischen Gewerkschaftsbundes TUC Anfang September in Blackpool die Diskussion. Die Labourregierung hatte einen Stillstand bei den Löhnen als Teil eines sogenannten Antiinflationprogramms verlangt. Die Gewerkschaften kamen Premierminister Wilson nur bedingt entgegen.**

Der Jahreskongreß stimmte gegen eine starke Minderheit für eine Beschränkung der Lohnerhöhungen auf sechs Pfund in der Woche, das sind rund 33 DM. Diese Lohndrosselung soll bis Juli 1976 praktiziert werden. Die Preissteigerungsrate beträgt in Großbritannien gegenwärtig 26 Prozent, und die Regierung Wilson hat den Gewerkschaften eingeredet, ihre Lohnzurückhaltung solle wesentlich zur Dämpfung der Inflation beitragen. Es ist jedoch allen Beteiligten klar, daß es hier lediglich um einen psychologischen Effekt geht, weil Ursache für die Preissteigerungen nicht die Löhne sind, sondern letztlich das Profitstreben der Unternehmer, die die Preise festsetzen.

Der TUC-Beschluß kam mit den Stimmen der Delegierten von 6,9 Millionen

Gewerkschaftsmitgliedern gegen die von 3,4 Millionen zustande. Die Delegierten und Repräsentanten der britischen Gewerkschaften, einschließlich TUC-Präsident Len Murray, waren sich jedoch einig darin, daß die sechs Pfund Lohnerhöhung nicht die Obergrenze darstellen, wie die Regierung dies verlangt, sondern einen Anspruch für alle Arbeiter und Angestellten begründen. Nur Bezieher von mehr als 8500 Pfund Jahreseinkommen sollen davon ausgenommen werden.

Auch wollen die britischen Gewerkschaften diese Zurückhaltung nicht bedingungslos üben. Der Regierung Wilson wurde klargemacht, daß die Arbeiter und Angestellten jetzt einen sichtbaren Rückgang der Inflation und der Arbeitslosigkeit erwarten. Lohnzurückhal-

## Bucheingänge

**Monika Streissler: Theorie des Haushalts. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1974, XII, 160 Seiten, 14 Abb., 14,30 DM (Uni-Taschenbücher, Bd. 369).**

Wer die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft kritisieren will, sollte sie kennen bzw. wenigstens über die elementaren theoretischen Annahmen Bescheid wissen. Streisslers Buch führt in einen speziellen Bereich der traditionellen Volkswirtschaftslehre, genauer: der Mikroökonomie ein — in die Theorie des Haushalts, die „in der ökonomischen Theorie der Marktwirtschaft eine deutliche Randstellung“ einnimmt (S. 1). Den Studenten, an die sich das Buch in erster Linie richtet, die der oftmals langatmigen und wirklichkeitsfernen volkswirtschaftlichen Standard-Lehrbücher überdrüssig sind, mag dieses kurzgefaßte und relativ leichtverständliche Lehrbuch der Haushaltstheorie als Abwechslung dienen.

**Günter Ast: Verordnung über Arbeitsstätten. Textausgabe mit amtlicher Begründung und einer erläuternden Einführung. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1975, 87 Seiten, 13,80 DM.**

Angesichts von mehr als 2,2 Mill. statistisch erfaßten Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten jährlich und der Tatsache, daß jedes Jahr etwa 300 000 Arbeiter und Angestellte aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen, wurde es allerhöchste Zeit für die Verabschie-

lung bei andauernder Preistreibe- und unverminderter oder gar steigender Arbeitslosigkeit werde es nicht geben.

In seiner Rede auf dem Jahreskongreß forderte der TUC-Präsident von der Regierung Wilson mehr Einfluß für die Gewerkschaften auf Produktion und Beschäftigung, Investitionen, Export, Import, Preise, Dividenden und öffentliche Ausgaben. Es sei jetzt wichtig, öffentliche Gelder für die Schaffung von Arbeitsplätzen aufzuwenden.

Der Kongreß verabschiedete einstimmig eine Entschliebung, in der gefordert wird, daß die Besetzung von Fabriken durch die dort Beschäftigten aus Protest gegen Stilllegungen als legitimes gewerkschaftliches Kampfmittel zur Sicherung der Arbeitsplätze anerkannt wird. In der Diskussion brachten Delegierte zum Ausdruck, daß der Kampf der Gewerkschaften um das Recht auf Arbeit ein Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse sei. Gersy

dung einer Arbeitsstättenverordnung, die am 1. Mai 1976 in Kraft tritt.

Die von Günter Ast (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung) bearbeitete Textausgabe der Arbeitsstättenverordnung informiert zunächst über Inhalte und Absichten der Verordnung. Sie wird ergänzt durch entsprechende Abschnitte aus dem BetrVG, der Gewerbeordnung und anderer Gesetze und Vorschriften, die die Sicherheit am Arbeitsplatz betreffen.

## Wie kam es zur RGO?

**Steffen Lehnzdriff: Wie kam es zur RGO? Probleme der Gewerkschaftsentwicklung in der Weimarer Republik von 1927 bis 1929; Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1975, 7,50 DM.**

Im Verlag Marxistische Blätter erschien jetzt ein Buch, das eine Lücke in der Darstellung der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik schließt. Wie kam es zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)? Der Verfasser, Steffen Lehnzdriff, untersucht diese Frage in enger Verbindung mit der Entwicklung der beiden politischen Grundströmungen in der Arbeiterbewegung, der marxistischen und der reformistischen. Er zeigt auf, wie sich ihr Verhältnis zueinander, ihre Positionen in entscheidenden Klassenauseinandersetzungen der damaligen Zeit in den freien Gewerkschaften reflektierten.

Die Analyse konzentriert sich vor allem auf die Geschichte der Gewerkschaften um die Jahre 1927 bis 1929. In dieser Zeit vollzog sich der Übergang von wirtschaftlicher Hochkonjunktur und relativer politischer Stabilität des deutschen Kapitalismus zur großen Krise in Wirtschaft und Politik. Wie die gesamte Arbeiterbewegung, so war auch die Gewerkschaftsbewegung vor neue Probleme und Aufgaben gestellt. Mit welcher Taktik, mit welcher Zielsetzung sollten die freien Gewerkschaften auf die massiven Versuche des großen Kapitals reagieren, die Folgen der Krisenrückschläge auf die Werktätigen zu lenken? Die marxistischen und mit ihnen verbundenen Kräfte traten für eine kämpferische, offensive Gewerkschaftspolitik ein. Die reformistischen Gewerkschaftsspitzen entschieden sich für einen Kurs des Zurückweichens und des Verzichts auf aktive Lohnkämpfe.

Die Darstellung dieses Geschichtsabschnitts der Gewerkschaftsbewegung erhärtet die Überzeugung, die Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik als bedeutende Errungenschaft der Arbeiterbewegung gegen alle Angriffe zu verteidigen und zu festigen. K. Sch.

## VERLAGSINTERNES

Im Rahmen einer Verkaufsausstellung der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler war auch der NACHRICHTEN-Verlag mit einem Stand auf dem „UZ“-Pressefest am 20./21. September auf den Düsseldorfer Rheinwiesen vertreten. Unsere Kolleginnen und Kollegen, die den Stand betreuten, hatten alle Hände voll zu tun.

Guten Absatz fand auf dem Pressefest unser vor einigen Wochen erschienener Titel „Sozialistische Betriebsdemokratie in der DDR“. Bis auf das letzte Exemplar wechselten auch „entschleierte Profite“ den Besitzer. Allerdings wird, bis diese Ausgabe der NACHRICHTEN in Ihren Händen ist, bereits die 3. überarbeitete und erweiterte Auflage gedruckt sein.

Inzwischen liegt auch das Manuskript für die Nr. 2 der nachrichten-reihe mit dem Titel: „Post im Griff der Konzerne“ vor. Angesichts der jetzigen Situation, wo im gesamten öffentlichen Dienst angeblich zu hohe Personalkosten zum Anlaß genommen werden, um durch großangelegte „Sparprogramme“ den Lebensstandard der Beschäftigten zu beschneiden, erschien uns ein solcher Titel vordringlich.

Das Heft 2 der nachrichten-reihe untersucht die Finanzkrise im öffentlichen Bereich am Beispiel der Bundespost. Dabei wurde umfangreiches Zahlenmaterial verarbeitet. U. a. bringt diese Publikation Fakten über die wirtschaftlichen Verflechtungen der Bundespost und deren Auswirkungen auf die Gebührenpolitik und die Lage der dort Beschäftigten. Der Umfang wird ca. 70 Seiten betragen bei einem Preis von 3 DM.

Gerade rechtzeitig zur Frankfurter Buchmesse ist der Titel „Arbeiterseminar '75 — Investitionen — Konzerne — Kontrolle“ fertig geworden. Bekanntlich hatten Redaktion und Herausgeber unserer Zeitschrift zu dem brennenden Problem Anfang Juni in Frankfurt ein Arbeiterseminar veranstaltet. In dem oben genannten Buch sind sowohl das Grundsatzreferat von Manfred Balder, Zweiter Landesvorsitzender der IG Druck und Papier in Hessen, als auch die wichtigsten Diskussionsbeiträge von Gewerkschaftern, Betriebsräten und Wissenschaftlern enthalten. Angesichts der Diskussionen, die gegenwärtig auch bei den Gewerkschaftern und in der SPD über das Thema der Investitionslenkung und -kontrolle geführt werden, dürfte dieses Buch in keinem Bücherschrank fehlen. Der Umfang beträgt 216 Seiten, das Buch kostet 12 DM. jaco



## Terminkalender

- **19. bis 25. Oktober**  
11. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Mexiko
- **6. und 7. November**  
Symposium des DGB-Bundesvorstandes zum Jahr der Frau in Leverkusen
- **8. November 1975**  
Zentrale Kundgebung und Demonstration des DGB gegen Arbeitslosigkeit, für Mitbestimmung und Reform der beruflichen Bildung in Dortmund
- **10. bis 15. November**  
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Mannheim
- **15. bis 16. November**  
Bundeshandwerkertagung des DGB in Saarbrücken
- **20. bis 22. November 1975**  
Bundesangestelltenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund
- **28. bis 29. November**  
3. Frauentag der IG Bergbau und Energie in Hamm
- **1. Januar bis 30. April 1976**  
Neuwahl der Vertrauensleute der IG Metall
- **8. bis 10. Januar 1976**  
10. Bundesjugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Leverkusen
- **22. bis 24. Januar 1976**  
10. Bundesfrauenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Mainz
- **7. bis 8. Februar 1976**  
Bundespersonalrätekonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Saarbrücken
- **4. bis 7. März 1976**  
13. ordentliche Bundesjugendkonferenz der ÖTV in Mannheim
- **19. bis 21. März 1976**  
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Bonn
- **1. Mai bis 30. Juni 1976**  
Wahlen der Jugendvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **13. bis 19. Juni 1976**  
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in Hamburg

## Zu guter Letzt

Der Guillaume-Prozeß hat „am Rande“ schon manches Interessante zutage gefördert. So auch, daß der „Sicherheitsbeauftragte“ im DGB-Bundesvorstand, Johannes Naber, DGB-interne Aufzeichnungen über ein Gespräch zwischen dem DGB-Vorstand und dem CDU-Vorstand am 6. März 1972 an den damaligen Bundeskanzler Brandt weitergegeben hatte. Während die CDU das zum „Vertrauensbruch“ hochstilisiert, ist in Wirklichkeit viel interessanter, was da zwischen Vetter und Barzel besprochen worden war: „DGB-Bundesvorstand und CDU-Präsidium äußerten übereinstimmend ihre Entschlossenheit, bei diesen Betriebsratswahlen (von 1972 – d. V.) extreme Kräfte von rechts und links durch die Solidarität der Demokraten abzuwehren.“ Und „Barzel ... schlägt als weiteren Tagesordnungspunkt den gemeinsamen Kampf der demokratischen Kräfte gegen politischen Extremismus vor“.

Das ist delikat. Während Vetter bei dem Stichwort „Extremist“ möglicherweise schon mal an Barzel selbst und mehr noch an Strauß gedacht haben mag, dürfte sein Gesprächspartner Barzel ausschließlich die Linken im Gedankenvision geahnt haben. Und für den damaligen Barzel stand bekannterweise auch der DGB-Vorsitzende Vetter schon mit einem Bein im Lager der linken Extremisten ...

In den sogenannten Spandauer Tagebüchern des in Nürnberg verurteilten Kriegsverbrechers Speer, mit denen auch der Springer-Konzern die Nazi-Nostalgie welle anheizte und den Faschismus zu verschönern versuchte, erfährt man so nebenbei, wer unter Hitler die Rüstung organisierte: „Die Spitzenarbeiter, deren Namen ich (Speer) mir von der Industrie nennen ließ und mit denen ich die Rüstung des Reiches organisierte, waren alle ungewöhnlich jung: Ernst Wolf Mommsen, Josef Nekermann, Stieler von Heydekampf, Hans Günther Sohl.“ („Die Welt“, 2. September 1975, Seite 5)

„Spitzenarbeiter“ sind diese Herren wie z. B. der BDI-Präsident Sohl geblieben. und in der Rüstung greifen die älter gewordenen Monopolmanager auf ihre Nazi-Erfahrungen zurück.

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Buches „Arbeiterseminar '75 – Investitionen – Konzerne – Kontrolle“ bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

## NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel  
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 03 72, Glauburgstr. 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabonnement 25,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 12,50 DM.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Heinz Schäfer, 61 Darmstadt, Pädagogstraße 2.

Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Ständige Mitarbeiter:

Günter Arndt, Frankfurt/M.; Wolfgang Bartels, Dortmund; Peter Baumöller, Düsseldorf; Günther Blum, Ratingen; Heinrich Bramkamp, Bochum; Mick Costello, London; Barbara Degen, Frankfurt/M.; Sabine Eiermann, Gießen; Rolf Geffken, Hamburg; Jörg Goldberg, Köln; Hans Kramer, DDR; Lorenz Knorr, Frankfurt/M.; Dr. Udo Mayer, Hamburg; Heinz Pahlke, Westberlin; Herwart Prudlo, Ilse; Karl-Heinz Schulz, Hamburg; Manfred Sokolof, Essen; Hans Vossen, Düsseldorf.

NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main

